

# DISS

Journal

► DISScourse  
► DISSagree  
► DISSorder

#43  
Mai 2022

## Zeitenwende

Militärparade am 3. Oktober 2022

- Die ›Ukraine-Krise‹ und ihre tendenzielle Dynamik
- Die extreme Rechte im Russland-Ukraine-Krieg
- Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg

### IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für  
Sprach- und Sozialforschung  
(DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

### REDAKTION

Helmut Kellershohn  
Jobst Paul  
Wolfgang Kastrup  
Benno Nothardt  
Guido Arnold

### LAYOUT

Guido Arnold

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des  
DISS-Förderkreises

### INHALT

- 3** Die ›Ukraine-Krise‹ und ihre tendenzielle Dynamik
- 8** Die extreme Rechte im Russland-Ukraine-Krieg
- 11** Belarus: Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg
- 14** Appell: Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!
- 16** Was haben Spaziergänge mit Vigilantismus zu tun?
- 24** Wiedergelesen: Ein Gründungstext des Ordoliberalismus
- 27** Zeitschriftenporträt „CATO“
- 34** Clearview AI
- 40** Die Reichweite kommunaler Interventionen in Armutsquartieren
- 43** Als Soziologe in der Dortmunder Nordstadt
- 46** Nudging
- 52** Eine Analyse der Beziehungen zwischen Aussagen
- 56** Roma: Leben in Bulgarien, aber nicht mit Bulgaren
- 61** Den Kapitalismus verstehen
- 65** „Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen“
- 69** Konservativ-faschistische Konvergenzmomente
- 71** Die Aporien der sozialwissenschaftlichen Populismusforschung
- 74** Neues aus dem Institut
- 75** Finding Afghanistan – ein Buchtip

### VORWORT

Das neue DISS-Journal steht im Zeichen des Ukraine-Krieges. Die Ablehnung und Verurteilung des russischen Angriffs auf die ukrainische Zivilgesellschaft, das Entsetzen über die systematische Zerstörung ukrainischer Städte und die Ermordung vieler ihrer Bewohner:innen sind nahezu einhellig, sieht man einmal von den Anhängern des „Putinismus“ im rechten Lager oder etwa in Kreisen alter SED-Kader ab. Die Sympathien gelten den zahlreichen aus der Ukraine Geflüchteten, freilich mit dem Unterton in manchen Medien, dass doch bitte nicht die „Falschen“ kommen mögen.

Trotz Krieg: Es ist auch die Zeit zum Nachdenken. Die einen verstehen das im Nachhinein als „Abrechnung“ mit den „Sünden“ deutscher Außenpolitik in puncto Energiepolitik und einer Politik des „Wandels durch Handel“. Viele wissen es jetzt besser und zeigen mit dem Finger auf den einen oder anderen Übeltäter, wahlweise auch die eine oder andere Übeltäterin. Selbst dem

Verkünder der „Zeitenwende“, Kanzler Scholz, wird die Rolle des „Cunctators“ von Seiten einiger Koalitionäre oder aus den Reihen der Opposition angekreidet. Es scheint, als ob die Zeit klarer Freund-Feind-Bestimmungen angebrochen ist, und jedem, der sich dieser binären Logik entziehen will, droht die öffentliche Rüge.

Nachdenken heißt Innehalten, heißt nüchterne Bestandsaufnahme der Möglichkeiten, die weitere Eskalation des Krieges verhindern zu helfen und den Neubau einer europäischen Friedensordnung nicht aus dem Blick zu verlieren. Das schließt die Analyse und Kritik der gegensätzlichen Interessenlagen sowie das Ausloten von Kompromissen ein. Ich gestehe: ich bin - heute - pessimistisch gestimmt. Ohne ein Aufstehen der russischen Zivilgesellschaft oder zumindest eine Revolte aus den Reihen der postsowjetischen Nomenklatura gegen den „Putinismus“ und gegen den Krieg wird es keine Lösung geben. Und im Westen? Die Kritik der NATO hat Mélenchon immerhin 22 Prozent der französischen Wählerschaft gebracht. Kann dies Ansporn für eine europäische Friedensbewegung sein, gegen eine enorme Hochrüstung auf Kosten sozialer Sicherheit und einer klimapolitischen Wende, die diesen Namen verdient, zu mobilisieren?

Fragen über Fragen. Deshalb wollen wir die Debatte mit einem Beitrag von Jürgen Link beginnen und mit einem Sonderheft (siehe S. 75) fortführen. Nehmen Sie aber auch, liebe Leser:innen, die Artikel in diesem Heft zur Kenntnis, die sich nicht mit dem Ukraine-Krieg beschäftigen.

*Helmut Kellershohn*

# Die ›Ukraine-Krise‹ und ihre tendenzielle Dynamik

## PUNKTE FÜR EINE STRUKTURAL-FUNKTIONALE ANALYSE

Von Jürgen Link  
Ende Februar 2022

### VORBEMERKUNG

Der folgende Text wurde direkt im Anschluss an die erste Putinrede vom 21.2.2022 und vor der Großoffensive vom 24. verfasst. Ich hatte mit dieser Großoffensive nicht gerechnet und allenfalls die Besetzung des gesamten Donbass als eines ›Cordon sanitaire‹ gegen eine erwartbare ukrainische Offensive zur Rückeroberung der ›Volksrepubliken‹ und der Krim erwartet. Ich lasse den Text, der teilweise unvollständig ist, unverändert stehen, weil die Großeskalation von russischer Seite nichts an der Analyse ändert, lediglich die beschriebene Eskalationsdynamik gleich auf eine sehr viel höhere Stufe gehoben hat. Ich füge am Schluss dazu einige Aktualisierungen, ebenfalls in Klammern, hinzu.

\*

»Ein großer Krieg, und die gesamten Klimaziele, die wir haben, können Sie alle einstampfen.« Wolfgang Ischinger (WAZ 3.12.2019)

Die folgenden Punkte versuchen, die wichtigsten Faktoren zu skizzieren, welche die Tendenzen der Eskalationsdynamik nach der Anerkennung der ›Volksrepubliken‹ Donezk und Luhansk durch Russland bestimmen werden. Dabei folgt die Analyse einem zyklologischen Ansatz, fragt also nach den wichtigsten ökonomischen, ökologischen, technologischen, politischen, medial-›massenpsychologischen‹ und militärischen Reproduktionszyklen der Eskalationskrise. Vor allem fragt sie dann weiter nach der Interaktion und den Kopplungen zwischen diesen dominanten und subdominanten Reproduktionszyklen. Dabei geht es nicht darum, dem historischen Prozess

ein theoretisches Modell überzustülpen – vielmehr eine reziproke Verdichtung zwischen Modell und aktuellen kairologischen Prozessen herzustellen.

### (A) LANGFRISTIGE DOMINANTE ZYKLEN

#### ERSTENS (A1)

#### TENDENZ ZUM ›GREAT DECOUPLING‹ ZWISCHEN EINEM WESTBLOCK UND EINEM NEUEN OST-BLOCK.

Diese Tendenz wird auch als ›Deglobalisierung‹ bezeichnet. Sie zeichnete sich längst vor der Zuspitzung in der Ukraine ab und hat mit ihr ursprünglich nichts zu tun. Das Decoupling wurde seit längerer Zeit vor allem durch das mediopolitische Narrativ von ›unserer gefährlichen Abhängigkeit‹ vor allem von China propagiert. Exemplarisch war das Motiv der »Lieferkettenabhängigkeit« in der Coronakrise. Durch das geradezu ›mythische‹ Ereignis ›Nord Stream 2‹ erwies sich dann, dass eine allerengste Kopplung zwischen dem Zyklus Decoupling und dem Zyklus Ukraine-Eskalation fabriziert worden war. Es besteht von nun an eine stetige Kopplung zwischen dem Prozess des Decoupling von Russland und seiner Einflussosphäre, der durch ökonomische und finanzielle »Sanktionen« fortgesetzt wird, und dem Prozess der politisch-militärischen Eskalation in Osteuropa. Höhere Eskalationsstufen des Decoupling, wie die Abschneidung Russlands von Transaktionen auf westlichen Finanzmärkten oder gar von Transaktionen in Dollar und Euro überhaupt, sind in enger Parallelität mit höheren politisch-militärischen Eskalationsstufen geplant.

Ökonomisch gesehen, handelt es sich beim Decoupling um eine Tendenz zum Protektionismus im-

perialer Groß-Blöcke. Da jeder Protektionismus der kapitalistischen Fundamentalideologie »freier Märkte« widerspricht, kann man annehmen, dass das Decoupling als dominante Strategie innerhalb der westlichen Entscheidungseliten (sowohl in den USA wie in Europa) ganz sicher kontrovers ist (in Deutschland ist die Kontroverse um Nord Stream 2 exemplarisch). Die Kopplung mit der Ukraine-Eskalation bedeutet hier einen möglicherweise historisch-epochalen Sieg der Strategen des Decoupling.

#### ZWEITENS (A2)

#### DIE SÄKULARE TENDENZ EINES »PROJECT FOR A NEW AMERICAN CENTURY (PNAC)« IM POLITISCH-MILITÄRISCHEN ZYKLUS

Hierbei geht es fundamental um das Ziel, nach dem Kollaps des sowjetischen Ostblocks und dem totalen Sieg des US-geführten Westblocks jede Entstehung einer neuerlichen Zweiten Supermacht präventiv zu verhindern. In dem Manifest des PNAC »Rebuilding America's Defenses« vom September 2000 wurden zu diesem Zweck stark erhöhte Rüstungsausgaben zwecks überwältigender Abschreckungsstärke, die Fähigkeit zur Führung mehrerer Kriege gleichzeitig und die Fertigstellung von Reagans System von »global missile defenses« (»Star Wars«) gefordert. Dieses System gilt als bestes Mittel zur Erhaltung des Supermacht-Monopols, weil es (das wird nicht ausbuchstabiert, sondern impliziert) die Wiedergewinnung der nuklearen Erstschlagskapazität mittels eines funktionierenden Raketen-Schutz-Zauns in Form einer engen Schlinge um jeden möglichen ›Kandidaten‹ für eine neue Zweite Supermacht bedeutet. Als die PNAC-Leute dann die Militärpolitik der Regierung Bush jr. über-



nahmen<sup>1</sup>, begann die systematische Errichtung dieses globalen Raketen-Schirmzauns um China und Russland, die seitdem auch von den Democrats fortgesetzt wurde. Dabei wechselten die Namen (NMD<sup>2</sup>, GMD<sup>3</sup>), nicht aber das Konzept. Was hat der Schirm mit der Erstschlagskapazität zu tun?

Sehr einfach: Angenommen es gibt einen Zaun technisch funktionsfähiger und geographisch geschlossener Anti-Raketen-Raketen, dann gilt der Mechanismus: Erstschlag des Zaunbesitzers – Abfangen des gegnerischen Zweitschlags durch den Zaun. Ebenso einfach: Wer dieses Dispositiv besitzt, dem reicht bereits die Drohung für jede Erpressung. (Die entsprechende Technik ist in rascher Entwicklung und muss ständig upgedatet werden. Deshalb gibt es Zweifel an der schließlichen Durchführbarkeit – das ändert nichts an der Struktur und am Willen.)

#### Aktueller Insert:

Die Absicht der USA, das bisherige große ›Loch‹ dieses Zauns (zwischen Rumänien und Polen) an der ukrainisch-russischen Grenze zu schließen (durch formelle oder auch informelle NATO-Mitgliedschaft der Ukraine), stellte einen der wichtigsten Punkte in Putins Rede vom 21.2.2022 dar. Dieser Punkt wurde wie üblich in den westlichen Medien gecancelt. Allerdings hatte Putin den einfachen Grundmechanismus nicht deutlich und für alle einsichtig formuliert. Er wollte sich möglicherweise die Option eines eigenen Raketen-Schirmzauns offenhalten.

Im Eskalationsbereich unterhalb der Nuklearschwelle impliziert das PNAC-Konzept die erheblich verstärkte Ausstattung der NATO-Strategie von flexible response auf einer offenen Eskalationsleiter bis zur

ABC-Stufe und von deterrence. Die Aufrüstung der osteuropäischen NATO-Staaten und auch der Ukraine folgt seit geraumer Zeit diesem Drehbuch.

#### DRITTENS (A3) NACH INZWISCHEN WEITGEHEDEM KONSENS DER WESTLICHEN ENTSCHEIDUNGS- ELITEN SOLL DER ÖKOLOGISCHE REPRODUK- TIONSZYKLUS FÜR DIE JAHRZEHNTE 2020FF., 2030FF., 2040FF. IM KOMBINAT DER WICH- TIGSTEN REPRODUKTIONSZYKLEN DOMINANT ERKLÄRT WERDEN

(exemplarisch die Verhinderung einer ›Klimakatastrophe‹ durch Erreichung einer Normalitätsgrenze vom 2 bzw. 1,5 Grad Erhöhung der durchschnittlichen Erderwärmung mittels Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und andere flankierende Maßnahmen).

Für die absolut notwendige Koppelung des ökologischen mit dem (kapitalistischen) ökonomischen Zyklus gilt die mediopolitische Formel von der ›Versöhnung von Ökonomie und Ökologie‹, zu der sich insbesondere die deutsche Ampelregierung bekennt. Alle fundamentalen Produkte und Produktionssparten sollen durch diese Versöhnung ›grün‹ werden: ›grüne‹ Nahrung, ›grüner‹ Bau, ›grüner‹ Verkehr, ›grüner‹ Stahl, ›grüne‹ Chemie usw. Konkret heißt das, dass die Gewinnmargen mindestens der großen Firmen nicht angetastet werden sollen. Daraus folgen teils direkt Preiserhöhungen, teils eine Subventionierung notwendiger, aber mindestens in einer Übergangsphase unprofitabler Produkte (etwa bei der ›grünen‹ Energie, der ›grünen‹ Nahrung und der ›grünen‹ Mobilität). Diese Subventionen (›Energiekostenzuschüsse‹ usw.) müssen aus Steuern finanziert werden, um die Preiserhöhungen zu dämpfen.

Das wird zu einer Umverteilung der Steuerausgaben zu Lasten des Sozialhaushalts führen. Unterm Strich stehen ›notwendige Opfer‹ für die Masse der Werktätigen, die auch offen angekündigt werden.

Diese also ebenfalls längst vor der Ukraine-Krise begonnene Tendenz wird nun ebenfalls mit der Eskalationsdynamik in Osteuropa gekoppelt. Ganz offen werden, insbesondere von Annalena Baerbock und Robert Habeck, ›erhebliche finanzielle Opfer‹ propagiert, die ›wir‹ für die ›Freiheit‹ bringen müssten. Die ökologischen und ökonomischen ›Opfer‹ werden also mit den geostrategischen gekoppelt, und es gehört keine Prophetengabe dazu vorherzusehen, dass es bald von ›Putinpreisen‹ vom Gas bis zum Weißbrot wimmeln wird. Ebenso wird es im Etat eine Umverteilung vom Sozial- in den Militärhaushalt geben (so wie es die NATO-Regel 2% des BIP fordert, die direkt aus dem Manifest des PNAC übernommen ist).

#### (B) MITTELFRISTIGE ZYKLEN:

##### Insert Klartext von Vizeadmiral Schönbach:

Im Rahmen der Kanonenbootfahrt der Fregatte ›Bayern‹ ins südchinesische Meer äußerte sich Schönbach bei einem Thinktankgespräch am 21.1.2022 in Indien unter Bedingungen, die er offenbar für vertraulich hielt. Er sprach sich dabei für eine Strategie aus, den chinesischen Block als Feind im Sinne Carl Schmitts zu definieren, Russland aber nach Möglichkeit für ein Bündnis gegen China oder mindestens für Neutralität zu gewinnen. Diese ›Putinversteherei‹ wurde offensichtlich von Gegnern in die Medien durchgestochen und zwang Schönbach umgehend zum Rücktritt. Ist es plausibel, dass der Chef der deutschen Marine mit

1 Die bekanntesten Namen sind Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz.  
2 National Missile Defense.  
3 Ground Based Missile Defense.



seiner Ansicht in der Bundeswehr allein gestanden haben könnte? Es ist vielmehr davon auszugehen, dass ein Teil der deutschen Generalität Russland am liebsten nicht in die Feindschaft gegen einen Chinablock hätte einbeziehen wollen.

#### ERSTENS (B1)

**IST ALSO NUN DER MILITÄRISCHE ZYKLUS DURCH DAS EREIGNIS DER UKRAINE-KRISE MINDESTENS MITTELFRISTIG AUF EINEN NEUEN OST-BLOCK UM CHINA UND RUSSLAND FESTGELEGT.**

Die Bundeswehr wird ihre Kräfte neuerdings wieder auf die europäische Ostfront konzentrieren, was eine erhebliche mediale ›Um-schichtung‹ von ›Weltmissionen‹ (Afghanistan, Irak, Mali usw.) zu einem »neuen kalten Krieg« implizieren wird. Diese Umorientierung der deutschen Militärstrategie bedeutet eine endgültige Absage an jede »Schaukelpolitik«, wie es der einflussreiche SPD-Historiker Heinrich August Winkler formuliert, und die neuerliche weitgehende Unterordnung unter die globale Strategie der USA, die dem PNAC-Konzept folgt. Dazu gehört der Einbau der osteuropäischen Anrainerstaaten Russlands in die NATO. Diese Staaten stellen für Deutschland und Westeuropa das Risiko von ›Lunten‹ dar, weil sie eventuell den NATO-Bündnisfall auslösen können.

#### ZWEITENS (B2)

**WIRD DER POLITISCHE ZYKLUS VERSTÄRKT MIT DEM MILITÄRISCHEN GEKOPPELT, UND ZWAR NICHT BLOSS AUSSEN-, SONDERN AUCH INNENPOLITISCH.**

Das bedeutet das Ende jeder auch nur ansatzweisen »Schaukelpolitik«. Die Narrative und ›Großen Erzählungen‹ des Kalten Krieges werden restauriert (›freie Welt«, ›Zivilisation vs. Barbarei‹ usw.). Diese Narrative beruhen auf einem radikalen binären Reduktionismus: Es gibt

nur noch schwarz und weiß, keinerlei Zwischentöne mehr. Jeder Zwischenton ist ab jetzt »Putinversteherei« und damit tabu. Diskurstheoretisch gesagt: Der Raum der öffentlichen Sagbarkeit wird erheblich eingeschränkt.

#### DRITTENS (B3)

**HANDELT ES SICH INZWISCHEN WEITGEHEND UM EINEN INTEGRIERTEN MEDIO-POLITISCHEN ZYKLUS MIT DOMINANZ DES MEDIALEN.**

Wenn bereits in der Coronakrise eine noch radikalere Reduktion von Pluralismus und Meinungsfreiheit im medialen Mainstream zu verzeichnen war, so wird die Kopplung mit der Ukrainekrise diese Tendenz verfestigen und verstärken. Dazu viele Materialien und Analysen in der Zeitschrift *kultuRRRevolution* (kRR) zur angewandten Diskurstheorie: Feindbild-Mechanismen, Rolle der Kollektivsymbolik und der historischen Analogien (Schema N.N. = Hitler usw.), binär reduzierte Interdiskurse, Einschränkung der Sagbarkeit.

#### WELCHES »NEW NORMAL«?

Die Gesamtkopplung aller dominanten und subdominanten Zyklen findet in der Elementarkultur der Zivilgesellschaft (dem zivilgesellschaftlichen »Alltag«, der »Lebensweise«) statt. Jede Gesellschaft benötigt minimale ›gute Rhythmen‹ (›Eurhythmien‹) für Wachsein und Schlaf, für Arbeit und Freizeit. In modern-westlichen Gesellschaften werden diese Eurhythmien auf der Basis statistischer Selbsttransparenz von einer normalistischen Kurvenlandschaft geliefert, mit der sich die Individuen subjektiv identifizieren. (Dazu die Studien zum Normalismus: Kategorien Normalverteilung, Normalwachstum, Normalisierung, Denormalisierung, Protonormalismus, flexibler Normalismus.) In der Coronakrise rückte der Normalismus verstärkt in den Focus der mediopolitischen Aufmerk-

samkeit: Verlust der Normalität und Rückkehr zur Normalität usw. Besonders relevant war und ist der Begriff eines »New Normal« nach Normalisierung der Coronakrise. Dabei herrschte seit Beginn dieser Krise die Tendenz, das künftige New Normal in enger Kopplung mit dem ökologischen Zyklus (Zyklus A3) zu planen.

#### Insert Funktion von Notständen im Normalismus:

Denormalisierung bedeutet die Blockierung der »normalen« Reproduktion von Zyklen; die Suspension dieser normalen Reproduktion führt zur direkten disziplinären Regulierung durch die politische Exekutive (Ausnahmestand, Notstand) und also zur Einschränkung der normalen Demokratie, vor allem der Freiheiten der Zivilgesellschaft. Die Ermächtigung der Exekutive kann inhaltlich und zeitlich begrenzt oder unbegrenzt (total) sein. Jeder, auch der begrenzte, Notstand tendiert zur Kopplung mit dem militärischen Zyklus, weil der radikalste Notstand der Kriegszustand ist. Historisch sind alle Notstände im Normalismus bisher mit protonormalistischen (stark disziplinären) Dispositiven gemanagt worden. Flexibel-normalistische Notstandsregime müssten erst erfunden werden.

#### WAS BEDEUTET DIE UKRAINE-ESKALATION FÜR DAS »NEW NORMAL«?

Es zeichnet sich eine enge Kopplung sämtlicher Zyklen (A und B) und damit eine enorme Verstärkung der Eskalationsdynamik ab.

#### Insert Putin:

In seiner großen Rede vom 21.2.2022 (Ankündigung der Anerkennung von Donetsk und Luhansk) präsentierte sich Putin als strammer Antikommunist und als eine Art fromm-orthodoxer ›Volkszar‹. Er stellte sich mehrfach in die Tradition von Zaren und der Orthodoxie. Er sprach sarkastisch über die



»Ent-kommunistisierung« in der Ukraine (Verbot aller kommunistischen Symbole), der er einen absurden Selbstwiderspruch nachzuweisen suchte, weil eine einheitliche und souveräne ukrainische Nation zuerst eine Utopie Lenins gewesen sei. Lenin habe kontrafaktisch überhaupt erst eine ukrainische Nation begründet und große urrussische Bevölkerungen und Regionen darin eingeschlossen sowie die Ostgrenze bestimmt, und nun würden seine Standbilder gestürzt. Erst sehr viel später habe dann der kommunistische Diktator Chruschtschow auch noch die Krim an die Ukraine verschenkt. Die ukrainischen Antikommunisten verböten alles Kommunistische, außer den kommunistischen Grenzen. Er, Putin, könnte ihnen zeigen, was richtiger Antikommunismus wäre.

### WELCHE KONSEQUENZEN FÜR DEUTSCHE FRIEDENSFREUNDINNEN?

Angesichts der deutlichen Tendenz, dass infolge der Ukraine-Krise eine Eskalationsdynamik droht, die immer mehr gesellschaftliche Zyklen erfasst, muss es also darum gehen, trotz allem an Deeskalations-Strategien festzuhalten. Konkret kann die kRR auf umfassende Analysen und Materialien seit ihrem ersten Heft (1982: »die unteren stufen der eskalation«) aufbauen. Die kRR kann einen substantiellen Beitrag gegen die Einschränkung der öffentlichen Sagbarkeit leisten.

### (B2 UND B3) GEGEN DEN BINÄREN REDUKTIONISMUS, GEGEN EINÄUGIGKEIT UND FÜR DIE STÄRKUNG VON OPTIONEN

WNLIA (Weder Noch Lieber Irgendwie Anders: Weder Putin Noch PNAC-NATO Lieber diskursiv-mediale Deeskalation).

### (A2) FÜR EINE ERKLÄRUNG, DERZUFOLGE DEUTSCHLAND SICH UNTER KEINEN UMSTÄNDEN AN MILITÄRISCHEN AKTIONEN GEGEN RUSSLAND BETEILIGEN WIRD.

Putin führt für seine Entscheidungen historische Gründe an. Zwar ist heute synchron die bestehende völkerrechtliche Vertragslage entscheidend, historische (diachrone) Argumente über kollektive Identitäten usw. sind aber deshalb nicht irrelevant. Zur deutschen historischen Identität gehört die Tatsache, dass deutsche Regierungen zweimal Russland überfallen und einmal mit einem exterministischen, mehrere Genozide umfassenden totalen Krieg überzogen haben. Allein aus diesem Grund darf es keine dritte Militäraktion Deutschland, s welcher Art auch immer, gegen Russland geben. Das muss unabhängig von einer jeweiligen, auch vertragsbrüchigen, Regierung in Moskau gelten.

### (A3) VORSCHLAG AN DIE KLIMABEWEGUNG, SICH ENG MIT DER FRIEDENSBEWEGUNG ZU KOPPELN

und stets die katastrophalen Folgen kriegerischer Aktionen für die ökologischen Ziele zu betonen (siehe das Eingangsmotto von Ischinger).

(Soweit der Text  
vor der Großoffensive)

\*

### ZUSATZ NACH DER GROSSOFFENSIVE:

Die Eskalationsdynamik aller Zyklen und aller Kopplungen ist schlagartig auf eine hohe Stufe gehoben worden. Durch die Bestätigung der Warnungen westlicher Geheimdienste ist der binäre Reduktionismus im Westen nun scheinbar konkurrenzlose »Wahrheit« (gegen »Putins Lügen«). Die binär-reduktionistischen Narrative können im hegemonialen mediopolitischen Diskurs nun konkurrenzlos »loslegen«. Jede differenzierte und nuancierte Position wird nun als »Putinversteherei« radikal illegitimiert werden (und vermutlich auch bald als tendentiell verfassungsfeindlich, nach dem Muster der »Querdenker«). Die öffentliche Sagbarkeit wird schrumpfen wie vielleicht noch nie seit 1945. Putin

wird der neue »Irre« wie weiland Saddam Hussein sein. Usw. (siehe die kRR 1-81)

### ENTSCHEIDENDE FRAGE JETZT: IST DAS DER BEGINN EINER GROSSEN, IRREVERSIBLEN DENORMALISIERUNG?

Das wäre ein ebenso tiefer historischer Einschnitt wie der Erste Weltkrieg. Das sich nun abzeichnende New Normal würde eine vollständige Umstrukturierung des Alltags bedeuten: mit einer dauernden latenten allseitigen, auch militärischen, Eskalationsstimmung. Bereits bestehende Tendenzen zu einer proto-normalistischen Reaktion würden vermutlich dominant werden. (Dazu die Analysen und Überlegungen in der Studie *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne*.)

### (Zusatz 25.2.)

»Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen, »wie es denn eigentlich gewesen ist«. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt.« (Walter Benjamin)

Das ist die positive Möglichkeit einer historischen Analogie »gegen den Strich«, wie die kRR sie pflegen möchte. Mir stellte sich bei Putins Großoffensive unversehens der Moment des Überfalls Breschnjews auf die CSSR im August 1968 ein. Wenn Putin auch Lenin hasst, so ist Breschnjew offensichtlich sein Vorbild. Ich hörte wieder die Stimme von Radio Prag in Deutsch während der ersten Woche des Widerstands, auch die Stimmen von Radio Peking (die Wellenbewegung des Empfangs) und Radio Tirana (das schlechte Deutsch). Ich erinnerte wieder unsere Protestkundgebung auf dem Bochumer Husemannplatz. Das gleiche Szenario eines umfas-

senden Panzerangriffs auf die Zivilgesellschaft unter dem Vorwand, ›Faschisten‹ zu bekämpfen – diesmal gesteigert durch Einsatz des AirLandBattle-Konzepts der NATO (zuerst Luftbeherrschung<sup>4</sup>, dann weitere Luftschläge, dann Panzer, die »on the ground« das Volk überrollen). Woran sich die binär reduzierten Medien nicht erinnern wollen: Dieses Konzept wurde »mitten in Europa« nicht erst jetzt, sondern 1999 auf dem Balkan von der NATO vier Monate lang »implementiert« - mit den gleichen Angriffen auf Medienzentren, den gleichen zivilen »Kollateralschäden« und der gleichen Traumatisierung der Kinder in den Bombenkellern.

Da stellt sich bei mir ein doppeltes auditives Bild unversehens ein: die Sirenen von 1999 und weiter zurück die des Kindes von 1945. Es handelt sich jetzt wieder um einen Überfall auf die Zivilgesellschaft, die damit jedes Recht zum Widerstand hat, wie es in der IIDS (Initiative Intelligente Deeskalations-Strategie) der kRR heißt.

#### Letzter Zusatz 2.3.2022

(nach der Scholzrede vom 27.2.2022):

Der analytische Begriff eines »new normal« als »irreversible Denormalisierung« hat inzwischen (u.a. in der Scholzrede) hegemonial-mediopolitische Labels bekommen, vor allem: »Zeitenwende«. Außerdem: »Wendezeit«, »Kehrtwende«, »andere Welt«, »Paradigmenwechsel«, »Zäsur«. In all diesen Begriffen ist konnotiert, dass es sich nicht um Kurz- bzw. Mitteldauer wie bei 9/11, sondern um Langdauer handeln werde. Das geht Hand in Hand mit serienweisen »Tabubrücken«: radikale Abschaltung Russlands vom westlichen ökonomischen und Finanzsystem (Symbol SWIFT, Dollar – und Euroverbot usw.), andauernde Großaufrüstung mit Aufnahme ins Grundgesetz

(PNAC-NATO-Schwelle von 2% plus), Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete, Killdrohnen. »Keine Denkverbote mehr« sogar bei Themen wie Wehrpflicht.

Aus normalismustheoretischer Sicht muss konstatiert werden: Mit jedem Tabubruch wird die Rückkehr zu einem halbwegs flexiblen new normal unwahrscheinlicher – es wird zu einer Art ›Ex-Impllosion‹ des Antagonismus zwischen flexiblem und Protonormalismus kommen.

Wie in meiner Analyse skizziert, erfordert insbesondere die Kopplung mit dem ökologischen Zyklus (A3) enorme weitere »Tabubrücke«: große finanzielle »Opfer« der »weniger gut situierten« Bevölkerung, die im Unterschied zur »gut situierten« »ans Eingemachte gehen« werden; »Nachdenken« über »grüne Kohle« usw. – und am Ende doch auch »grünen Atomstrom« (Verlängerung der Laufzeiten deutscher AKWs)?

Und das alles, während der Krieg der russischen Entscheidungseliten gegen die ukrainische Zivilgesellschaft auch ein epochales ökologisches Massaker anrichtet (mindestens so schlimm wie Kuwait, Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und nicht zu vergessen Serbien-Kosovo 1999). Welch ein apokalyptisch-surreales Bild die russischen Panzer vor der Ruine von Tschernobyl - welch

ein Vabanquespiel dieser Krieg im Land der vielen AKWs. Im Unterschied zur CSSR 1968 gibt es aber eine schwache Hoffnung (Benjamin), dass die bewundernswerte Volks-Resistenz in der Ukraine die Eskalationsspirale stoppen könnte (durch eine Volksresistenz auch in Russland und eine Spaltung der russischen Entscheidungseliten). Das Bild der Frauen in den Kellern, die dort Molotow-Cocktails »kochen«, wird bleiben als Emblem einer Massenresistenz im 21. Jahrhundert.

#### Insert historische Analogien:

Es zeigt sich jetzt der enorme Impact historischer Analogien im Interdiskurs, den die kRR seit langem analysiert hat (Schwerpunkt kRR 24 und viele einzelne Beispiele). Sehr konkret ereignet sich momentan ein Kampf um historische Analogien zum Ukrainekrieg. Die Hegemonie »sieht« eine Analogie zu 1938/1939 (»Appeasement« usw.). Aus eskalationskritischer Perspektive drängen sich dagegen (im Sinne Benjamins) andere Analogien auf: 1914 (das ›Durchdrehen‹ des binären Reduktionismus) – CSSR 1968 – Balkan 1999. Die kRR wird dazu Materialien erarbeiten.

Dank an Jürgen Link (Erstabdruck unter:)

<https://berlinergazette.de/fuer-anti-eskalations-strategien-und-gegen-die-einschraenkung-des-oeffentlich-sagbaren/>



4 Wie militärische Experten erklären, wurde die Luftbeherrschung aber nicht radikal wie 1999 gegen Serbien durchgeführt – möglicherweise aus Angst vor ukrainischen Boden-Luft-Raketen. ›Kompensiert‹ wurde das dann durch Raketen auf Großstädte!



# Die extreme Rechte im Russland-Ukraine-Krieg

Von Lucius Teidelbaum

Die russische Invasion in die Ukraine hat die extreme Rechte in Europa und Deutschland überrascht. In Deutschland war bis zum Kriegsbeginn der größte Teil der extremen Rechten eher Pro-Putin-Russland ausgerichtet. Das hatte unterschiedliche Gründe:

1. Ihre antiwestliche Haltung und eine Bewunderung für den Autokraten Putin, der als Vertreter ultrakonservativer Werte gilt. Tatsächlich hat er ja z.B. Gesetze gegen „homosexuelle Propaganda“ erlassen. Im Interview mit dem neonazistischen FSN-TV am 3. März 2022 nannte der NPD-Vorsitzende Frank Franz Russland ein „autoritäres Bollwerk gegen den dekadenten Westen“.
2. Aus dem Kreml und seinem Oligarchen-Umfeld gab es immer wieder Geld (z.B. die Kredite für den „Front National“ in Frankreich, 2014) und Anerkennung für die extreme Rechte aus anderen Ländern. AfD-Abgeordnete traten auf der Krim, in den Donbass-Separatisten-Gebieten oder in Russland selbst als „Wahlbeobachter“ auf oder wurden zu Konferenzen eingeladen und wie Staatsmänner behandelt. Häufig wurden auch extreme Rechte in den staatsnahen russischen Medien als angeblich wichtige Politiker ihrer Heimatländer präsentiert und interviewt.
3. Bei der AfD kommt sicherlich hinzu, dass man sich um konservative SpätaussiedlerInnen als WählerInnen bemüht hat. Hier werden z.T. offenbar die russische Staatsmedien und deren Narrative stark rezipiert. Einige VertreterInnen dieser Gruppe sind auch selber in der AfD aktiv.
4. Einige wenige extreme Rechte in Deutschland sind AnhängerInnen des Eurasien-Konzepts à la Alexander Dugin. Von vielen wird es aber auch verworfen, da es zu offensichtlich eine Unterlage für großrussische Ambitionen ist.
5. Teile von „Querdenken“ und der Anastasia-Bewegung fanden Putin toll, weil sie ihn als Projektionsfläche für ihre Vorstellungen benutzten. Eine Nähe ergibt sich auch daraus, dass RT Deutsch ein wichtiges Alternativmedium der verschwörungsideologischen Szene ist.
6. Die ethnozentrische Brille der extremen Rechten führte auch dazu, dass sie die Annexion der Krim und die Separatismus-Bemühungen im Donbass für legitim halten. Ihr Ethnopluralismus strebt die Aufteilung der Welt entlang von Sprach- und Religionsgrenzen an.



Jetzt ringen bei der Bewertung des militärischen Konflikts in der extremen Rechten Antiamerikanismus bzw. das Feindbild Westen mit Antikommunismus und anti-russischem Antislawismus. Für die einen ist Russland der Gegenpol zum verhassten Westen und für die anderen der Wiedergänger der Sowjetunion. Antisemitismus kommt auf beiden Seiten zum Einsatz.[1]<sup>5</sup> Die einen verweisen auf die jüdische Herkunft des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und die anderen sehen hinter Putin eine jüdische Verschwörung. In einer dritten Variante war der Krieg eine Falle von jüdischen Hintergrundmächten.

Von dem Überfall auf die Ukraine sind viele Putin-Fans überrascht worden und haben in der Reaktion darauf aus Einsicht, unter dem Druck der Öffentlichkeit oder aus Opportunismus ihre Position zumindest öffentlich korrigiert und angepasst. Wichtigstes Beispiel ist die Bundes-AfD, die den Einmarsch verurteilt hat. Gleichzeitig wird versucht die Schuld oder eine Teilschuld doch dem Westen oder der NATO unterzuschieben. Manche verstecken sich hinter so einer prorussischen Neutralität.

Innerhalb der AfD existiert weiterhin auch eine Bandbreite an Positionen zu dem Krieg. Einzelne AfD-Abgeordnete wie Gunnar Lindemann (Berlin), Hans-Thomas Tillschneider (Sachsen-Anhalt) oder Jörg Dornau (Sachsen)

5 Anti-Defamation League: Antisemitic Conspiracy Theories Abound Around Russian Assault on Ukraine, 09.03.2022, <https://www.adl.org/blog/antisemitic-conspiracy-theories-abound-around-russian-assault-on-ukraine>





äußern relativ offen Verständnis für Putin. Dornau schrieb etwa auf Twitter: „Die Ukraine wird entnazifiziert!“<sup>6</sup> und Tillschneider sagte auf einer Demonstration am 28. Februar 2022 in Querfurt: „Wladimir Putin verteidigt russische Interessen, und das ist sein gutes Recht.“<sup>7</sup> Der baden-württembergische AfD-MdL Emil Sänze schrieb am 1. März 2022 in einer Pressemitteilung, dass ein „in Teilen mit faschistoiden Elementen durchsetzter Staat wie die Ukraine“ nicht „unsere Unterstützung“ verdienen würde, und schiebt pflichtschuldig hinterher „Gleiches gilt für Russland.“<sup>8</sup> Diese Putin-Sympathien kommen erkennbar meist von Leuten aus dem Höcke-Flügel.

Innerhalb der extremen Rechten in Deutschland gibt es derzeit drei Fraktionen:

## 1. PUTIN-FANS

Hier ist das COMPACT-Magazin zu nennen, das Putin weiterhin die Treue hält. Unter der vielsagenden Überschrift „So ist die Situation in Russland wirklich“ interviewte es am 4. März 2022 den in Moskau ansässigen Ex-AfD-Abgeordneten Hansjörg Müller.<sup>9</sup>

Die Sympathien gehen bei der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ auch in Richtung Putin. Der geschichtsrevisionistische Historiker Dr. Walter Post schreibt auf der Homepage der SWG so, dass es sich liest wie eine Pressemitteilung des russischen Verteidigungsministeriums. Posts Verschwörungs-Orakel: *„Die gesamte Tendenz der westlichen Berichterstattung deutet darauf hin, daß das eigentliche Ziel, das bestimmte Machtzirkel in den USA schon seit langem verfolgen, eine ‚Farbenrevolution‘ bzw. ‚Regime Change‘ in Rußland ist.“*<sup>10</sup>

Viele QuerdenkerInnen haben ihre Sympathie zu Putin sogar neu entdeckt. Das erklärt sich vor allem aus ihrem verschwörungsideologischen Weltbild. Wenn das, was die Regierung und die etablierten Medien sagen und schreiben eine Lüge ist, dann ist das auch in Bezug auf den Krieg in der Ukraine so. Nirgendwo begegnet einem so viel pro-russische Propaganda wie in den Kanälen der

Pandemie-LeugnerInnen. Wichtige ProtagonistInnen wie Bodo Schiffmann, Eva Herman und Michael Wendler positionierten sich auf der Seite von Putin-Russland.<sup>11</sup> Einige QuerdenkerInnen vermuten eine Inszenierung, um von ihren Kern-Themen abzulenken. So heißt es in einer Nachricht, die wiederholt in ihren Kanälen gepostet wurde: „DER UKRAINE-KRIEG IST ABLENKUNG“

Dass in Russland die Pandemie seit Kriegsbeginn keine Rolle mehr spielt, sorgte auch für Putin-Sympathien. AfD-MdEP Gunnar Beck twitterte über Putin: „Er sollte den Nobelpreis bekommen, nur eben den für Medizin.“<sup>12</sup> Es ist zu beobachten, dass sich die autoritären Charaktere unter den Pandemie-LeugnerInnen seit Pandemie-Beginn einen autoritären Befreier herbeiwünschen, der mal mit allem aufräumt. Gestern war das noch Trump (QAnon) und heute ist es eben Putin. Auch die Neonazi-Regionalpartei „Freie Sachsen“ solidarisiert sich mit Putin.<sup>13</sup>

## 2. UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINISCHEN SEITE

Hier lassen sich noch einmal zwei Unter-Fraktionen unterscheiden:

### 2.1. UNTERSTÜTZUNG EXTREMER RECHTER IN DER UKRAINE

Das neonazistische „Frontmagazin“ schreibt unter der Überschrift „!!! IN EIGENER SACHE – WARUM UNSERE SOLIDARITÄT DER UKRAINE GILT !!!“: *„Alleine die Ansage von Präsident Putin, die Ukraine müsse von den Neo-Nazis befreit werden, sollte dem applaudierenden Personen, die sich dem nationalsozialistischen Gedankengut zugehörig fühlen, zu denken geben. Dass man einem kommunistischen Aggressor, der den Traum einer Sowjetunion 2.0 hegt als nationaler Mensch auch nur einen Funken Solidarität und Befürwortung gewährt, ist in unseren Augen traurig. Und das wahre Europa, ein Europa der freien Völker, erlebt(e) in den letzten Stunden wieder einmal, was es heißt, wenn der Kommunismus seine barbarische Fratze zeigt.“*

6 Zitiert nach: Frederik Schindler: „Wer Russlands Überfall nicht verurteilt, schadet der AfD“, Welt, 07.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237375831/Ukraine-So-streitet-die-AfD-ueber-russische-Propaganda-und-Sanktionen-gegen-Putin.html>

7 Zitiert nach: Frederik Schindler: „Wer Russlands Überfall nicht verurteilt, schadet der AfD“, Welt, 07.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237375831/Ukraine-So-streitet-die-AfD-ueber-russische-Propaganda-und-Sanktionen-gegen-Putin.html>

8 Pressemitteilung Emil Sänze MdL: Zurückhaltung statt Kriegstreiberei in der Ukraine, 01.03.2022, <https://konstanz.afd-bw.de/aktuelles/news/26914/Pressemitteilung%2C+Emil+S%C3%A4nze%2C+MdL%3A+Zur%C3%BCckhaltung+statt+Kriegstreiberei+in+der+Ukraine+>

9 COMPACT-TV: So ist die Situation in Russland wirklich – Der Ex-AfD-Abgeordnete Hansjörg Müller berichtet, 04.03.2022, <https://www.compact-online.de/so-ist-die-situation-in-russland-wirklich-der-ex-afd-abgeordnete-hansjoerg-mueller-berichtet/>

10 Walter Post: Entscheidung im Donbaf, 05.03.2022, <https://www.swg-mobil.de/2022/03/05/entscheidung-im-donbaf/>

11 Thomas Laschyk: PUTINS HANDLANGER: WIESO „QUERDENKER“ & IMPFEGNER JETZT PRO PUTIN SIND, Volksverpetzer-Blog, 6. März 2022, <https://www.volksverpetzer.de/corona-faktencheck/querdenker-impfegner-pro-putin/>

12 Zitiert nach: Frederik Schindler: „Wer Russlands Überfall nicht verurteilt, schadet der AfD“, Welt, 07.03.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article237375831/Ukraine-So-streitet-die-AfD-ueber-russische-Propaganda-und-Sanktionen-gegen-Putin.html>

13 Thilo Manemann: ZWISCHEN ZURÜCKHALTUNG, KAMPFBEREITSCHAFT UND SPALTUNG, Belltower-News, 24. Februar 2022, <https://www.belltower.news/rechtsextreme-reaktionen-zur-ukraine-zwischen-zurueckhaltung-kampfbereitschaft-und-spaltung-128405/>



Daraus wird Folgendes abgeleitet:

*„Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt dem ukrainischen Volk, den tapferen Soldaten des Asow Regiments und allen anderen tapferen Männern und Kampfeinheiten, die ihre Heimat gegen eine kommunistische Invasion verteidigen und ihr Leben, ihre Heimat und ihre Freiheit nicht kampflos aufgeben wollen!“<sup>14</sup>*

Zum Teil, wie bei „Der III. Weg“, war man schon vorher in Kontakt und Austausch mit ukrainischen FaschistInnen. Die Neugründung „Neue Stärke Partei“<sup>15</sup> positioniert sich wie „Der III. Weg“. Auch das Neonazi-Label „PC-Records“, das in der Vergangenheit Asow-Tshirts verkaufte, ruft in seinem Telegram-Kanal zu Spenden für die ukrainischen Kameraden auf. Am 2. März 2022 suchte „Der III. Weg“ unter der Überschrift „Nationalisten helfen Nationalisten“ „Unterkünfte für ukrainische Nationalisten“, um „uns auf gegebenenfalls durch den Krieg bedingte Härtefälle bereits jetzt vorbereiten zu können“.<sup>16</sup>

Der Ex-NPD-Funktionär Tobias Schulz („Baldur Landogart“) behauptete, er stehe „direkt mit (dem Asow-Hauptquartier) Atek in Verbindung“, und sammelte auf seinem Paypal-Account Spenden.<sup>17</sup> Schulz veröffentlichte laut „Belltower News“ auch auf Telegram Kontaktadressen zum „Nationalkorps“, dem politischen Arm von Azow<sup>18</sup>, und verkündete, er erwäge selbst eine Beteiligung an den Kämpfen; allerdings relativierte er diese Aussage nach einer „Gefährderansprache“ durch die Polizei: Es gehe „lediglich [um] humanitäre und politische Hilfe“.

Es gibt zwar Berichte über Freiwillige aus diesen Kreisen auf ukrainischer Seite, aber bisher gibt es kaum Belege für diese Meldungen. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sprach Anfang März 2022 von „deutlich weniger als zehn Fälle“<sup>19</sup>.

## 2.2. ALLGEMEINE UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINISCHEN SEITE

Hier ist zum Beispiel die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) zu nennen. Sie unterstützt allgemein die ukrainische Seite. JF-Chefredakteur Dieter Stein hatte schon länger den Putin-Kurs von COMPACT kritisiert.

## 3. NEUTRALISMUS

Unter Neonazis und anderen FaschistInnen sind es vermutlich die meisten, die unter dem Label „No more brotherwars“ bedauern, dass hier Weiße sich gegenseitig töten. Häufig wird zusätzlich noch Verständnis für jede Seite geäußert. Gegen diese „brotherwars“ wendet sich auch die Vernetzung „Europa Terra Nostra“<sup>20</sup>, in der z.B. die NPD organisiert ist. Gleichzeitig organisiert „Europa Terra Nostra“ angeblich mit dem extrem rechten schwedischen Verein „Det Fria Sverige“ Hilfe für ein Kinder-Hospital in Lwiw.

Auch die radikale Neue Rechte um das „Institut für Staatspolitik“ übt sich in Zurückhaltung. Zwar äußert Erik Lehnerts Verständnis für Putins Reaktion auf die von diesem wahrgenommene „Grenzüberschreitung des Westens“<sup>21</sup>, aber der „Sezession Online“-Chefredakteur Götz Kubitschek wendet sich in einer Stellungnahme am 1. März 2022 gegen eine „verlogene Verbrüderung mit der einen oder der anderen Seite“. Er resümiert: „Abschließend: die Rechte ist sich uneins. Pro Ukraine hier, pro Russland dort – solche Entschiedenheiten sind nicht notwendig, denn sie bleiben folgenlos, oder hätte jemand einen Hebel? Ist es letztlich sogar die Hoffnung, nach Jahren als Paria zur moralischen Mehrheit wechseln zu können, die manchen aus unseren Reihen nun zum glühenden Ukraineanhänger machen?“<sup>22</sup>

14 Deine Unterstützung für die Ukraine ist gefragt!, Frontmagazin, 26.02.2022, <https://www.frontmagazin.de/magazin/?p=18535>

15 Neue Stärke Partei: SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE, 24.02.2022, <https://xn--neue-strke-w5a.eu/solidaritaet-mit-der-ukraine/>

16 Der III. Weg: Nationalisten helfen Nationalisten – Unterkünfte für ukrainische Nationalisten gesucht, 02.03.2022, <https://der-dritte-weg.info/2022/03/nationalisten-helfen-nationalisten-unterkuenfte-fuer-ukrainische-nationalisten-gesucht/>

17 Maria Kowalska: Rechtsextremer Kriegstourismus in die Ukraine, „Endstation Rechts“, 28. Februar 2022, <https://www.endstation-rechts.de/news/rechtsextremer-kriegstourismus-die-ukraine>

18 Thilo Manemann: ZWISCHEN ZURÜCKHALTUNG, KAMPFBEREITSCHAFT UND SPALTUNG, Belltower-News, 24. Februar 2022, <https://www.belltower.news/rechtsextreme-reaktionen-zur-ukraine-zwischen-zurueckhaltung-kampfbereitschaft-und-spaltung-128405/>

19 Zitiert nach: Der III. Weg: Nationalisten helfen Nationalisten – Unterkünfte für ukrainische Nationalisten gesucht, 02.03.2022, <https://der-dritte-weg.info/2022/03/nationalisten-helfen-nationalisten-unterkuenfte-fuer-ukrainische-nationalisten-gesucht/>

20 Europa Terra Nostra: Official Statement: Cooperation instead of Escalation!, 24.02.2022, <https://www.etnostra.com/official-statement-cooperation-instead-of-escalation/>

21 Erik Lehnert: Zur Lage in der Ukraine, „Sezession online“, 24.02.2022, <https://sezession.de/65529/zur-lage-in-der-ukraine>

22 Götz Kubitschek: Krieg in der Ukraine – kühle Scham, „Sezession online“, 01.03.2022, <https://sezession.de/65530/krieg-in-der-ukraine-kuehle-scham/>

## SONSTIGE THEMEN DER EXTREMEN RECHTEN IN UND UM DEN UKRAINE-KRIEG

Streitpunkt neben der Frage einer grundsätzlichen Parteinahme ist die Frage nach dem Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine. – Ein Teil der extremen Rechten ist für die Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten, weil sie weiß sind, aus einem christlichen Kulturraum stammen und es sich vor allem um Frauen und Kinder handelt. So argumentieren z.B. Teile der AfD. Die Identitären starteten laut Eigenangabe sogar eine eigene Flüchtlingshilfe für ukrainische Geflüchtete. Am 5. März 2022 trafen sich nach ihren Angaben in Budapest IB-AktivistInnen „aus Hessen, Dänemark, Frankreich und Ungarn in Budapest, um gesammelte Hilfsmaterialien direkt am Sammeldepot für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu übergeben.“<sup>23</sup>

Andere extreme Rechte meinen, dass der Null-Migrations-Grundsatz nicht aufgebrochen werden darf. Dazu zählt auch Martin Sellner.

Einig sind sich alle Rechten bei der Ablehnung von Geflüchteten aus der Ukraine, die nicht ‚weiß‘ sind. Vor Ort üben sich Rechte wieder als Freiwilligen-Grenzschutz: „Ein Gruppenfoto der Koalition polnischer Fußball-Ultras,

## Belarus: Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg

die gestern Abend in den Straßen von Przemysł patrouillierten. Nicht-europäische Migranten kamen aus der Ukraine – sie attackierten Frauen und raubten Geschäfte aus, einige bedrohten sogar Einheim.“<sup>24</sup>

Thematisiert werden derzeit von vielen extremen Rechten, u.a. von der AfD, antirussische Vorfälle. Dieser Russophobie werden aber auch Fälle von Boykotten gegen Putin-UnterstützerInnen zugeordnet, indem der politische Hintergrund des Boykotts verschwiegen wird.

Mit ihrer Begeisterung für Krieg und soldatische Männlichkeit erliegen bei aller offiziellen Kriegs-Ablehnung viele extreme Rechte dem Ruf der Kriegshörner. Mehrere Personen vom „Jungeuropa-Verlag“ sind seit Anfang März 2022 als Reporter getarnt als Schlachtenbummler in der Ukraine unterwegs, und Martin Sellner frönt seiner Faszination als Küchentisch-Strategie, der täglich mehrmals den Front-Verlauf erklären muss.

Der hier leicht überarbeitete Artikel von Lucius Teidelbaum erschien bereits am 13. März 2022 auf „haGalil.com – Jüdisches Leben online“, <https://www.hagalil.com/2022/03/extreme-rechte-russland-ukraine/> Wir danken dem Autor für seine Zustimmung zum Abdruck des Artikels.

## Belarus: Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg

Von Guido Arnold

*Das Regime von Alexander Lukaschenko hat sich seit Februar zum Komplizen der russischen Aggression gegen die Ukraine gemacht und sein Territorium als Aufmarschgebiet für die Invasion zur Verfügung gestellt. Das belarussische Militär selbst ist jedoch (noch) nicht direkt in aktive Kampfhandlungen eingestiegen. Die wichtigste Kriegsabschreckung – eine nahezu völlige Ablehnung der belarussischen Gesellschaft gegenüber einer Beteiligung am Krieg. Die prägnanteste Form der weißrussischen Antikriegsbewegung sind massive Widerstandsaktionen gegen das Eisenbahnnetz des Landes.*

Als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine schwappte eine Welle der Sabotage über das Land: Kriegsgegnerinnen versuchten, die Eisenbahnen unbrauchbar zu machen, um zu verhindern, dass russisches Militärgerät durch belarussisches Gebiet fährt. Nach Angaben des belarussischen Innenministeriums wurden bereits 80

Sabotageakte verübt. Unabhängige Medien bezeichneten diese Kampagne als neuen „Eisenbahnkrieg“ – die Bezeichnung für belarussische Partisanenangriffe auf Eisenbahnlinien während der Nazi-Besatzung. Die Aktivistinnen werden als „Partisanen“ bezeichnet.

In den Augen der meisten Belarussen scheint das Risiko, öffentlich zu protestieren – verglichen mit seiner Wirksamkeit – in der gegenwärtigen Situation zu hoch. Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der erneut verschärften Einschränkung der Versammlungsfreiheit. So wurden etwa 1.100 Menschen verhaftet, nachdem als Reaktion auf die russische Invasion Ende Februar Antikriegsproteste organisiert wurden. Ein Teil des Protests hat sich stattdessen auf klandestine Widerstandsformen verlagert. Eine Schätzung des belarussischen Innenministeriums geht von mehreren hundert Partisanen aus, die direkt am belarussischen „Eisenbahnkrieg“ beteiligt sind.

23 Hilfsaktionen für Ukrainische Flüchtlinge in Ungarn, IB-naher Blog Aktionsmelder, 07.03.22, <https://aktionsmelder.de/2022/03/07/hilfsaktionen-fuer-ukrainische-fluechtlinge-in-ungarn>

24 Facebook-Eintrag in „Riot With Style“, 2. März 2022.



Aktivistinnen gehen von Tausenden von Unterstützerinnen aus.

Die häufigste Form der Sabotage ist das Inbrandsetzen von Signalschaltkästen, so dass die Signale dauerhaft auf Rot schalten und der Zugbetrieb nur noch ‚manuell‘ durch Freigabe der Strecken per Funkkommunikation möglich ist. Dadurch werden die Züge gezwungen, mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 20 Kilometern pro Stunde zu fahren. Anfang März behauptete ein Telegram-Kanal belarussischer Eisenbahnerinnen, dass russische Militärtransporte als Folge des „Eisenbahnkriegs“ eingestellt worden seien. Auch Oleksandr Kamyshin, Chef der ukrainischen Eisenbahngesellschaft, deutete in einem Interview an, dass die Aktionen der Partisanen zu einem zeitweiligen Stillstand des Eisenbahnverkehrs geführt hätten. Die russischen Militärtransporte seien sieben Tage nicht vorangekommen. Russische Logistikzüge verkehrten zwar danach wieder in Belarus, aber es würden Vorsichtsmaßnahmen zu ihrem Schutz getroffen: Sie führen nicht mehr nachts und immer mehr Waffen und Munition würden in normalen Güterwaggons transportiert, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. „Aktivisten versuchen, Transporte von Militärgütern zu blockieren oder zu verzögern, vor allem in den Regionen Homiel und Brest, wo die Truppen in Bewegung sind“, sagt Pavel Latushka, einer der führenden Köpfe der belarussischen Opposition.<sup>25</sup>

## CYBERPARTISANEN

Den Auftakt der Sabotageserie machte jedoch ein Hackerangriff. Sogenannte *Cyberpartisanen* legten mit ihrer Cyberattacke am 27. Februar (drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine) das Computernetz der weißrussischen Eisenbahngesellschaft lahm. Auf zwei Hauptstrecken fuhren gar keine Züge mehr, alle anderen im Land mussten auf Sicht fahren (15-20 km/h). Fahrkarten konnten nicht mehr gebucht werden – an den Bahnhofsschaltern mussten sie per Hand ausgestellt werden. Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges, am 24. Januar hatten die Hackerinnen die belarussische Bahn infiltriert und einige Server, Datenbanken und Workstations verschlüsselt, um die Bewegung russischer Truppen zu sabotieren, „da die Spannungen über eine mögliche erneute Invasion in der Ukraine zunehmen“.<sup>26</sup>

Die Cyberpartisanen werden auf etwa 30 Personen geschätzt; nicht alle agieren von Belarus aus. Einige von ih-

nen sind ins Ausland gegangen. Zum ersten Mal traten die Cyberpartisanen im September 2020 in Erscheinung, als es in Belarus vielfältige Protestaktionen gegen die offenkundig gefälschte Präsidentenwahl gab – und zunehmende Repressionen gegen die Demonstrierenden. Damals war es ihnen gelungen, in die internen Systeme des belarussischen Sicherheitsapparates einzudringen und zu zeigen, wie das immer autoritärere System von Alexander Lukaschenko im Inneren funktioniert. Am 8. Juli 2021 gelang ihnen ihr bislang größter Coup: Sie erbeuteten von Regierungsservern sechs Terabyte geheimer Informationen, darunter auch die internen Datenbanken des Innenministeriums. Seitdem veröffentlichten sie einige der Interna häppchenweise auf Youtube: Namen und Adressen von Geheimdienstmitarbeitern, wer die Befehle zur Festnahme von Demonstrantinnen erteilt hatte, auf welche Weise die Sicherheitskräfte die Gerichte kontrollierten und unerträgliche Bedingungen für die Verhafteten schufen. Lukaschenko wies daraufhin seine Sicherheitskräfte an, zum Papier zurückzukehren, wenn sie Informationen auf ihren Computern nicht sichern könnten.

Bei der Bewertung der erbeuteten Regierungsdokumente war bereits die Zusammenarbeit mit einer Gruppe von (ehemaligen) Regierungsangestellten hilfreich<sup>27</sup>, die zum Widerstand übergelaufen waren. Diese Zusammenarbeit bewährte sich nun bei der Bahn-Sabotage erneut.

## PARTISANEN

*ByPol*, eine Organisation (größtenteils ehemaliger) Mitarbeiterinnen des belarussischen Sicherheitsdienstes, versucht, die Sabotageaktivitäten zu koordinieren und hat nach eigenen Angaben seit Anfang März sechs große „Partisanenoperationen“ gegen das Schienennetz in Belarus durchgeführt. Eine davon am 19. März – sämtliche Zugverbindungen zwischen Belarus und der Ukraine wurden sabotiert. Die Gleise, die von Brest, Luninets, Kalinkavitchy und Homiel zur Grenze führen, wurden außer Betrieb gesetzt. Die Blockade hielt mindestens vier Tage an.<sup>28</sup>

ByPol ist eine im Oktober 2020 gegründete Initiative, in der nach eigenen Angaben Hunderte von amtierenden und ehemaligen Sicherheitsbeamten organisiert sind, die sich der oppositionellen Svetlana Tikhanovskaya verpflichtet fühlen und (verdeckt) für den Sturz Lukaschenkos und die Einsetzung einer demokratischen Regierung in Belarus kämpfen. Sie leiten eine internationale Untersuchung der von Lukaschenkos Regime begangenen Ver-

25 [https://www.liberation.fr/international/europe/au-belarus-les-opposants-a-la-guerre-en-ukraine-engagent-la-bataille-du-rail-20220324\\_WHTJ2UNNVZHLXI3UMS3WX5WTJM/](https://www.liberation.fr/international/europe/au-belarus-les-opposants-a-la-guerre-en-ukraine-engagent-la-bataille-du-rail-20220324_WHTJ2UNNVZHLXI3UMS3WX5WTJM/) Auszüge frei zugänglich unter: <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>

26 <https://twitter.com/cpartisans/status/1485618881557315588>

27 <https://www.technologyreview.com/2021/08/26/1033205/belarus-cyber-partisans-lukashenko-hack-opposition/>

28 <https://sansnom.noblogs.org/archives/11299>



brechen gegen die Protestbewegung in Belarus. Darüber hinaus versuchen sie, Lukaschenkos Regime aus dem In- und Ausland zu zersetzen und zu sabotieren, um eine Rechtsstaatlichkeit „wiederherzustellen“<sup>29</sup>. Dabei arbeiten sie u. a. zusammen mit der ebenfalls 2020 gegründeten Gruppe *BySol*<sup>30</sup> zur Unterstützung politisch Verfolgter und Gefangener.

### REPRESSIVE ABSCHRECKUNG

Um Sabotageakte zu verhindern, haben die Behörden die Patrouillen an den Bahnanlagen verstärkt und eine Kampagne brutaler Repressionen gegen die Partisanen selbst eingeleitet. Von Anfang an kündigten die belarussischen Sicherheitskräfte an, dass „jegliche Aktionen“ gegen Bahnanlagen als terroristischer Akt betrachtet würden, d. h. die Beteiligten würden eines Verbrechens angeklagt, auf das in Belarus die Todesstrafe steht. Derzeit sind etwa 40 Personen wegen des Verdachts auf Sabotage festgenommen worden.

Das Vorgehen der Sicherheitskräfte zielt darauf ab, die lokale Bevölkerung einzuschüchtern. Der stellvertretende Innenminister Gennady Kazakevich drohte damit, Partisanen zu töten: „Wie Sie wissen, kann man mit Terroristen nicht verhandeln, man kann sie nur vernichten“, sagte er Anfang März. Diese Worte sind keine leere Drohung: Die belarussischen Sicherheitskräfte haben in der Tat einen Freibrief für den Einsatz von Schusswaffen gegen Saboteure erhalten. Ende März wurde berichtet, dass eine Einheit der ‚internen Truppen‘ das Feuer auf Personen eröffnet hatte, die Signalelektrik im Westen von Belarus anzündeten. Niemand wurde verletzt, und die Aktivistinnen konnten entkommen. Am 6. April kam es jedoch zu weiteren Festnahmen, nachdem in den Regionen Bobruisk und Borissow Signalsysteme angezündet worden waren: zwei Personen erlitten Schussverletzungen, eine Person wurde mit einem Messer verletzt.

Das Menschenrechtszentrum Viasna berichtet, dass die Sicherheitskräfte nach Beginn des „Eisenbahnkriegs“ eine Reihe von Razzien in Städten in der Nähe der Sabotageorte – Stolbtsy, Dzerzhinsk und Baranowitschi –

## Belarus: Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg

durchführten. Die Wohnungen von Personen, von denen bekannt war, dass sie zuvor an Protesten teilgenommen hatten, wurden durchsucht und ihre Telefone überprüft. Hinweise auf oppositionelle Telegram-Kanäle genügten um die Betroffenen in Haft zu nehmen. Zusätzlich haben Sicherheitsdienste gegen belarussische Bahnmitarbeiter ermittelt: Ende März wurden etwa 40 Personen festgenommen. Ihre „Reuevideos“ – in denen sie zur präventiven Abschreckung vor laufender Kamera ihr Bedauern über ihre Taten ausdrückten – erschienen später auf von den Behörden kontrollierten Social-Media-Kanälen. Das einzige Vergehen dieser Personen bestand darin, dass sie einen bestimmten Telegram-Kanal für Eisenbahner abonniert hatten, der von den Behörden als „extremistisch“ eingestuft wurde.

*Lukaschenko weiß sehr wohl, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist.*

Menschen im ganzen Land sind zu freiwilligen Augen und Ohren von *Belaruski Gaiun* geworden, einem oppositionellen ‚Überwachungsdienst‘, der die Bewegungen der russischen Truppen auf dem belarussischen Territorium, Raketenstarts sowie Starts und Landungen von Militärflugzeugen aufzeichnet. Anton Motolko, der das Meldeportal leitet, sagte in einem Interview, dass täglich etwa 1.000 Nachrichten eintreffen. Aber die Personen, die Informationen an *Belaruski Gaiun* senden, müssen auch damit rechnen, dass sie strafrechtlich verfolgt werden. Menschen werden verhaftet, weil sie Artikel über den Krieg auf Wikipedia bearbeiten, den Krieg in privaten Gesprächen kritisieren oder einfach nur ein Band mit den Farben der ukrainischen Flagge an einem öffentlichen Ort anbringen.

Verhaftete werden vielfach vor dem Hintergrund der Symbole von Putins Aggression gegen die Ukraine – den Zeichen Z und V – fotografiert und gezwungen, sich vor der Kamera beim „russischen Volk“ zu entschuldigen.

### KEINE DIREKTE BETEILIGUNG AN KAMPFHANDLUNGEN

Lukaschenko äußerte im November 2021, dass er „im Falle eines Krieges im Donbas“ nicht unbeteiligt zuschauen würde. Tatsächlich wurde im März 2022 die Bewegung belarussischer Einheiten in Richtung der südlichen Grenze beobachtet. Lukaschenko hat bereits mehrfach behauptet, die Ukraine habe ballistische Raketen auf belarussisches Gebiet abgeschossen. Beweise dafür hat er nicht vorgelegt, aber die Äußerungen mussten als Versuch interpretiert werden, den künftigen Kriegseintritt

29 <https://bypol.org/en>

30 <https://www.bysol.org/en/>



von Belarus zu rechtfertigen. Dennoch gibt es derzeit [18.4.22] keine Evidenz für eine tatsächliche Beteiligung der belarussischen Armee an Kampfhandlungen.

Im März kursierten immer wieder Gerüchte, dass Lukaschenkos Armee kurz vor dem Eintritt in den Krieg gegen die Ukraine stehe. Am 3. März erklärte der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, belarussische Fallschirmjäger hätten angeblich bereits den Befehl erhalten, die Grenze zu überschreiten. Am 11. März behauptete die ukrainische Führung, in der Grenzregion Kopani werde eine russische Provokation vorbereitet, auf die am selben Tag ein Einmarsch der belarussischen Armee folgen werde. Am 20. März meldete das ukrainische Verteidigungsministerium erneut Anzeichen für die Vorbereitung einer belarussischen Invasion; zu diesem Zeitpunkt schätzte der ukrainische Generalstab einen Angriff in der Region Volyn als sehr wahrscheinlich ein. In all diesen Fällen haben sich die Informationen letztlich nicht bestätigt.<sup>31</sup>

Das wichtigste Kriegshemmnis scheint zu sein, dass Lukaschenko sehr wohl weiß, wie stark die Antikriegsstimmung in der belarussischen Gesellschaft ausgeprägt ist. Umfragedaten von *Chatham House* von Anfang März zeigen, dass selbst die große Mehrheit der Menschen, die die Diktatur unterstützen, einen belarussischen Einmarsch in die Ukraine nicht befürworten würde. Nur drei Prozent der Befragten der Chatham-House-Umfrage befürworteten eine Beteiligung am Krieg, während 28 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass es richtig sei, das Vorgehen Russlands zu unterstützen, ohne direkt in den Konflikt einzutreten.

Eine Armee, die in einer solchen Atmosphäre ‚an der Heimatfront‘ operiert, gilt als unzuverlässig. Schon in Friedenszeiten hatte das Regime in den Augen der meisten Belarussen kaum noch Legitimität. „Es ist keine Tatsache, dass [Lukaschenko] nicht [in den Krieg] eintreten wird“, sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij am 5. April. „Wir werden es erst am Ende wissen; der Krieg ist noch nicht vorbei. Aber trotzdem muss [Lukaschenko] auf sein Volk schauen. Und das weißrussische Volk ist gegen den Krieg mit der Ukraine.“

Es wird eingeschätzt, dass Lukaschenko eine schwere innere Krise fürchtet, wenn Weißrussland mit eigenen Kampfhandlungen in den Konflikt eintritt. Die breiten Sabotage- und Cybersabotage-Aktionen, als prominenteste Ausdrucksform dieser Ablehnung des Krieges, könnten in dieser Abwägung eine Rolle gespielt haben.

Ende März, als Russland begann, sich aus Kiew und Tschernihiw zurückzuziehen, nahm die Wahrscheinlichkeit einer direkten Beteiligung Weißrusslands an dem Konflikt aus taktischen Erwägungen deutlich ab. Nach Angaben ukrainischer und westlicher Geheimdienste plant das russische Militär, seine Hauptanstrengungen auf den Osten und Süden der Ukraine zu konzentrieren. Die weißrussische Front hat vielleicht nicht mehr die höchste Priorität. Dennoch schließen Militärexperten eine Beteiligung der belarussischen Armee in den nächsten Phasen des Krieges nicht aus.

**Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik.**

## Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda. Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg

und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

*Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos.*

31 <https://www.opendemocracy.net/en/odr/why-belarus-is-yet-to-join-russias-invasion-of-ukraine/>

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblocken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukraine Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der »Schuldenbremse« festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit



sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

*Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer.*

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

22. März 2022

<https://derappell.de/>

Den Appell haben bis zum 18.4.22 rund 48.000 Menschen unterzeichnet.



# Was haben Spaziergänge mit Vigilantismus zu tun?

## EIN BLICK AUF DIE ENTWICKLUNG EINER RECHTEN BÜRGERWEHR UND DEREN WAHRNEHMUNG IN MEDIEN UND POLITIK

Von Margarete Jäger und Iris Tonks

Was ein Spaziergang ist, wissen alle – denkt man. Doch wie fast jeder Begriff kann auch dieses so harmlos wirkende Wort mit einer anderen Bedeutung gefüllt werden, die dann weniger harmlos ist. In jüngerer Zeit treten in Deutschland in einigen Städten sogenannte Bürgerwehren in die Öffentlichkeit, die ihre Aktionen gerne als „Spaziergänge“ bezeichnen. Innerhalb der Sozialwissenschaften werden solche Vorgänge als „Vigilantismus“ bezeichnet. Im öffentlichen Diskurs spricht man eher von „Bürgerwehren“, und versteht darunter Bürgerinnen und Bürger, die sich vom Staat und seinen Institutionen nicht adäquat vertreten fühlen und deshalb das Recht selbst in die Hand nehmen (wollen).

Das Auftreten solcher Bürgerwehren trägt zu einer massiven Aufheizung des gesellschaftlichen Klimas bei. Vor dem Hintergrund, dass Einwanderung aus anderen ethnischen Communities durch Politik und Medien jahrelang problematisiert wurde, agieren solche Bürgerwehren durch verschiedene Arten extra-legalen kollektiven Handelns, vor allem durch Straßenpatrouillen, die die Bevölkerung einschüchtern. Dazu fühlen sie sich nicht zuletzt durch Berichte über vermeintliche Übergriffe migrantischer Personen auf „deutsche Frauen“ aufgefordert.

In ihrer Gesamtheit sind solche Gruppierungen zwar schwer einzuschätzen, doch zeichnet sich ihr Kern durch rechtsextremes Gedankengut und eine gute Vernetzung mit der extrem-rechten Szene aus. Wenn sich die damit konfrontierten Ordnungskräfte diesen Gruppierungen nicht eindeutig gegenüberstellen und ihr Treiben unterbinden, kann es diesen gelingen, Bürgerinnen und Bürger aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft hinter sich zu bringen. Auf diese Weise vermischt sich bürgerlicher Habitus mit der Gewaltbereitschaft.<sup>32</sup>

*„Das sind wohl Rechte. Aber die machen keinen Ärger.“ (Strahl, NRZ/WAZ 01.05.2018)*

In Westdeutschland werden seit einigen Jahren in zahlreichen Großstädten wie Essen, Düsseldorf, Köln und Herne „Spaziergänge“ von Bürgerwehren durchgeführt; angeblich zum Schutz „deutscher Frauen“; angeblich, um im eigenen Stadtteil für Sicherheit zu sorgen. Mit der Definition als „Spaziergang“ wollen sie sich von der Anmeldepflicht für Versammlungen freimachen. Die Gruppierungen geben sich harmlos klingende Namen wie „Düsseldorfer Bruderschaft“, „Huttruper Mädels“ oder „Steeler Jungs“; ihre Telegram-Einträge, ihre Symbole und ihre vor allem gegen ihre Gegner und Gegnerinnen gerichteten Einschüchterungsversuche haben

aber einen eindeutig rechtsextremen Hintergrund.<sup>33</sup>

Wir haben uns im DISS mit den Entwicklungen um eine Essener Bürgerwehr, die unter dem Namen „Steeler Jungs“ seit einigen Jahren für Unruhe sorgt, beschäftigt. Ihre Aktivitäten werden spätestens 2017 von dem lokalen Mediendiskurs aufgenommen und kommentiert. Vor dem Hintergrund des lokalen und diskursiven Kontextes haben wir eine Analyse dieses lokalen Mediendiskurses vorgenommen, um herauszuarbeiten, ob und wie sich die Darstellungen und Bewertungen im Laufe der Zeit verändert haben.<sup>34</sup>

Durch die Analyse des lokalen und diskursiven Kontextes konnte herausgearbeitet werden, dass die *Steeler Jungs* in Essen-Steele sehr gut verankert sind. Es handelt sich um Personen aus dem Stadtteil, die sich teilweise schon aus Kindergartenzeiten kennen. Auch deshalb würden „ihre Machtinszenierungen von einem Teil der Bürger und den Behörden geduldet“ (Schulze 2019c) und sie konnten lange unbehelligt durch Steele marschieren.

Erst seit 2018 wird der wöchentliche Demonstrationzug polizeilich begleitet. Auch deshalb resümiert die NRZ/WAZ am 26.2.2019 den anfänglichen Umgang mit den *Steeler Jungs* folgendermaßen:

„Die ‚Steeler Jungs‘ ernten für ihre Raumnahme Zuspruch aus nicht

32 Vgl. „Spaziergänge“ in Ostdeutschland: Nazis aller Bannerträger von David Begrich, in „Blätter“ 2/2022, S. 9-12.

33 Zu Symbolen vgl. Niewerth, NRZ/WAZ 16.03.2020: Essen: „Steeler Jungs feiern Geburtstag mit Hakenkreuz-Torte“. Zu Einschüchterungsversuchen vgl. Homepage *Steeler Jungs*, Posts zwischen 09.06.2019 und 25.08.2019 sowie Sagan in: NRZ/WAZ 28.03.2019: „Schüsse auf Steeler Kulturzentrum Grend: Zeugen melden sich.“

34 Dazu haben wir die Berichterstattung in der Zeit von 2017 bis 2021 von insgesamt vier verschiedenen lokalen Medien untersucht: die *Neue Ruhr Zeitung* (NRZ), die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ), der *Steeler Kurier* und die Online-Ausgabe *derwesten.de*.



geringen Teilen der Bevölkerung und lange gab es keinen Protest gegen die Bürgerwehr. Die demokratische Resilienz versagte. Das gewohnte Wahrnehmungsradar für rechte Aktivitäten wurde unterlaufen, die eindeutige Uneindeutigkeit täuschte und verwirrte die demokratischen Protagonist\*innen und unterlief deren Abwehrmechanismen.“ (n.n. 2019a)

„Die Symbolik der Steeler Jungs erinnert an dunkelste Kapitel des Geschichtsunterrichts. Wer das nicht sieht, ist auf dem rechten Auge blind.“ (Schumacher, NRZ/WAZ 05.03.2019)

Von Beginn an gibt es auch Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen die *Steeler Jungs*. Dabei wird auf den extrem rechten Charakter der Bürgerwehr hingewiesen und davor gewarnt, dass es zu einer Kooperation zwischen Polizei und *Steeler Jungs* komme bzw. dass diese bereits bestehe.

Die Journalistin Barbara Schulze weist etwa darauf hin, dass im Februar 2019 ein örtlicher Polizist „mit den Rechten gemeinsam auf Fotos posierte“ (Schulze 2019b). Erst nachdem die Partei *Die Linke* eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht hatte, reagierte die Polizei mit einer Distanzierung. Der Polizist wurde jedoch lediglich in eine andere Einheit versetzt. (Vgl. Schulze 2019b.)

Im Rahmen eines Lageberichts zu rechtsextremen Chats der Polizei in NRW wurde 2021 sogar bekannt,

dass mehrere Beamte Kontakte zu den *Steeler Jungs* hatten<sup>35</sup>.

Die Kontakte zwischen der Essener Polizei und den *Steeler Jungs* beschreibt die Journalistin Jennifer Marken so:

„Die Essener Polizei zeigt den ‚Steeler Jungs‘ gegenüber seit Jahren ein erstaunliches Verständnis und Wohlwollen: Im ersten Jahr fanden die einschüchternen Märsche unbegleitet statt. Erst seit der lokale antifaschistische und bürgerliche Protest stärker wurde, lief die Polizei bei den – anfangs unangemeldeten – Kundgebungen mit. Jedoch nicht, wie in Essen bei antifaschistischen Kundgebungen üblich, in Kampfmontur, sondern durchgehend im Habitus von Dorfpolizisten: man kennt sich – und schätzt sich, so der optische Eindruck. Und so auch der Eindruck, der im Rechtsaußen-Milieu in Essen ankommt.“ (Marken 2020)

Bereits 2018 wurden die *Steeler Jungs* erstmalig vom Landesverfassungsschutz NRW in dessen Jahresbericht namentlich als bürgerwehähnliche Gruppe erwähnt. Die damalige Co-Fraktionschefin der Grünen, Verena Schäffer, nannte die Einordnung der *Steeler Jungs* als „Mischszene“<sup>36</sup> durch den Verfassungsschutz eine Verharmlosung (vgl. Bialdiga 2020). Es handele sich bei den „bürgerwehähnlichen Gruppen um rechtsextreme Gruppierungen“. (Bialdiga 2020)

Die Steeler Bezirksvertretung sowie der Essener Stadtrat beschlossen im April sowie im Mai 2019 eine frakti-

onsübergreifende Resolution gegen die *Steeler Jungs*:

„Hinter einer vermeintlich harmlosen Fassade verbirgt sich womöglich ein bundesweit agierendes Netzwerk mit intensiven Kontakten in die extreme rechte Szene. Das erfordert eine intensive Beobachtung und Begleitung durch die Sicherheitsbehörden sowie eine intensive Aufklärungsarbeit.“ (Mut machen – Steele bleibt bunt 2019)

Es wird empfohlen, dass eine „Information und Kommunikation mit den Menschen in den betroffenen Stadtteilen über die sogenannten ‚Steeler Jungs‘ [...] auch mithilfe der Stadtverwaltung“ intensiver werden solle (Mut machen – Steele bleibt bunt 2019).

Vor diesem Kontext fokussierten wir die Analyse der lokalen Berichterstattung auf die Betrachtung verschiedener Komplexe, die im Folgenden dargestellt werden.

## AUSSAGEN ZU DEN STEELER JUNGS

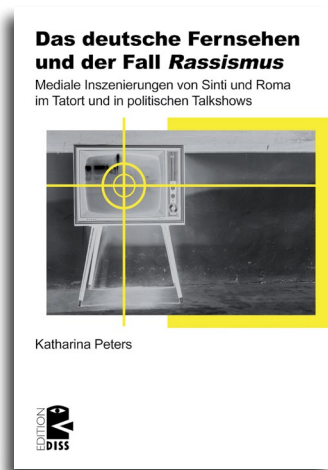
Vor allem zu Beginn des analysierten Berichtszeitraums wurden die *Steeler Jungs* verharmlost und entpolitisiert:

„Das sind wohl Rechte. Aber die machen keinen Ärger.“ (Strahl, NRZ/WAZ 01.05.2018)

„Eine Demo im klassischen Sinne ist das nicht. Der Umzug ist bei der Polizei nicht angemeldet. Die Teilnehmer tragen weder Transparente, noch rufen sie Parolen.“ (Schymiczek, NRZ/WAZ 25.10.2018)

35 „Insgesamt seien 12.575 Rufnummern im Rahmen der Ermittlungen überprüft worden. Bei insgesamt 26, die als Kontakte in beschlagnahmten Mobiltelefonen von Polizisten festgestellt wurden, seien Kontakte aufgefunden, die im Zusammenhang mit ‚rechtsextrem motivierter Kriminalität‘ stünden. Darunter seien neun Verbindungen zu Personen der Essener Gruppierung ‚Steeler Jungs‘, drei zur Hooliganszene und eine zur Neonaziszene in Dortmund.“ (Bernhardt 2021)

36 Das Wort „Mischszene“ beschreibt Gruppierungen, die sich aus etlichen, durchaus unterschiedlichen Akteuren der extremen Rechten zusammengefunden haben. Beispielsweise wird in einem Artikel auf der Homepage des NRW-Innenministers Herbert Reul folgend zitiert: „Wir erleben immer häufiger, dass sich Mischszenen aus Hooligans, Rockern, Rechtsextremisten, Wutbürgern, aber eben auch gang normalen Bürgern bilden“ (Vgl. Wolf 2020).



Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹  
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im  
Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti\*ze und Rom\*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontaktfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur\*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

Auch werden die Steeler Jungs einer sogenannten Mischszene zugeordnet, aus der nur Teile aus einem rechtsextremen Spektrum stammen. Andere Teile bestünden aus Eltern oder ‚besorgten Bürgern‘, die mit ihrer Situation unzufrieden seien. Unter dem Titel ‚Verbindungen zu Hooligans aus dem RWE-Umfeld und zur Rockerszene‘ wird beschrieben:

„Es gebe Verbindungen zu Hooligans aus dem Umfeld von Rot-Weiss Essen und zur Rockerszene. Einer der Initiatoren soll bei den Bandidos eine führende Position bekleiden. [...] Viele von denen, die an diesem Abend durch Steele spazieren, wirken eher wie Mitläufer. [...] Ein Polizist, der die Gruppe regelmäßig begleitet, sagt, die Leute wollten zum Ausdruck bringen, ‚dass sie mit der aktuellen politischen Situation unzufrieden seien.“ (Schymiczek, NRZ/WAZ 25.10.2018)

Auf der anderen Seite werden die Steeler Jungs und ihre Netzwerke aber auch als Problem gesehen und auf die NS-Zeit angespielt.

„Die Symbolik der *Steeler Jungs* erinnert an dunkelste Kapitel des Geschichtsunterrichts. Wer das nicht sieht, ist auf dem rechten Auge blind. [...] Sie agieren heute als ‚*Steeler Jungs*‘ unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit. [...] Sie säen Hass und schüren Angst vor allem Fremden.“ (Schumacher, NRZ/WAZ 05.03.2019)

Darüber hinaus wird das Gewaltpotential der Steeler Jungs thematisiert.

„Nach allen bisher bekannten Informationen, handelt es sich bei den ‚*Steeler Jungs*‘ um Männer, die gewaltbereit sind und teilweise der extremen rechten Szene zuge-

rechnet werden.“ (n.n. NRZ/WAZ 17.05.2018)

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Diskurs sowohl eine Verharmlosung als auch eine Problematisierung der *Steeler Jungs* stattfindet, wobei im chronologischen Verlauf die Problematisierung und vor allem die Zuordnung zum rechtsextremen Spektrum deutlicher wird.

## AUSSAGEN ZUR BEVÖLKERUNG VON ESSEN-STEEL

Die Bevölkerung von Steele wird in großen Teilen als verängstigt dargestellt, lehne die Aufmärsche der *Steeler Jungs* ab und sei antirassistisch eingestellt. Nachdem die *Steeler Jungs* 2019 beim Karnevalsumzug in Essen-Freienbruch mit einem eigenen Wagen teilgenommen haben, regt sich Widerspruch:

„Die Bürger, die sich als ‚Steele ist bunt‘-Initiative gegen die Donnerstag-Demos zusammengetan haben, verurteilen den Vorgang auf Schärfste und rufen zur weiteren Wachsamkeit auf. ‚Wir hören oft: Die sind doch harmlos‘ [...] Der aktuelle Vorgang beweise das Gegenteil.“ (Spletter, NRZ/WAZ 04.03.2019)

Jedoch gibt es dazu auch Gegenstimmen und die Forderung, man solle lieber mit den *Steeler Jungs* reden.

„Das Gespräch mit den *Steeler Jungs* suchen – Die Reise könnte zum Beispiel nach Steele führen [...] Immer donnerstags ziehen dort die ‚*Steeler Jungs*‘ durch die Fußgängerzone... Ihnen gegenüber steht das Bürgerbündnis ‚Steele bleibt bunt‘. Vielleicht könnte es ja gelingen, miteinander ins Gespräch zu kommen [...].“ (Schymiczek, NRZ/WAZ 25.02.2019)



## AUSSAGEN ZU DEN BETEILIGTEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN

Eine Reihe von Bündnissen und lokalen Organisationen haben sich an Aktionen und Protesten gegen die *Steeler Jungs* beteiligt. Hier sind insbesondere zu nennen: *Essen stellt sich quer (ESSQ)*, *AWO*, *Initiative Seebücke*, *Pro Asyl*, *Essener Jugendbündnis*, *Vielrespekt Zentrum*, *DGB*, *Caritas*, *Mut machen – Steele bleibt bunt*, *evangelische Friedenskirche*, *Verein Viertelimpuls (Vielrespekthaus)*, *Aufstehen gegen Rassismus (bundesweit, Ableger Essen)*, *Düsseldorf stellt sich quer (DSSQ)*, *Bündnis buntes Bottrop*, *Antifa Essen-West*.

Diese Bündnisse und Gruppen erfahren zumeist viel Zustimmung und werden als wirksames Gegenmittel gegen rechte Kräfte angesehen. Doch wird auch die Kritik an den Bündnissen wiedergegeben: Erst durch die Proteste werde die mediale Aufmerksamkeit geweckt, dies schade dem Stadtteil und außerdem distanzieren man sich bei den Protesten nicht von sogenannten Linksextremen.

„Ein Argument, das den Mitgliedern des Bündnisses ‚Mut machen – Steele bleibt bunt‘ immer wieder entgegengehalten werde, sei das des Image-Schadens für den Stadtteil. Es heiße, durch den Protest der Initiative wären die ‚*Steeler Jungs*‘ erst zu medialer Aufmerksamkeit gelangt.“ (n.n., WAZ / NRZ 28.05.2019)

„Es werde mit Sorge gesehen, dass ‚*Steele bleibt bunt*‘ mit ‚*Essen stellt sich quer*‘ von einer Organisation unterstützt werde, ‚die linksextreme Gruppierungen in ihren Reihen toleriert, ohne sich eindeutig von deren staatsfeindlichen Positionen zu distan-

zieren.“ (EBB-FW in Maibaum NRZ/WAZ 05.06.2019)

Diese Beschreibung wird aber immer wieder von den Bündnissen zurückgewiesen, vor allem gegen auswärtige sogenannte linksextreme Gruppen würden sich die Bündnisse abgrenzen.

„Gegen Nazi-Macker in Essen Steele und überall – so ist der anonym verfasste Aufruf zu einer ‚Antifaschistischen Demo‘ [...] gegen die so genannten ‚*Steeler Jungs*‘ überschrieben. [...] Ein schwarz-roter Anarcho-Stern, das lilafarbene Feminismus-Symbol mit geballter Faust und vor allem der aggressiv-schwadronierende Grundton des Demo-Aufruf deuten darauf hin, dass sich eine militante Gruppierung auf den Weg nach Essen machen könnte. Steele bezeichnen sie als ‚Nazi-Kiez‘. [...] Die Stadtteil-Initiative ‚*Steele bleibt bunt*‘ distanziert sich scharf von der angekündigten Demo [...]. ‚Damit haben wir nichts zu tun und wir sind nicht glücklich über diesen Aufruf [...]. Wir halten diesen Aufruf für kontraproduktiv und möchten nicht, dass Steele von dieser Seite aufgemischt wird.“ (Niewerth, NRZ/WAZ 19.08.2019)

Die Bündnisse gerieren sich so als Bündnisse der bürgerlichen Mitte, die sich von den extremen Rändern abgrenzen. Damit verstärken sie jedoch Vorstellungen, nach denen Links- und Rechtsextremismus gleichgesetzt wird und beides abzulehnen sei und es eine bürgerliche

Mitte gebe, die frei sei von Rassismus und extrem rechten Einstellungen.

Zusammenfassend lässt sich im Verlauf der medialen Berichterstattung über die zivilgesellschaftlichen Organisationen ein Dilemma feststellen. Durch die vermehrten Distanzierungen seitens der zivilgesellschaftlichen Bündnisse gegen das sogenannte Links-Außen werden Kräfte gebunden und der Fokus auf eine Abgrenzung nach links gelegt. Die von ihnen intendierte Gegenwehr gegen die *Steeler Jungs* und gegen den Rechtsextremismus wird allerdings durch eine solche Fokusverlagerung geschwächt.

## AUSSAGEN ZU INSTITUTIONEN (POLIZEI UND STAATSSCHUTZ, VERFASSUNGSSCHUTZ, WISSENSCHAFT, POLITIKERINNEN, STADTVERWALTUNG)

### AUSSAGEN ZUR POLIZEI UND STAATSSCHUTZ<sup>37</sup>

Auf der einen Seite findet die Arbeit der Polizei in der Presse viel Anerkennung. Sie sei die Vertreterin des Rechtsstaates und habe das Gewaltmonopol inne. In Abgrenzung zu den *Steeler Jungs* wird betont:

„Der Schutz der Bürger ist Sache der Polizei und nicht die selbst ernannter Ordnungshüter.“ (n.n. NRZ/WAZ 05.03.2019)

Auch wird der Polizei zugutegehalten, dass sie gewalttätige Konfronta-

*Das Essener Wählerbündnis EBB-FW sieht eine „Mitschuld des Stadtrates an der Eskalation [...]. Die im Juni verabschiedete Resolution habe dazu beigetragen, dem offenen Schlagabtausch zwischen Rechts- und Linksextremen in Steele weiteren Nährboden zu geben.“ (Stenglein, NRZ/WAZ 21.08.2019)*

37 Aufgabe des Polizeilichen Staatsschutzes ist die Bekämpfung von politisch motivierter Kriminalität (vgl. BKA o.J.).



tionen zwischen rechten und linken Gruppierungen verhindert habe.

„Dass es bislang nicht zu einem direkten und möglicherweise gewalttätigen Aufeinandertreffen beider Seiten – hier *Steeler Jungs*, dort ‚Steele bleibt bunt‘ und ‚Essen stellt sich quer‘ – gekommen ist, ist aus Sicht des Initiativkreis-Sprechers auch ein Verdienst der Polizei. ‚Sie macht eine solide Arbeit und verhindert eine direkte Konfrontation.‘“ (Léon Finger in Niewerth, NRZ/WAZ 22.08.2019)

Doch es wird auch Kritik an der Polizei geübt bzw. wiedergegeben. Dabei schwingt die Auffassung mit, die Polizei sei auf dem rechten Auge blind und habe eine so große Nähe zu der selbsternannten Bürgerwehr.

„Ein Teilnehmer der ‚Steele bleibt bunt‘-Versammlung sei von einem der ‚*Steeler Jungs*‘ ins Gesicht geschlagen und in den Bauch geboxt worden. ‚Obwohl die anwesenden Polizeibeamten von den Versammlungsteilnehmern lautstark auf das Geschehen aufmerksam gemacht wurden, blickten sie weg, schritten nicht ein und behaupteten hinterher, nichts gesehen zu haben,‘ schreibt Irene Wollenberg. Eine Stellungnahme der Polizei gab es am Sonntag nicht.“ (Niewerth, NRZ/WAZ 21.10.2018)

Kritik am Verhalten von Polizeibeamt\_innen kommt auch aus den eigenen Reihen, wenn auch relativierend. Sie bezieht sich auf einen Einzelfall bzw. auf die Verfehlung eines einzelnen Polizisten und nicht auf die Gesamtstruktur innerhalb der Polizei.

„Der Vorsitzende der GdP für Essen und Mülheim bezeichnet das Verhalten des Beamten als ‚unglücklich, aber nicht verwerflich.‘ Wenn ein Polizist Bürger eines Stadtteils aus gemeinsamen

*„Es ist offenkundig, dass hier eine Eskalation durch wechselseitiges Hochschaukeln stattfindet, an der beide Seiten ihren Anteil haben – und übrigens auch diejenigen, die über all dies berichten, in klassischen Medien oder in sozialen Netzwerken. [...] All diese Aktivitäten machen die obskure Gruppe nicht schwächer, sondern bislang eher stärker.“ (Stenglein, NRZ/WAZ 05.06.2019)*

Schulzeiten kenne und deshalb auch begrüße, bedeute dies nicht, dass er gleichzeitig ihre Gesinnung teile.“ (Maibaum, NRZ/WAZ 18.02.2019)

In der Berichterstattung wird somit sowohl Raum für Zustimmung zur Arbeit der Polizei geboten wie auch für Kritik. Die Zustimmung bezieht sich vor allem auf ihr Verhalten bei Demonstrationen und Gegen-demonstrationen. Die Kritik thematisiert unangemessene Einsätze gegenüber Gegendemonstrierenden sowie eine zu starke Nähe zu den *Steeler Jungs*. Auch die Befassung des Staatsschutzes mit den *Steeler Jungs* wird beschrieben:

„Mittlerweile ist der Staatsschutz auf die selbst ernannte Bürgerwehr aufmerksam geworden.“ (Strahl, NRZ/WAZ 01.05.2018)

#### VERFASSUNGSSCHUTZ

Die *Steeler Jungs* werden auch vom Verfassungsschutz beobachtet. Dies wird schon zu Beginn der Medienberichterstattung 2018 herausgestellt und durchgängig positiv bewertet. Dabei wird auf das Expertenwissen des Verfassungsschutzes verwiesen, wenn die Beschreibung der *Steeler Jungs* im Verfassungsschutzbericht genutzt wird, um diese politisch einzuordnen.

#### WISSENSCHAFT

In Bezug auf die Einschätzung der *Steeler Jungs* kommen nur wenige und ausschließlich männliche Wissenschaftler zu Wort. Sie werden in einen Zusammenhang mit der Entwicklung von Gegenstrategien

gebracht. So wird dem Politologe Klaus-Peter Hufer die Frage gestellt:

„Wie kann man verhindern, dass Rechtsextreme, Ängste instrumentalisiert?“ (sic) ‚Indem zum Beispiel die Politik den Leuten zuhört und Ängste ernst nimmt. Wenn jemand Probleme mit Migranten benennt, wird leider allzu oft sofort die Rassismus-Keule geschwungen.‘“ (Hufer in Strahl, NRZ/WAZ 01.05.2018)

Die Problematisierung, die Hufer hier vornimmt, richtet sich allerdings nicht gegen Rechtsextremismus. Vielmehr scheint er der Auffassung zu sein, dass die Benennung von und die Kritik an rassistischen Aussagen problematisch seien und, dass häufig etwas als Rassismus bezeichnet werde, was eigentlich nur eine Thematisierung von Ängsten sei. Damit werden unterschwellig diejenigen, die Rassismus thematisieren, für das Erstarken der extremen Rechten mitverantwortlich gemacht.

#### POLITIKER\_INNEN

Zu den beteiligten Politiker\_innen wird geäußert, dass sie sich zwar gegen eine Verharmlosung und Bagatellisierung der *Steeler Jungs* aussprechen, dennoch wird ihnen eine Mitschuld an der Eskalation zwischen den *Steeler Jungs* und den sie bekämpfenden Bündnissen attestiert. So übt das konservative Essener Wählerbündnis EBB-FW Kritik und sieht eine

„Mitschuld des Stadtrates an der Eskalation [...]. Die im Juni verabschiedete Resolution habe

dazu beigetragen, ‚dem offenen Schlagabtausch zwischen Rechts- und Linksextremen in Steele weiteren Nährboden zu geben.‘ (Stenglein, NRZ/WAZ 21.08.2019)

Ähnliches gilt auch für das NRW-Innenministerium: Hieraus sei einerseits Kritik an den *Steeler Jung*s zu vernehmen. Doch nachdem Verbindungen zwischen Mitgliedern der Polizei und den *Steeler Jung*s thematisiert worden waren, wird auch Kritik am Innenminister geübt.

### AUSSAGEN ZU BÜRGERWEHREN IN ANDEREN KOMMUNEN

Im Laufe des Analysezeitraums wird mehrfach über Aufmärsche von sogenannten Bürgerwehren oder Gegendemonstrationen in anderen Städten und Stadtteilen berichtet. Genannt werden solche Vorkommnisse in Essen-Borbeck, Altenessen, Essen-Rüttenscheid, Huttrop, Mülheim, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Bottrop, Köln, Mönchengladbach und Herne.

Insgesamt zeigt sich, dass in anderen Städten und Stadtteilen offenbar eine ähnliche Problematik wie in Essen-Steele vorliegt, die in der Berichterstattung ambivalent – einerseits mit Sorge, andererseits aber auch verharmlosend – betrachtet wird. Auch hier wird den Berichten über Gegendemonstrationen viel Raum gegeben.

### HANDLUNGSKONZEPTE

Folgende Handlungskonzepte zum Umgang mit den *Steeler Jung*s lassen sich aus der Berichterstattung erschließen.

- Die Vielfalt muss gestärkt werden.
- Man muss mit den *Steeler Jung*s reden.
- Konflikte müssen vermieden werden.

- Bürger\_innen sollen gelassen reagieren.
- Den Bürgerwehren müssen Grenzen aufgezeigt werden.

### KONSTRUKTIONEN VON ‚RECHTS‘ UND ‚LINKS‘ SOWIE ‚INNEN‘ UND ‚AUSSEN‘

Zentral in der lokalen Berichterstattung ist die häufige Abgrenzung von Rechts- und Linksextremismus gegenüber einer ‚bürgerlichen Mitte‘. Die Auseinandersetzung um die *Steeler Jung*s wird auf der politischen Skala als eine Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsextremismus geschildert, wobei beides dem Extremismus zugeordnet und als nicht zum demokratischen Spektrum gehörend angesehen wird.

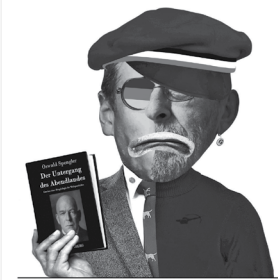
Häufig wird dabei unterstellt, dass erst die Aktionen *gegen die Steeler Jung*s diese politisch aufgewertet haben und Steele damit zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremen wurde.

„Es ist offenkundig, dass hier eine Eskalation durch wechselseitiges Hochschaukeln stattfindet, an der beide Seiten ihren Anteil haben – und übrigens auch diejenigen, die über all dies berichten, in klassischen Medien oder in sozialen Netzwerken. [...] Natürlich sind die Gegendemonstrationen, Versammlungen, Resolutionen, offenen Briefe, die sich gegen die *Steeler Jung*s wenden, verständlich und legitim. Das Problem ist: All diese Aktivitäten machen die obskure Gruppe nicht schwächer, sondern bislang eher stärker.“ (Stenglein, NRZ/WAZ 05.06.2019)

In der Berichterstattung zeigt sich zusammenfassend eine eindeutig positive Bewertung der ‚bürgerlichen Mitte‘. Der Rechtsextremismus wird von Beginn an kritisiert. Im Laufe der Berichterstattung wird der kritische Fokus jedoch immer stärker auch auf den sogenannten

### Das Gesicht des völkischen Populismus

Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung



Alexander Häusler  
Helmut Kellershohn (Hg.)

NON

Alexander Häusler, Helmut Kellershohn (Hg.)  
Das Gesicht des völkischen Populismus  
Neue Herausforderungen für eine kritische  
Rechtsextremismusforschung

ISBN 978-3-89771-770-1 Dezember 2018  
Seiten: 216, Reihe: Edition DISS Band: 41  
Ausstattung: Softcover

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.



Linksextremismus gelegt. Beschäftigt man sich damit, wie das oben beschriebene ‚Rechts‘ und ‚Links‘ und somit auch das ‚Innen‘ und ‚Außen‘ definiert werden, so muss die Frage beantwortet werden: Wer gehört zur bürgerlichen Mitte und wer gehört nicht dazu? Die bürgerliche Mitte wird dabei als ein positiver Innenraum konstruiert, auf den zwei negative Außenräume einwirken. Es zeigt sich, dass die *Steeler Jungs* in diesem Kontext ambivalent beschrieben werden. So gibt es eine ‚Bewegung ins Außen‘, indem die *Steeler Jungs* in der Fremdzuschreibung als ‚rechtsextrem‘ eingeordnet und problematisiert werden. Gleichzeitig findet eine ‚Bewegung ins Innen‘ statt, wenn die *Steeler Jungs* in der Selbstzuschreibung die Kategorisierung als ‚rechtsextrem‘ zurückweisen und sich innerhalb der bürgerlichen Mitte verorten, in der sie leben und in die sie seit ihrer Kindheit integriert seien. Diese Innen-Verortung greift dann, wenn sie von der Öffentlichkeit auch akzeptiert wird.

Ähnlich ambivalent verhält es sich bei der Einordnung der antifaschistischen Bündnisse. Sie werden ins ‚Außen‘ gesetzt, wenn sie die bürgerliche Mitte – zumindest in Teilen – als ‚linksextrem‘ kategorisiert werden, wie dies in Fremdbeschreibungen, z.B. durch die EBB-FW stattfindet. Andererseits findet eine Bewegung ins ‚Innen‘ statt, wenn sich die Bündnisse selbst in der bürgerlichen Mitte verorten und sich gegen Antifa-Gruppen abgrenzen, die von außen kommen würden<sup>38</sup>, und dies von der Öffentlichkeit auch angenommen wird.

‚Die Antifa‘ wird nicht als zur ‚Mitte‘ gehörig angesehen. Durch die Analyse der ‚Innen-/Außen‘-Konstruktionen zeigt sich, dass nur antifaschistische Gruppen,

treten sie nicht im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen auf, ins ‚Außen‘ gesetzt werden. Demgegenüber werden die *Steeler Jungs* von der Öffentlichkeit nur teilweise ins Außen gesetzt.

Diese Ambivalenz von ‚Innen‘ und ‚Außen‘ kommt auch in der Verwendung des Begriffs ‚Mischszene‘, zum Tragen durch die Diskrepanz zwischen ideologisch-außen (rechtsextrem) und räumlich-innen (in Steele aufgewachsen und integriert) zum Teil aufgelöst wird. Auf der anderen Seite stellt sich entlang dieses Schemas die Einordnung der Teilnahme bekannter Mitglieder neonazistischer Gruppierungen, die nicht aus Essen-Steele, sondern aus anderen nordrhein-westfälischen Städten kommen, z.B. wie Siegfried Borchardt (Dortmund) als eindeutig ins ‚Außen‘ positioniert dar, da sich hier ideologisch-außen und räumlich-außen wieder klar und kongruent darstellen.

Ein Effekt dieser Konstruktionen ist die Vorstellung, dass es eine demokratische, friedliche, gemäßigte bürgerliche Mitte gibt. Ein weiterer Effekt liegt in der tendenziellen Verharmlosung der *Steeler Jungs*, indem diese als unpolitisch dargestellt werden und als Gruppierung, die nur das äußert, was ein Großteil der Bevölkerung denkt. So wird der Blick darauf verstellt, dass auch in der bürgerlichen Mitte Rassismus verankert ist.

Auch bei der Betrachtung der aufgezeigten Handlungsempfehlungen zeigt sich ein zwischen Akzeptanz und Ablehnung changierendes Bild. Es war im Laufe der Zeit eine deutliche Verschiebung der Einstellung zu bemerken. Waren zu Beginn der Berichterstattung die *„Steeler Jungs“* noch nicht als grundsätzliche Bedrohung beschrieben, so änderte sich

das im Laufe der Zeit. Sie wurden als ernste Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden im Stadtteil eingestuft – bis die Stimmung im Mediendiskurs kippte und die linken Gegenbewegungen in den Fokus des als Bedrohung angesehenen Zustandes gerieten.

Die Ergebnisse der von uns durchgeführten Kontext- und Medienanalyse zeigen auf, dass es sich bei den *Steeler Jungs* um eine extrem-rechte Bürgerwehr handelt, die in extrem-rechten Netzwerken agiert und über gute Vernetzung mit der sogenannten bürgerlichen Mitte sowie Teilen der Polizei verfügt. Im Mediendiskurs lässt sich eine Verschiebung der Problematisierung feststellen, die Aktionen der rechten Bürgerwehr mit Gegenaktionen der linken Gegenbewegung gleichsetzt und den Fokus im Hinblick auf die Gefährdung der sozialen Ordnung von Rechtsextremismus zu Linksextremismus verschiebt. Diese mediale Strategie kann zu einer Blockierung von Gegenstrategien gegen die Bürgerwehr führen und dazu beitragen, dass keine adäquate Abgrenzung zu ihren Aktionen stattfindet.

Iris Tonks ist Mitarbeiterin des DISS.

Margarete Jäger ist Mitarbeiterin und Leiterin des DISS.

## QUELLEN

- Maibaum, Jörg (18.02.2019): Fotopose mit „Steeler Jungs“ hat Folgen: Polizist versetzt, in: NRZ/WAZ.
- Maibaum, Jörg (05.06.2019): Steeler Jungs: Der politische Schlagabtausch spitzt sich zu, in: NRZ/WAZ.
- Niewerth, Gerd (21.10.2018): Initiative „Steele bleibt bunt“

38 Das Verhältnis breiter antifaschistischer Bündnisse wie auch der bürgerlichen Presse zu Antifa-Gruppen ist dabei ambivalent. Sind Antifa-Gruppen in Bündnissen mit auch bürgerlichen Gruppen organisiert und zudem lokal/regional verortet (wie die Antifa Essen), so zählen sie zum Innen. Treten sie in Bündnissen mit anderen Antifa-Gruppen auf, die zudem überregional verortet sind, zählen sie zum Außen.

macht Polizei Essen Vorwürfe, in: NRZ/WAZ.

- Niewerth, Gerd (19.08.2019): Aktion „Steele bleibt bunt“ distanziert sich von Antifa- Demo, in: NRZ/WAZ.
- Niewerth, Gerd (22.08.2019): Steeler Handel fordert: Demos nicht zeitgleich veranstalten, in: NRZ/WAZ.
- n.n. (17.05.2018): Großaufgebot der Polizei kontrolliert „Steeler Jungs“, in: NRZ/WAZ.
- n.n. (05.03.2019): Bürgerbündnis trommelt als Protest gegen „Steeler Jungs“, in: NRZ/WAZ.
- n.n. (28.05.2019): Rat entscheidet über Resolution gegen die Steeler Jungs, in: NRZ/WAZ.
- Schuhmacher, Jennifer (05.03.2019): Verharmlosung der Steeler Jungs ist unerträglich, in: NRZ/WAZ.
- Schymiczek, Marcus (25.10.2018): Frontstellung zwischen „Steeler Jungs“ und „Steele ist bunt“, in: NRZ/WAZ.
- Schymiczek, Marcus (25.02.2019): Der Verein „Viertelimpuls“ will Nachbarn zusammenführen, in: NRZ/WAZ.
- Spletter, Martin (04.03.2019): Gewaltbereite Hooligans laufen bei Essener Karnevalszug mit, in: NRZ/WAZ.
- Stenglein, Frank (05.06.2019): Aufregung wegen Steeler Jungs wird zur Hysterie, in: NRZ/WAZ.
- Stenglein, Frank (21.08.2019): Essener OB besorgt über extremistische Eskalation in Steele, in: NRZ/WAZ.
- Strahl, Gordon K. (01.05.2018): Essen-Steele rückt in den Fokus der rechten Szene, in: NRZ/WAZ.

**LITERATUR**

- Bernhardt, Markus (2021): Einzelfälle in Serie. Lagebild zu rechten Polizei-Chats in NRW: »Gesinnungsgemeinschaften«, aber keine Netzwerke, in: Junge Welt, 13.03.2021, online: <https://www.jungewelt.de/artikel/398326.rechte-in-der-polizei-einzelfaelle-in-serie>.

zei-einzelf%C3%A4lle-in-serie.html (Stand: 03.04.2021).

- Bialdiga, Kirsten (2020): Rechtsextreme in Bürgerwehren, in: Rheinische Post online, 19.11.2020, online: [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/buergerwehren-in-nrw-mit-rechtsextremisten-durchsetzt\\_aid-54695349](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/buergerwehren-in-nrw-mit-rechtsextremisten-durchsetzt_aid-54695349) (Stand: 10.12.2020).
- Begrich, David in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2/2022): „Spaziergänge“ in Ostdeutschland: Nazis aller Bannerträger, S. 9-12.
- Marken, Jennifer (2020): Neo-nazi-Chatgruppe bei Essener Polizei? In: Belltower News, 17.09.2020, online: <https://www.belltower.news/keine-ueber-raschung-neonazi-chatgruppe-bei-essener-polizei-104371/> (Stand: 03.04.2021).
- Mut machen – Steele bleibt bunt (2019): Rat der Stadt Essen – Mai 2019, 20.01.2019, online: <https://www.steelebunt.de/rat-der-stadt-essen-mai-2019/> (Stand: 9.1.2021).
- Schulze, Barbara (2019a): „Steeler Jungs“: Angst, Einschüchterung und Machtgebärden, 15.08.2019, in: BNR, online: <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/steeler-jungs-angst-einschuechterung-und-machtgebarden> (Stand: 15.01.2021).
- Schulze, Barbara (2019b): Die „Steeler Jungs“ verbreiten Angst in Essen, in: Belltower News, 15.08.2019, online: <https://www.belltower.news/nrw-die-steeler-jungs-verbreiten-angst-in-essen-89633/> (Stand: 10.12.2020).
- Schulze, Barbara (2019c): Rechtsextreme Bürgerwehr will Angst schüren, in: Zeit online, 09.08.2019, online [https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/08/09/rechtsextreme-buergerwehr-will-angst-schue-ren\\_28852](https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/08/09/rechtsextreme-buergerwehr-will-angst-schue-ren_28852) (Stand: 10.12.2020).
- Wolf, Christian (2020): Gefährlicher Trend: Rechte, Rocker und „Wutbürger“ vernetzen sich, in: wdr.de, 09.07.2020, online: <https://www.wdr.de/nachrichten/verfassungsschutz-rechtsextremismus-mischszene-100.html> (Stand: 31.03.2021).

**Autoritäre Zuspitzung**

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)

Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper  
**Autoritäre Zuspitzung**  
 Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur »auf der Straße«, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.



# Wiedergelesen: Ein Gründungstext des Ordoliberalismus

## ALEXANDER RÜSTOW ÜBER DEN „NEUEN LIBERALISMUS“ 1932

Von Helmut Kellershohn



Alexander Rüstow 1932

**Vorbemerkung:** Karlheinz Weißmann, seines Zeichen Chefideologe der Jungen Freiheit, veröffentlicht 2020 im JF-Verlag eine Broschüre „Wer ist rechts. Versuch einer Typologie“, in der er drei Typen des Rechts-Seins vorstellt. Der „Populäre“ verkörpert das Völkisch-Identitäre, der „Archiker“ das bonapartistische Element. Der „Verist“ dagegen plädiert für Autorität, Ordnung und Freiheit. Man kann davon ausgehen, dass Weißmann mit dieser Typologie Facetten des Rechts-Seins umschreibt, die durchaus zusammengehören. Seine Sympathie gehört freilich dem Veristen, der über das rechte Sensorium für die Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verfügt. Im

*Veristen vereinen sich jungkonservativer Etatismus und neo- bzw. ordoliberalen Denken über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Es verwundert daher nicht, wenn Weißmann sich an entscheidender Stelle auf Alexander Rüstow bezieht,<sup>39</sup> der aber in einem Atemzug mit Carl Schmitt und dessen Theorie des „totalen Staates“ genannt werden muss. Im Folgenden geht es um einen der Gründungstexte des deutschen Ordoliberalismus, einen Redebeitrag auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1932.*

Rüstow beginnt seinen Redebeitrag<sup>40</sup> mit der These, „daß die gegenwärtige deutsche Krise zu einem erheblichen Teil durch Interventionismus und Subventionismus der öffentlichen Hand verursacht ist“ (62). Darüber bestünde „unter den Urteilsfähigen Einigkeit“. Wichtig sei aber nicht nur diese „Einsicht“ im fachwissenschaftlichen Sinne; vielmehr berühre diese Einsicht essentiell die „Fragen der Willensbildung“ im politischen Raum. Denn, so seine zweite These, „nicht die Wirtschaft [sei] unser Schicksal,<sup>41</sup> sondern der Staat“ und der sei eben „auch das Schicksal der Wirtschaft“. Wie der Staat sich gegenüber der Wirtschaft verhält bzw. verhalten soll, auf diese „staatspolitische“ Seite des Problems ist der Beitrag Rüstows fokussiert.

Diese Thesen will er nicht in dem Sinne verstanden wissen, dass der Staat „den Dingen ihren Lauf“ las-

sen solle „nach der Maxime: laissez faire, laissez passer“. Zwar tendiere der Wirtschaftsprozess nach Auffassung der klassischen Nationalökonomie trotz aller Friktionen immer wieder und optimalerweise zu einem neuen Gleichgewichtszustand (63), die Frage aber sei, wann dieser Zustand eintrete: „und wie groß sind die Opfer und Schäden, die sich in der Zwischenzeit auf die Betroffenen häufen?“ (63) Zweifellos sei das Eintreten für schuldlos „in eine wirtschaftliche Notlage“ geratene Meschen ein „soziale[r] Fortschritt“; Rüstow gibt allerdings zu bedenken, dass die Erwartungshaltung vieler Menschen an den Staat, „auf jedes Wehwehchen [...] ein möglichst großes Pflaster“ zu kleben, auch nicht akzeptabel sei.<sup>42</sup> Da sei der „vielgescholtene Manchesterliberalismus jedenfalls ein sehr viel männlichere (!) und mutigere Haltung“. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass bei Nichtstun des Staates „das Unheil nicht entfernt so groß geworden [wäre], wie es jetzt durch die Häufung von verkehrten Interventionen“ eingetreten sei.

In Abwägung dieser Argumente zielt der Beitrag Rüstows auf die Bestimmung eines interventionistischen „Minimums“, das mit einer liberalen Sichtweise – jenseits des Manchesterliberalismus – vereinbar ist. Er unterscheidet zwischen einem staatlichen Handeln, das „reaktiv“, gar „reaktionär“ (64) ist, und einem Handeln, das sich einem „liberale[n]

39 Dass der Gildenschafter Weißmann sich ausgerechnet auf Rüstow bezieht, mag auch damit zusammenhängen, dass Rüstows (Jg. 1885) geistige Entwicklung stark durch die Jugendbewegung geprägt war. Nach dem Krieg betätigte er sich im Jungdeutschen Bund und beteiligte sich an den Debatten zur „Positionsbestimmung der Jugendbewegung in der neuen Republik“ (Werner Plumpe: Gemeinschaftspathos und Vitalpolitik. Alexander Rüstows jugendbewegtes Werk, in: Barbara Stambolis (Hg.): Jugendbewegt geprägt, Göttingen 2013, 557–580, hier S. 566).

40 Der Beitrag erschien ohne Titel in: Boese, Franz (Hrsg.): Deutschland und die Weltkrise, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, Dresden 1932, S. 62–69; unter dem Titel: Interessenpolitik oder Staatspolitik? In: Der Deutsche Volkswirt, 7. Jahrgang, Nr. 6, Berlin 1932, S. 169–172; unter dem Titel: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Hoch, Walter (Hrsg.): Alexander Rüstow: Rede und Antwort, Ludwigsburg 1963, S. 249–258.

41 Anspielung auf das berühmte Diktum Walther Rathenaus.

42 Für die jüdische Formulierung, das Pflaster sei „letzten Endes aus unserer Haut geschnitten“, entschuldigt sich Rüstow (63).



Interventionismus“ (65) verpflichtet weiß.<sup>43</sup>

Beispielhaft im ersten Fall seien Eingriffe wie die Manipulation von Preisen infolge einer „weltwirtschaftlichen Strukturveränderung“, um sinkende Preise aufzufangen; oder Maßnahmen, um sinkende oder unzureichend steigende Einkommen oder drohende Kapitalverluste zu verhindern, etwa aus öffentlichen Mitteln. In all diesen Fällen seien Eingriffe derart, „daß sie dem Ablauf, der ohne sie vor sich gehen würde, entgegengerichtet sind, ihn verhindern, den bisherigen Zustand aufrechterhalten“ (64) wollen. Da es sich bei diesen Abläufen „nicht selten um säkulare Verlagerungen“ handele, „die sich mehr und mehr verstärken“ würden, drohe eine (Interventions-) „Schraube ohne Ende“ (64).

Im Gegensatz dazu sieht Rüstow im liberalen Interventionismus einen dritten Weg zwischen Manchesterliberalismus und reaktionärem Interventionismus. „Das wäre ein Eingreifen [...] nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze, nicht zur Aufrechterhaltung des alten, sondern zur Herbeiführung des neuen Zustandes, nicht zur Verzögerung, sondern zur Beschleunigung des natürlichen Ablaufs.“ (64f.) Rüstow erläutert dies an einem Beispiel aus der Landwirtschaft: Die Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe durch „säkulare Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt“ (65) würde unter manchesterlichen Bedingungen „nach Jahrzehnten des Elends“ zur Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe und zur Suche nach neuen ertrag-

reicheren Standorten führen; durch liberale Interventionen könne man diesen langfristigen Prozess abkürzen und „durch pädagogische und finanzielle Hilfen“ (65) erleichtern sowie im Vergleich Kosten sparen, die dann entstünden, würde man die Bauern finanziell in ihrem Elend unterstützen (reaktionärer Interventionismus).

Das Konzept des liberalen Interventionismus, das Rüstow vorschlägt, wird von ihm im Weiteren durch staatspolitische Überlegungen ergänzt, die auf eine neue Form der Staatlichkeit zielen. „Es ist nicht derselbe Staat, der in der einen oder in die andere Richtung wahlweise eingreifen könnte.“ (66)

Rüstow bezieht sich im Folgenden auf die Theorie des „totalen Staates“ bei Carl Schmitt<sup>44</sup> im Anschluss an Ernst Jünger. Man könne der Auffassung sein, dass der reaktionäre Interventionismus „ein Zeichen übermäßiger Stärke“ sei, „eine Hybris, ein Nicht-mehr-seine-Grenzenkenn“ (66). Das aber – und hier folgt Rüstow Carl Schmitt – sei nicht der Fall. „Es ist in Wahrheit das genaue Gegenteil davon: nicht Staatsallmacht, sondern Staatsohnmacht.“ (66) Der falsche Interventionismus ruft Begehrlichkeiten von allen Seiten hervor: „Der Staat wird von den gierigen Interessenten auseinandergerissen. Jeder Interessent reißt sich ein Stück Staatsmacht heraus und schlachtet es für seine Zwecke aus.“ (66) Der Staat, die Regierung wird – wieder mit Carl Schmitt gesprochen – zur „Beute“ eines „Pluralismus schlimmster Sorte.“ (67) Daran würde auch nichts die Einführung einer „demokratischen Planwirtschaft“ (Carl Landauer) ändern. Sie

sei ein „Widerspruch in sich“ oder genau das, „was wir bisher gehabt haben“ (67).<sup>45</sup>

Die Alternative, die Rüstow vorschlägt, der liberale Interventionismus, muss daher die Übergriffigkeit des gesellschaftlichen Interessen-Pluralismus zurückweisen können. Dies erfordere – neben der „Garantie der Marktfreiheit [und] fairer Konkurrenz mit gleichen Spielregeln für alle“ – einen ausgesprochen „starken Staat“. Darunter versteht Rüstow „einen Staat, der über den Gruppen, über den Interessenten steht, einen Staat, der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen, wenn er in sie hineingeraten ist, wieder herauslöst“ (68). Diese notwendige Trennung von Wirtschaft und Staat und die „Selbstbeschränkung als Grundlage der Selbstbehauptung“ des Staates sei „Voraussetzung und Ausdruck seiner Unabhängigkeit und Stärke“. Erforderlich seien staatliche Neutralität „im Sinne des höheren Ganzen“ sowie „Autorität und Führertum“ (68), womit Rüstow auf im zeitgenössischen Diskurs verbreitete Topoi zurückgreift.

Für die Etablierung eines solch neutralen und starken Staates sieht Rüstow zwei zentrale Voraussetzungen als notwendig an. Erstens auf Seiten der Staatsbürger die Erwartung, „anständig regiert zu werden, im Sinne des Ganzen regiert zu werden“, und zugleich die Bereitschaft „eine Maßregel, die gegen sein eigenes im Übrigen noch so laut vertretenes egoistisches Interesse geht“, zu akzeptieren (68). Staatliche Politik müsse an diesen „guten Kern“ des Staatsbürgers mit dem Ziel appellieren

43 Bereits vorher, nämlich 1929, hatte Wilhelm Röpke die Unterscheidung zwischen marktconformen und nicht-marktconformen Eingriffen angedeutet. 1937 taucht sie dann explizit in seiner „Lehre von der Wirtschaft“ auf. Dieser Hinweis bei Joachim Zweynert: Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 07/8), Walter Eucken Institut, Freiburg, 10.

44 Vgl. Carl Schmitt: Die Wendung zum totalen Staat [1931], in: Ders.: Positionen und Begriff im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles, 3. Aufl., Berlin 1994, 166-178; dort auch: Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland [1933], 211-216. Erstmalige Erwähnung des Begriffs totaler Staat bei Schmitt Ende 1930 (Ralf Walkenhaus).

45 Planwirtschaft ist für Rüstow nur „in einer tyrannischen und autokratischen Form“ wie in Russland denkbar und möglich (67).



ren, sich von ihm das „plébiscite de tous les jours einzuholen“.<sup>46</sup>

Rüstow fordert hier einen moralischen Holismus auf Seiten der Staatsbürger ein, gewissermaßen als Kontrapunkt zu ihren ökonomischen Einzelinteressen, der sich zweitens auch auf der Ebene „einer richtig und organisch konstruierten Verfassung“ abbildet. Die Verfassung müsse in diesem Sinne integrierend wirken, nicht aber „den Interessen im Menschen als Integrations-element“ nehmen (69). Mit diesen relativ kryptischen Formulierungen meint Rüstow aber nichts anderes, als dass der übergreifende „Pluralismus“ (verkörperte durch die Parteien) durch eine entsprechende Verfassung überwunden werden müsse. Rüstow knüpft damit im September 1932 – v. Papen ist Reichskanzler einer Minderheitsregierung – an die Debatte über eine Revision der Verfassung („Neuer Staat“) an, zu einem Zeitpunkt also, an dem Carl Schmitt sich mit dem (dann aufgegebenen) Plan einer neuen Verfassung (im Auftrag v. Papens) befasste.<sup>47</sup>

Abschließend stellt Rüstow noch mal den Manchesterliberalismus dem nunmehr so genannten „neue[n] Liberalismus“ gegenüber. „Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen, da, wo er hingehört.“ (69)<sup>48</sup>

## FAZIT

Rüstow verbindet in seinen Ausführungen drei Gedankengänge: Erstens grenzt er liberale Wirtschaftspolitik einerseits gegen den klassischen Manchesterliberalismus,

andererseits gegen einen reaktiven, status quo-fixierten und sich zugleich überdehnenden Staatsinterventionismus ab. Als dritten Weg schlägt er einen liberalen Interventionismus vor. Die Figur des dritten Wegs wird nach 1945/9 von den Ordoliberalen wieder aufgegriffen: Freie oder soziale Marktwirtschaft als Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Zweitens fragt er nach den staatspolitischen Bedingungen des liberalen Interventionismus bzw. einer liberalen Wirtschaftspolitik. Diese sieht er zum einen in einer strikten Trennung von Staat und Gesellschaft/Wirtschaft und in der Ausbildung eines starken und neutralen Staates, der wie eine „objektive Käseglocke“ (O. H. von der Gablentz) über dem Pluralismus gesellschaftlicher Interessengruppen ‚schwebt‘ und seine Handlungen am „höheren Ganzen“ (68) orientiert.

Drittens thematisiert Rüstow das Grundproblem kapitalistischer Gesellschaften, nämlich die Gewährleistung sozialer Kohärenz (heute: ‚gesellschaftlicher Zusammenhalt‘) bei gleichzeitiger Konkurrenz. Sein Lösungsvorschlag besteht zum einen darin, die Wirtschaftssubjekte als Staatsbürger auf einen moralischen Holismus zu verpflichten, indem sie staatliche Maßnahmen auch dann akzeptieren, wenn sie ihren Privatinteressen widersprechen. Zum anderen ist für ihn die entscheidende Ebene der Integration die des Staates bzw. die einer Verfassung, die das Übergreifen des gesellschaftlichen Pluralismus auf staatliche Maßnahmen (vor allem durch die Parteien) verhindert. 1932 wäre dies die Entscheidung für ein Präsidialsystem

gewesen. Rüstow selbst präferierte eine Kanzlerdiktatur.<sup>49</sup>

Nach 1945/9 suchen sowohl Röpke als auch Rüstow, mittlerweile deutlich kulturpessimistisch eingestellt, Integration und Kohärenz auf der Ebene kleiner Gemeinschaften wie Familien, Kirchengemeinden oder Vereinen.<sup>50</sup> Rüstow sprach von der Notwendigkeit einer „Vitalpolitik“ als Gegenhalt zur konkurrenzorientierten Marktwirtschaft. Dem lag folgende ‚Erkenntnis‘ zugrunde: „Wenn wir uns für die – soziale – Marktwirtschaft und ihre Leistungskonkurrenz entscheiden, so müssen wir doch zugeben, daß diese Konkurrenz, unbeschadet ihrer gewichtigen sonstigen Vorzüge, immerhin von sich aus keine aktive Integrationskraft darstellt.“ (Hervorh. v. Vf.) Gefordert sei für den „Sozialbereich“ ein „immer dichtere[s] Netz und Gewebe lebendiger Bindungen“, um ein „Optimum der sozialen Integration“ zu erreichen.<sup>51</sup> Zu dieser Kompensationstheorie mag beigetragen haben, dass sich Rüstow bis ins hohe Alter den Idealen der Jugendbewegung verpflichtet fühlte (vgl. Plumpe 2013, 561 [Fn. 1]).

*Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom Ministerium für Kultur & Wissenschaft NRW geförderten und in das Netzwerk CoRE-NRW eingebundenen Projekts zur Neuen Rechten.*

46 Rüstow zitiert hier aus Ernest Renans Rede „Was ist eine Nation?“ von 1882.

47 Reinhard Mehring: Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009, 292.

48 Diesen Satz zitiert Weißmann (s. Vorbemerkung) zustimmend.

49 Vgl. Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, 38.

50 Vgl. Zweynert (Fn. 5), 11.

51 Alexander Rüstow: Vitalpolitik gegen Vermassung, in: Albert Hunold (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich/Stuttgart, 215-238, hier S. 229 u. 238.

# Zeitschriftenporträt „CATO“

## EIN „MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT“ IM „HEILSGESCHICHTLICHEN KAMPF“?

Von Andrea Becker und Lana Knappe



Seit Karl-Heinz Weißmanns Austritt aus der Redaktion der *Sezession* und seinem Abgang als wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Staatspolitik* im April 2014 war es nur eine Frage der Zeit, bis ein neues Zeitschriftenprojekt auf den Markt kam (vgl. Kellershohn 2017, S. 3). Gemeinsam mit Dieter Stein und Andreas Lombard gründete Weißmann im Herbst 2017 die Zeitschrift *CATO – Magazin für neue Sachlichkeit*. Hierbei handele es sich laut Lombards Aussage in einem Interview zur Erstausgabe um ein konservatives Blatt abseits des Mainstreams mit einer zugleich „politischen und metapolitischen Ausrichtung“, wobei die metapolitische Komponente von größerem Interesse sei (vgl. Lombard und Schwarz 2017). Der

Hauptgesellschafter des neuen Projekts, Dieter Stein, schwärmte, dass das Blatt die „*Sehnsucht nach tiefgründiger, geistreicher Analyse und kluger, abwägender Reflexion [befriedige]. Und das in klassisch gedruckter Form, in sinnlicher und gewinnender Gestaltung, die zur anregenden, kontemplativen Lektüre einlädt*“ (Stein, Dieter 2017, S. 1).

Herausgegeben wird das Magazin von der *CATO Verlag GmbH*, einer 100%igen Tochter der *Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG*. Bei der Gründung im November 2016 war zunächst Hendrik Schundau, ehemaliger kaufmännischer Leiter der *Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG* Geschäftsführer. Schundau wurde im September 2020 von Antje Stein abgelöst. Die Ehefrau des Verlegers Dieter Stein ist zugleich Geschäftsführerin der Immobiliengesellschaft<sup>52</sup>, in deren Eigentum sich das Gebäude des *Cato-Verlagssitzes*, die *Bibliothek des Konservatismus (BdK)* und deren Trägerin, die *Förderstiftung konservative Bildung und Forschung (FKBF)*, befinden, sowie Vorständin der FKBF. Ihr Ehemann ist Vorsitzender des Stiftungsrates der FKBF, dem auch Alexander von Schrenck-Notzing, ein Sohn des Stifters Caspar von Schrenck-Notzing angehört.

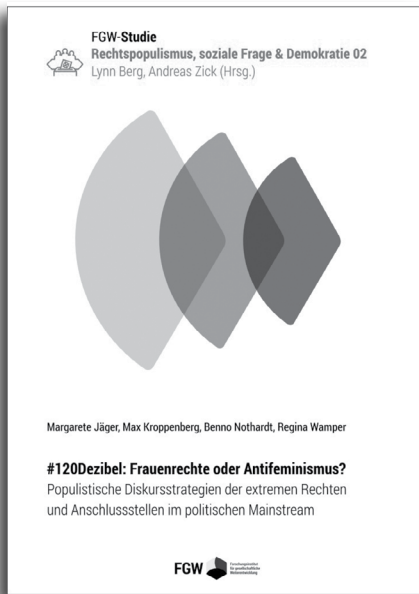
Ca. viereinhalb Jahre war der Journalist Andreas Lombard<sup>53</sup> (Jg. 1963) Chefredakteur des Magazins *CATO*. Lombard gründete 2005 den *Landt-Verlag*, welcher seit 2010 zur *Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof*<sup>54</sup> e.K. gehört. Nach der Übernahme des Landt-Verlags, der unter anderem die Werkausgabe von Rolf Peter Sieferle herausgab, übernahm er zwischen 2013 und 2017 die Leitung von *Manuscriptum*, wo auch seine eigene Publikation „*Homosexualität gibt es nicht*“ erschien (Lombard 2015). Im Januar 2022 wurde die Leitung des Magazins in ältere Hände gelegt, seitdem firmiert der Autor, Theaterregisseur und Filmemacher Ingo Langner (Jg. 1951) als Chefredakteur. Langner ist als Erwachsener zum Katholizismus konvertiert und publiziert seit etlichen Jahren zu (rechts)-katholischen Themen. Zu seinen Veröffentlichungen zählen in den letzten 20 Jahren mehrere Filme über kirchliche und religiöse Themen, Gesprächsbände mit dem als sehr konservativ geltenden Kardinal Walter Brandmüller und dem Regens der Piusbruderschaft Franz Schmidberger. Langer schrieb bis 2019 auch für den rechtskatholischen Blog *kath.net*<sup>55</sup> und veröffentlichte mehrere Beiträge in *CATO*.

52 Zu den Details und Hintergründen der BdK-Immobilie in der Fasanenstr. 4 siehe Becker und Krause 2017.

53 bis 2013 noch Andreas Krause-Landt

54 Inhaber von Manuscriptum ist Thomas Hoof. Neben *Manuscriptum* gründete Hoof 1987 auch den *Versandhandel Manufactum*, der 2008 an die *Otto-Group* verkauft wurde. Mit einem Blick auf die von Manuscriptum vertriebene Literatur wird schnell klar, dass auch hier eine klare Verbindung zu rechtem Gedankengut besteht. Die vermutlich bekannteste und kontroverseste Veröffentlichung des Verlags stellte 2014 das Buch „*Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer*“ des Rechtspopulisten und PEGIDA-Anhänger Akif Pirinçci dar. Hierdurch kam es zu einer medialen Debatte, zudem sah sich die Otto-Group dazu verpflichtet sich von Thomas Hoof und den durch ihn veröffentlichten Werke zu distanzieren (vgl. Frerks 2015). Bei Manuscriptum erschien 2018 auch der Interviewband von Björn Höcke „*Nie zweimal in denselben Fluss*“.

55 *Kath.net* ist ein privat und außerkirchlich aus Österreich betriebenes Portal, das wiederholt durch rechte und verschwörungsideologische Positionen aufgefallen ist. Es wendet sich gegen innerkirchliche Modernisierungs- und Reformbestrebungen und dient immer wieder rechten und antimodernistischen Kirchenkritikern als Plattform. Zur Funktion von *kath.net* (und seiner angeschlossenen Medienauftritte *kathpedia* und *kath-*



Margarete Jäger, Max Kroppenberg, Benno Nothardt und Regina Wamper

#120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream.

Forschungsgesellschaft für gesellschaftliche Weiterentwicklung, 2019. 86 Seiten, online verfügbar, ISSN 2699-1446. Lynn Berg, Andreas Zick (Hg.): FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 02. [<http://www.disskursiv.de/2020/01/12/3005/>]

Das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum Feminismus ist durch einen ausgeprägten völkischen Antifeminismus bestimmt. Das zeigt sich deutlich in deren Rezeption der #MeToo-Kampagne. Durch die Kampagne #120Dezibel der Identitären Bewegung wird keine spezifische Form des rechten Antisexismus hervorgebracht, auch wenn man vordergründig auf Frauenrechte rekurriert. Der völkische Antifeminismus in der extremen Rechten ist weiter vorherrschend. Bei der Kampagne und ihrer Rezeption in der extremen Rechten handelt es sich um eine populistische Diskursstrategie. In der Debatte um ein Tötungsdelikt in Kandel im Jahr 2017 wurden in deutschen Leitmedien Ethnisierungen von Sexismus und von Femiziden vorgenommen. Dies bot Anschlussstellen für rechtspopulistische Interventionen in den Diskurs, wie sie die Kampagne #120Dezibel darstellt. Gleichzeitig grenzen sich deutsche Leitmedien aber von Ethnisierungen ab, wenn diese von der extremen Rechten hervorgebracht werden.

Bei der Namensgebung von *CATO* diente Marcus Porcius Cato der Jüngere als Inspiration. Dieser konservative Politiker des römischen Reichs war ein bekannter Gegner Cäsars und stellt laut Andreas Lombard „in Europa jahrhundertlang ein Sinnbild der Integrität und des Stolzes auf die Tradition, aus der Staat und Volk leben“ (Lombard und Schwarz 2017) dar. Der historische Bezug des Magazinnamens spiegelte sich auf dem Titelbild der ersten Ausgabe von *CATO* wider. Zu sehen ist der obere Teil der Cäsar Statue aus dem Garten von Schloss Versailles, welche 1696 von Nicolas Coustou errichtet wurde. Das Gesicht Cäsars wurde hier allerdings durch das von Angela Merkel ersetzt, dies soll laut Lombards Aussage, eine erneute Anspielung auf Cato den Jüngeren als Gegner Caesars sein, und zudem Angela Merkel in einen überzeitlichen Kontext stellen (ebda). In Anbetracht dessen konnte man die Titelbildgestaltung als eine Art Kampfansage der Blattmacher gegen die von Merkel geführte Regierung verstehen. Der Untertitel *Magazin für neue Sachlichkeit* stehe dafür, die Rückkehr zu *abhandengekommenen* Wahrheiten ermöglichen, da die Mainstreammedien, so Lombard, immer mehr Tabus errichteten und aussparten was nicht sein solle, dazu gehöre z.B. die Idealisierung fremder Kulturen, sowie das Leugnen der eigenen Kultur (ebda).

### ERSCHEINUNGSWEISE & PREISGESTALTUNG

*CATO* erscheint alle zwei Monate als Printmagazin mit durchschnittlich 100 Seiten. Das Magazin wirkt optisch hochwertig; die Texte sind professionell illustriert. Seit der Erstausgabe hat sich der Preis stetig erhöht, von 6€ auf nun, seit der Ausgabe

01/2021, 14,50€. Die erste Ausgabe von *CATO* ging mit einer Startauflage von 50.000 Exemplaren auf den Markt. Da *CATO* seine Auflagen im Zeitraum vom dritten Quartal 2018 bis zum vierten Quartal 2020 durch die *Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.* (kurz: IVW) erfassen ließ, lassen sich einige Aussagen über die Auflagen- und Verkaufszahlen treffen<sup>56</sup>. Was bei der Sichtung der Daten allerdings direkt ins Auge sticht ist, dass die IVW die von *CATO* angegebenen Daten in sechs von zehn Quartalen korrigieren musste. Wieso die von *CATO* angegebenen Daten immer wieder stark von den Daten der IVW abweichen ist nicht klar, allerdings entsteht hierdurch der Eindruck, dass *CATO* versucht hat die Auflagenzahlen künstlich in die Höhe zu treiben. Als Beispiel für diesen Eindruck lassen sich hier u.a. die Daten zu der Druckauflage des zweiten Quartals aus dem Jahr 2019 aufführen: *CATO* meldete in diesem Quartal eine Druckauflage von 23.000 Exemplaren, wobei der durch die IVW korrigierte Wert lediglich bei 11.500 Exemplaren lag. Aufgrund der Häufigkeit der Korrekturen, sowie deren Höhe liegt es demnach nicht fern, dass *CATO* nach dem vierten Quartal 2020 auf eigenen Wunsch nicht weiter von der IVW erfasst wird.

Bezüglich der Abonnenten des Magazins lässt sich feststellen, dass besonders zwischen dem dritten Quartal 2018 bis zum ersten Quartal 2019 ein relativ großer Zuwachs von Abonnenten stattgefunden hat, während der Zuwachs in den darauffolgenden Quartalen eher gering war oder teilweise sogar Abonnenten verloren gingen. Durchschnittlich<sup>57</sup> betrachtet besaß *CATO* in diesem Zeitraum ca. 4.191 Abonnenten, wovon ca. 223 im Ausland ansässig

tube als Brückenmedium zwischen Konservativen und Rechtschristen siehe ausführlich Strube 2021.

56 Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern, 2020: Quartalsauflagen der *CATO* Verlag GmbH (Berlin). Online verfügbar unter: <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/11337>

57 Sämtliche Durchschnittswerte wurden mit den korrigierten Daten des IVW berechnet.

sind. Bei den Einzelverkaufszahlen zeigt sich, dass grundsätzlich mehr Hefte remittiert als verkauft wurden, denn durchschnittlich wurden von ca. 7.313 verschickten Exemplaren lediglich ca. 1.325 Exemplare verkauft und ca. 5.989 Exemplare wieder an den Verlag zurückgesandt. Auffällig ist hierbei auch, dass der IVW im dritten Quartal 2018 aufführt, dass sämtliche Auslieferungen für den Einzelverkauf zurückgesandt wurden, was bedeuten würde, dass von CATO nicht ein einziges Exemplar im Einzelverkauf verkauft wurde. Allerdings deckt sich diese Information erneut nicht mit den Eigenangaben von CATO, da diese 3.367 verkaufte Exemplare im Einzelverkauf gemeldet hatten.

## WERBUNG

Werbeanzeigen lassen sich bei CATO in unterschiedlichster Form schalten. Ansprechpartner hierfür ist, wie bei der *Jungen Freiheit*, der *Berliner Medien Vertrieb* (C. Beck). Der *Berliner Medien Vertrieb e. K.* wurde im Juni 2019 nach fast neun Jahren Bestand nach dem frühen Tod des Inhaber Frank Schilling aus dem Handelsregister gelöscht. Schilling war unter anderem seit 2001 Autor der *Jungen Freiheit*, sowie als deren Anzeigeleiter zuständig, ebenso war er Mitglied der Berliner AfD. Nach der Löschung des Vertriebs aus dem Handelsregister wurde im darauffolgenden Monat der *BMV - Berliner Medienvertrieb* durch die *Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG.* zur Eintragung als Wortmarke angemeldet und im September 2019 eingetragen. Die Marke *BMV - Berliner Medienvertrieb* ist im Bereich der (Online-)Werbung, sowie hinsichtlich der Beratung in Bezug auf Kommunikationsstrategien in der Werbung geschützt. Die Anzeigenpreise für Werbung in der CATO liegen zwischen 800 und 5.600 €. Es gibt Mengenrabatte und Kom-

bi-Angebote in Zusammenarbeit mit der *Jungen Freiheit* (CATO Verlag GmbH 2021). Die Anzeigenpreisliste für Werbekunden spiegelt das eher elitäre Selbstverständnis des Magazins: Hier wird die Leserschaft als „Premium-Zielgruppe“, „First-Class-Leserschaft“ und „High-Class-Zielgruppe“ beschrieben (CATO Verlag GmbH 2021).

Bei der Betrachtung der verschiedenen Ausgaben von CATO fällt auf, dass neben den einschlägigen Firmen oder Verlagen aus dem rechten Milieu, wie z.B. der Manuscriptum Verlag, die BdK oder das Tumult-Magazin, auch Anzeigen auftauchen, die man dem rechten Milieu nicht (direkt) zuschreibt. Es lässt sich hierbei oft nur spekulieren, ob es sich bei diesen Unternehmen um bewusste Werbeanzeigen als rechtskonservative Sympathiebekundungen oder nur um rein werbliche Anzeigen handelt, die lediglich den Zweck verfolgen so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Solche milieuentypisch erscheinenden Werbeanzeigen werden z.B. durch die Lohbeck Privathotels in Schwelm, das Strandhotel Herringsdorf oder das Logistikunternehmen HOYER Group geschaltet. Einschlägigere Werbeanzeigen kommen vom Privatinvestor-Börsenbrief des Max Otte, der bis zum Parteiausschlussverfahren 2022 Vorsitzender der CDU-nahen WerteUnion e.V. und zuvor Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung* (DES) war. Auch die DES taucht mit einer Werbeanzeige bei CATO auf.

## GEGEN DEN „SCHULDSTOLZ“

CATO war nicht der erste Versuch des Andreas Lombard neben seinen verlegerischen Aktivitäten ein schöngestiges Magazin für den rechten Kulturkampf zu etablieren. Zwischen ca. 2013 und 2017 zeich-

### Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker  
Simon Eberhardt  
Helmut Kellershohn (Hg.)



Andrea Becker,  
Simon Eberhardt,  
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019, Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.



net er für einen Blog mit dem Titel „Die Entdeckung des Eigenen“<sup>58</sup>. Ein Logbuch für das Wahre, Schöne und Gute. Gegen künstliche Probleme“ verantwortlich. Er entwirft eine umfassende kulturpessimistischen Gegenwartsdiagnose:

„...steuerfinanzierte Propaganda für Gender Mainstreaming, massenhafte Abtreibung, Suizidhilfe, Abschaffung der Schreibrift, Minuszinsen, Frühsexualisierung der Kinder, Aufhebung des Inzestverbots, Zerstörung der Familien, öffentliche Mißwirtschaft, die Verachtung des Eigenen und Verklärung des Fremden, das Gleichmachen von Menschen und Völkern, die niemals gleichwerden – all das sind nur die Facetten ein- und desselben Niedergangs“

Dieser von der „herrschenden politisch-medialen Klasse“ angestrebten „Neue[n] Weltordnung“ wollte Lombard sich entgegenstellen. Es gehe, so schreibt er, „um einen ökologischen Umgang mit unserer Wirtschaft, unserer Kultur, unserer Geschichte und vor allem mit uns selbst. Es geht um geordnete und ressourcenbewusste Beziehungen zu Menschen und Dingen“.

Was man sich unter einem ökologischen Umgang mit unserer Geschichte vorzustellen hat, erschließt sich anhand eines auf dem Blog hinterlegten geschichtspolitischen Textes, der 2005 in der Zeitschrift Merkur erschien, und der in gewisser Weise auch als programmatisch für das Magazin CATO anzusehen ist. Lombard wiederholte und verschärfte dessen Kernpunkte noch 2019 in einem in der US-amerikanischen rechtschristlichen Zeitschrift „First Things“ erschienenen Aufsatz (Lombard 2005, 2019b). Er plädiert dafür, der „Kultivierung des Schuldstolzes“ (2005, S. 1113) respektive der „Schuldeitelkeit (Vanity

of Guilt)“ (2019) der Deutschen entgegenzutreten. Demnach verhindere die ständige Betonung der Unverzeihlichkeit der historischen Schuld jede Chance auf Versöhnung (2005, 1113). Anders als den Opfern stehe es den nichtjüdischen Deutschen nicht zu, die Möglichkeit einer Ausöhnung mit dem jüdischen Volk auszuschließen (2005, 1114). Er sucht nach einem dritten Weg, der „weder die Schuld noch die Nation“ aufkündigen müsse (1115).

Fünfzehn Jahre später scheint er diesen dritten Weg in einem religiös daherkommenden Gewand gefunden zu haben: „If a singular crime cannot be atoned for or punished; if it cannot be rectified as a matter of principle; if there is no forgetting and forgiving, also as a matter of principle; then the only answer is to obliterate. [...] Why don't we let Hitler die? Why don't we bury him? Can't we do it? Do we not want to? Are we not allowed?“ (Lombard 2019b).

Die „Holocaust-Religion“ werde als der Gipfel der Humanität verstanden, sie führe dazu, dass angesichts der dadurch wahrgenommenen Größe der historischen Schuld und ihrer Einzigartigkeit die moralische Wachsamkeit erschlaffe und alles möglich erscheine – denn nichts könne ja so schrecklich sein wie der Holocaust. In der Idee einer einzigartigen Schuld liege zudem eine gewaltsame Selbstüberschätzung, es sei sündhaft die vergebende Güte Gottes in Frage zu stellen. Vor diesem Hintergrund möchte die neue Publikation „deutsche Identität auch positiv definieren, nicht nur im Schatten des Zweiten Weltkriegs und der bekannten Verbrechen“ (Lombard und Schwarz 2017). Bei der „Entdeckung des Eigenen“ soll die Vergangenheit nicht im Wege stehen, die „Liebe zum Eigenen“ – so der Titel von Lombards erstem Editorial in CATO – soll im neuen Magazin einen Platz finden. An anderer Stelle betont er den re-

ligiösen Aspekt dieses Vorhabens noch einmal deutlich:

„Zum Selbstverständnis von Cato gehört zum Beispiel die Überzeugung, daß es kein konservatives Weltbild ohne jene religiöse Fundierung gibt, die in Mitteleuropa nun einmal vom Christentum ausgeht – zumindest nicht ohne eine feste Verankerung im christlichen Naturrecht, welches Abtreibung und Sterbehilfe ebenso ausschließt wie die gleichgeschlechtliche „Ehe“ oder den Transhumanismus“ (Lombard 2021, S. 28).

Dies scheint auch der Kompass zu sein, nach dem sich die Auswahl von Autor\*innen für die Zeitschrift richtet.

## AUTOR\*INNEN IM ÜBERBLICK

CATO ist ein Männermagazin. In den bislang 26 Ausgaben bis zum Heft 1/2022 haben insgesamt 135 Autor\*innen etwas beigetragen, darunter nur elf Frauen (≈ 8%), die meist als anti-feministische bzw. „Lebensschutz“-Aktivistinnen bekannt sind. Die meisten Autorinnenbeiträge stammen von Eva-Maria Michels, die auch in der *Sezession* auftaucht und bis 2019 bzw. 2020 regelmäßig für *eigentümlich frei* und die *Junge Freiheit* schrieb. Sie berichtete bis Anfang 2021 für CATO aus Frankreich. Michels hat sich zwischenzeitlich als Querdenkerin radikalisiert und sich ausweislich ihres Telegram-Accounts mit Dieter Stein überworfen. Eine Zeitlang schrieb die CDU-Lebensrechtsaktivistin Mechthild Löhr die Kolumne „Sein oder Nichtsein“, fünf Beiträge zu alltagskulturellen Themen stammen von der Übersetzerin Jane Ross.

Stammautoren des Magazins sind, wenig verwunderlich, Karlheinz Weißmann und Andreas Lombard

mit jeweils ein bis mehreren Texten in jedem Heft, sowie David Engels, der sowohl eine Kolumne als auch Einzeltexte in fast jedem Heft beisteuert. Historische Themen werden vielfach durch den Oldenburger Historiker Jörg-Michael Henneberg bearbeitet, der ehemalige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus unterhält ebenso eine Kolumne wie der österreichische Journalist Klaus-Peter Schwarz, der auch für das marktradikal libertäre Austrian Institute arbeitet. Eine Astrologie-Kolumne wurde bis Anfang 2021 von Horst G. Herrmann betrieben. Herrmann wurde durch das Buch „Im Moralapostolat“ bekannt, in dem er die Politisierung des Protestantismus beklagt und sich gegen politische Positionierung der Kirchen wendet. Thorsten Hinz, Stammautor der *Jungen Freiheit* schrieb in mehr als der Hälfte aller CATO-Ausgaben. Ingo Langner, Nachfolger von Andreas Lombard als Chefredakteur steuert seit Ende 2018 regelmäßig Texte bei und führte zusammen mit Lombard Exklusivinterviews etwa mit Kardinal Brandmüller oder Hans-Georg Maaßen.

Es ist bemerkenswert, dass mit Walter Kardinal Brandmüller und Robert Kardinal Sarah zwei hohe katholische Amtsträger dem CATO-Magazin Originaltexte zur Verfügung stellen. Beide Kardinäle sind dem rechtskatholischen Spektrum zuzuordnen, wenden sich gegen innerkirchliche Modernisierungsbestrebungen und engagierten sich im Beirat des von Steve Bannon und Benjamin Harnwell gegründeten *Dignitatis Humanae*-Institut. In diesem Zusammenhang stechen auch mehrere CATO-Texte von Gerald

Goesche, Probst des katholisch-traditionalistischen Institut St. Philipp Neri<sup>59</sup> in Berlin hervor. Ebenfalls einem konservativen katholischen Spektrum zuzuordnen sind die CATO-Autoren, Marco F. Gallina, Jürgen Liminski und Michael Feldkamp, sowie Gloria von Thurn und Taxis, die als Interviewpartnerin zu Wort kommt. Hinzu kommen ins Deutsche übertragene Texte des evangelikalen Aktivisten Todd Hui-zinga und des Herausgebers des konservativ-christlichen Magazin *First Things*<sup>60</sup>, Russell Ronald Reno sowie des polnischen PiS-Politikers, Philosophen und Europaabgeordneten Ryszard Legutko. Im Mitteilungsblatt der Bibliothek des Konservatismus wird dieser Aspekt der Blattlinie folgendermaßen zusammengefasst:

„Zu den Alleinstellungsmerkmalen von CATO gehört nicht zuletzt eine katholische Grundlinie, die sich durch alle Ausgaben zieht. Damit verbindet sich die, zumal in Deutschland, kühne Annahme, daß die katholische Kirche ein Bündnispartner im Kampf gegen die Moderne sei“ (o.A. 2019, S. 4).

Angesichts der Tatsache, dass die Protagonisten dieses Konzepts keineswegs „die katholische Kirche“ repräsentieren, sondern im deutschen Kontext eher die Dagegen-Fraktion vom rechten Rand der Kirche (gegen liturgische Reformen, gegen innerkirchliche Modernisierung, gegen humanitäre Flüchtlingspolitik, insbesondere gegen den amtierenden Papst Franziskus), erscheint dieses strategische Projekt in der Tat kühn. Allerdings – und hier ist ein weiterer Aspekt der Magazin-Konzeption

von Bedeutung – sieht dies im internationalen Kontext möglicherweise anders aus.

### DAS „WAHRE EUROPA“

CATO hat eine internationale Ausrichtung. Die Autorenauswahl ist betont europäisch, regierungsnah Positionen aus Ostmitteleuropa, insbesondere aus Polen, nehmen viel Raum ein. Neben David Engels, der am staatlichen polnischen West-Institut tätig ist, kommt wiederholt der polnische Botschafter in Deutschland, Andrzej Przyłębski zu Wort und erklärt beispielsweise die umstrittene Justizreform, die seine Ehefrau Julia Przyłębska als Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes in Polen entscheidend vorantreibt. Ryszard Legutko wird rezensiert und tritt mit eigenen Texten auf. Es werden Loblieder auf Viktor Orbán gesungen und die Rolle der orthodoxen Kirche in Serbien wird affirmativ beleuchtet. Über den Atlantik gibt es einen Austausch mit dem Magazin „*First Things*“.

Die europäische Konzeption des CATO-Magazins lässt sich im Kontext der im Erstveröffentlichungsjahr der Zeitschrift entstandenen sogenannten<sup>61</sup> „*Pariser Erklärung*“ interpretieren (o.A. 2017a). Diese wurde im Oktober 2017 auf einer Internetseite ohne Impressum<sup>62</sup> unter dem Label *Pariser Erklärung* publiziert und später in Deutschland als Buchausgabe von der *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung* (FKBF) herausgegeben. Erstunterzeichner sind 13 Intellektuelle aus elf europäischen Ländern, darunter der Brite Roger Scruton, der deutsche katholische Religionsphilosoph

59 Das Institut *Philipp Neri* untersteht nicht dem Erzbischof Berlin, sondern ist kirchenrechtlich eine *ordensähnliche Gesellschaft kirchlichen Lebens nach päpstlichem Recht*, d.h. sie untersteht formal einer vatikanischen Zentralbehörde. Sie feiert Gottesdienste nach vorkonziliar-römischen Ritus. Das CATO-Magazin wirbt regelmäßig mit ganzseitigen Anzeigen im Rundbrief des Instituts.

60 CATO hat im Laufe der Zeit mehrfach Texte aus *First Things* übernommen, Chefredakteur Andreas Lombard hat selbst auch dort publiziert.

61 Die Bezeichnung als „*Pariser Erklärung*“ kann man wohl als PR-Strategie verstehen. Tatsächlich ist das Dokument laut dem Mitteilungsblatt der Bibliothek des Konservatismus bei einer Tagung im Juli 2017 in Berlin verabschiedet worden (o.A. 2017b).

62 Die Homepage [thetrueeurope.eu](http://thetrueeurope.eu), die ausschließlich das Erklärungsdokument in mehreren Sprachen enthält, hat zwar kein Impressum, eine Whois-Abfrage ergibt jedoch, dass sie mittels einer Email-Adresse der Zeitschrift *First Things* eingerichtet wurde.



## Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,  
Wolfgang Kastrop & Helmut Kellershohn (Hg.)

ISBN 978-3-89771-774-9  
200 Seiten, Oktober 2020  
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur.

Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkshaften«.

Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

Robert Spaemann, ein guter Freund von Papst Benedikt XVI., sowie der polnische Philosoph und Europa-abgeordnete Ryszard Legutko. Die Erstunterzeichner sind überwiegend Mitglieder des *Centre for European Renewal*, einer europäischen Vereinigung, an deren Gründung 2006 der Stifter der BdK, Caspar von Schrenck-Notzing beteiligt war<sup>63</sup> (vgl. Fenske 2017). Für ein tieferes Verständnis des Entstehungskontextes der *Erklärung* ist es hilfreich sich ein sehr spezielles Detail des zeit- und religionsgeschichtlichen Entstehungskontextes vor Augen zu führen. 2017 ist das erste Jahr der Präsidentschaft Donald Trumps, der Rechtskatholik Steve Bannon fungierte als Chefstrategie und Sicherheitsberater der US-Regierung, was Papst Franziskus veranlasste (auf vaticanische Art mittels eines genehmigten Textes in einer jesuitischen Zeitschrift) heftige Kritik zu üben<sup>64</sup> – und es sich in der Folge mit einem Teil des amerikanischen Katholizismus zu verscherzen. Die Autoren der Zeitschrift *First Things* positionierten sich in dieser Kontroverse auf der Seite der Bannon-Fraktion.

Die *Pariser Erklärung* kann fast durchgängig als provokative Antwort auf die oben genannte Kontroverse gelesen werden<sup>65</sup>. Sie provoziert durch die von vaticanischer Seite kritisierte manichäische Dichotomie zwischen dem *wahren* – christlichen – und dem *falschen* – liberalen und multikulturellem – Europa ebenso wie durch die Verwendung der ebenfalls kritisierten einschlägigen Feindbilder. Sie ist durchzogen von verschwörungsideologischen Versatzstücken: »Schirmherren des falschen Europas«, »gesichtslose Technokraten im Verbund mit mächtigen Interessen«, »Großprojekt des Multi-

kulturalismus«, »eine dunkle Arglist, die am Werke ist«, »internationale Gemeinschaft, die tatsächlich nur die PR-Abteilung einer Oligarchie ist« etc. (alle Zitate aus: o.A. 2017a). Es gelte die Tyrannei des falschen Europas zu bekämpfen. Andreas Lombard nimmt diesen Gedanken später auf, indem er konstatiert, Europa sei auf dem Weg zur *Ethokratie*, zur Gesinnungsdiktatur: »Der europäischen demos wird im Namen der »europäischen Werte und Normen« in Schach gehalten« (Lombard 2019a). Insbesondere wendet die *Pariser Erklärung* sich gegen die »Konstruktion eines falschen Christentums der »universellen Menschenrechte« und gegen einen »übertriebenen Egalitarismus«. Sie benennt »die Universitäten« als »Agenten einer stattfindenden Zerstörung der Kultur« und fordert eine »Re-Säkularisierung des öffentlichen Lebens« in Europa. Die im CATO-Magazin in den folgenden Jahren veröffentlichten Texte lesen sich wie eine Ausformulierung der Programmpunkte der Pariser Erklärung.

## EINE DEUTSCHE „ÖKUMENE DES HASSES“

In dieser Perspektive kann das CATO-Magazin, ein Projekt des evangelischen Religionslehrers Weißmann, der katholischen Publizisten Lombard und Langner, unter dem Dach der vom evangelisch-lutherischen Theologen Fenske geleiteten BdK, finanziert durch Dieter Steins Junge Freiheit, deren Leitbild proklamiert, »(...) religiöser Indifferenz durch einen dominierenden, festen christlichen Standpunkt« zu begegnen (Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG 2019) als eine spezifisch

63 Auch die FKBF ist Mitglied des Centre for European Renewal, der Leiter der BdK, Wolfgang Fenske ist Vorstandsmitglied (o.A. 2018).

64 Der Ausgangstext der Kontroverse (Spadaro und Figueroa 2017) prangerte Positionen und Strategien einer »Ökumene des Hasses« zwischen US-amerikanischen Katholiken und evangelikalen Fundamentalisten an (vgl. Migge 2017; Tenhage 2017).

65 Neben den hier hervorgehobenen innerkirchlich-katholischen Konfliktlinien hat das Dokument auch demokratietheoretische problematische Aspekte, wichtige Unterzeichner, wie Legutko und Lanczi sind Vertreter des autoritären Staatsumbaus in Polen und Ungarn (vgl. Linden 2020, 2021; Varga und Buzogány 2021).



deutsche Variante der von Spadaro und Figueroa (2017) angeprangernten „Ökumene des Hasses“ gesehen werden. Aus theologischer Sicht ist diese Ökumene der christlichen Rechten in Deutschland auch als rechter Gegen-Konsens, als „Gegenprojekt“ beschrieben worden, dem eine tiefgehende Krisen- und Dekadenzempfindung einer selbst-erklärten Geistesaristokratie zugrunde liegt (Fritz 2021). Diese Alternativ-Elite setzt ihre diskursive Marginalisierungsempfindung in ein ökumenisches Set theologischer Grundmaximen um, die – so Fritz (ebda.) – als *bewahrendes (Ordnung statt Relativismus), realistisch<sup>66</sup> (Verantwortung statt Moralismus), patriotisches (Verwurzelung statt Globalismus), wehrhaftes (Selbstbehauptung statt Dialogismus) und entschiedenes (Selbstgewissheit statt Skeptizismus)* Christentum systematisiert werden können und die, vereint durch die gemeinsamen Feindbildbestimmung des Liberalismus und der Islamisierung die Sozialgestalt eines rechten Christentums beschreibt. Alle diese Diskurselemente finden sich sowohl in der *Pariser Erklärung* als auch durchgehend in den Texten des CATO-Magazins.

Die modellhafte Umsetzung der in der *Erklärung* beschriebenen und in CATO-Texten beschworenen theologischen Maximen und politischen Programmpunkte findet sich in den illiberal-autoritären, sich auf die oben dargestellte rechtschristliche Abendlandstheologie berufenden Staatsumbauten in Polen und Ungarn. Viktor Orbán ist spätestens seit der Propaganda-Tour des Fox News-Moderators Tucker Carlson im Sommer 2021 auch zum Orientierungspunkt der US-amerikanischen christlichen – insbesondere der katholischen – Rechten geworden, mehrere Vordenker der Szene sind oder waren zeitweise als Fellows an staatsnahen ungarischen

Think Tanks tätig (Zerofsky 2021). Im CATO-Magazin wird daraus ein Kulturkampf zwischen den „*neototalitären Entwicklungen, die im Westen Raum greifen*“ (Lombard 2022, S. 32), zwischen dem „*Great Reset*“, den „*Mächten der Finsternis, die akut die individuelle und gesellschaftliche Freiheit bedrohen*“ (34) und den „*erfolgreichen*“, illiberalen, auf „*christlichen Werten ruhenden*“ (33) Visegrád-Staaten. Ein Kulturkampf, der nach Lombard Züge eines letzten Gefechts hat: „*Es ist ein epochaler, vielleicht sogar heilsgeschichtlicher Kampf, der zwischen Ost und West entbrannt ist*“ (Lombard 2022, S. 33). Ein Kampf, in dem die Männer aus der Fasanenstraße 4 in Berlin intellektuell sekundieren wollen – wenngleich diese Diktion vielleicht nicht ganz ihrem Anspruch an eine „neue Sachlichkeit“ entspricht.

Dr. Andrea Becker ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, B. sc. (Psychologie) und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) e.V.  
Lana Knappe ist Studentin an der Uni Duisburg-Essen und war 2021 Praktikantin im DISS.

### LITERATURVERZEICHNIS

- Becker, Sven; Krause, Ludwig (2017): Die wollen nicht nur lesen. In: Der Spiegel v. 03.02.2017, S. 44.
- CATO Verlag GmbH (Hg.) (2021): Anzeigenpreisliste. gültig ab 1. Januar 2021. Online verfügbar unter [https://cato-magazin.de/wp-content/uploads/2021/02/cato-verlag-anzeigenpreisliste\\_2021.pdf](https://cato-magazin.de/wp-content/uploads/2021/02/cato-verlag-anzeigenpreisliste_2021.pdf).
- Fenske, Wolfgang (2017): „Um unserer Kinder willen“. In: Junge Freiheit, 20.10.2017 (43), S. 16.
- Frerks, Sören (2015): Vom elitären Öko-Design zur reaktionären Schöngestigkeit. In: Der Rechte Rand (157). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3702/manuscriptum/>.
- Fritz, Martin (2021): Im Bann der Dekadenz. Theologische Grundmotive der christlichen Rechten in Deutschland. In: Johann Hinrich Claussen, Martin Fritz, Andreas Kubik, Rochus Leonhardt und Arnulf von Scheliha (Hg.): Christentum von rechts. Theologische Erkundungen und Kritik. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 9–63.
- Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG (Hg.) (2019): Leitbild der JF. Online verfügbar unter <https://assets.jungefreiheit.de/2019/07/17-Leitbild-der-JF.pdf>, zuletzt geprüft am 28.01.2022.
- Kellershohn, Helmut (2017): Der Kampf um die Intelligenz. Anmerkungen zum neurechten Magazin CATO. In: DISS Journal (34), S. 2–5.
- Linden, Markus (2020): Das Scharnier – Neuer Konservatismus und Neue Rechte. In: Merkur (855), S. 86–94.
- Linden, Markus (2021): Revolutionärer Konservatismus – Der rechte Angriff auf Freiheit und Demokratie. Hg. v. Deutsch-Polnische Gesellschaft. Online verfügbar unter <https://forumdialog.eu/2021/11/12/revolutionaerer-konservatismus-der-rechte-angriff-auf-freiheit-und-demokratie/>.
- Lombard, Andreas (2005): Holocaust und deutsche Frage. Ein Volk will verschwinden. In: Merkur (680), S. 1113–1125.
- Lombard, Andreas (2015): Homosexualität gibt es nicht. Abschied von einem leeren Versprechen. Waltrop, Leipzig: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung Thomas Hoof KG (Edition Sonderwege).
- Lombard, Andreas (2019a): Ethos oder Demos. Editorial. In: Cato (3).

66 „Realistisch“ ist hier im Sinne einer Selbstbeschreibung zur Abgrenzung gegen gesinnungsethische, als Moralismus abgewehrte Positionen eines universalistischen ‚Humanitarismus‘ gemeint (Fritz 2021, 28ff.).



- Lombard, Andreas (2019b): The Vanity of Guilt. Hg. v. First Things. Online verfügbar unter <https://www.firstthings.com/article/2019/11/the-vanity-of-guilt>.
- Lombard, Andreas (2021): Den Stürmen trotzen. Cato - Das Magazin für neue Sachlichkeit. In: Sonderheft Junge Freiheit, 11.06.2021 (24), S. 28.
- Lombard, Andreas (2022): Was soll bloß werden? In: Cato (1), S. 31–35.
- Lombard, Andreas; Schwarz, Moritz (2017): „Die Liebe zum Eigenen“. In: Junge Freiheit, 08.09.2017 (37), S. 3.
- Migge, Thkomas (2017): Papst und Jesuiten - Gegen die „Ökumene des Hasses“. Hg. v. Deutschlandfunk. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/papst-und-jesuiten-gegen-die-oekumene-des-hasses-100.html>.
- o.A. (2017a): A Europe We Can Believe In. Die Pariser Erklärung. Online verfügbar unter <https://thetrueeurope.eu/die-pariser-erklarung/>.
- o.A. (2017b): “A Europe we can Believe in”. In: Agenda (08), S. 8.
- o.A. (2018): Konservative Denkfabriken tagten in Lettland. In: Agenda (15), S. 8.
- o.A. (2019): Cato. In: Agenda (21), S. 4.
- Spadaro, Antonio; Figueroa, Marcelo (2017): Evangelical Fundamentalism and Catholic Integralism: A surprising ecumenism. In: La Civiltà Cattolica, 13.07.2017. Online verfügbar unter <https://www.laciviltacattolica.it/articolo/evangelical-fundamentalism-and-catholic-integralism-in-the-usa-a-surprising-ecumenism/>.
- Stein, Dieter (2017): Das Spektrum erweitert sich. In: Junge Freiheit, 08.09.2017 (37), S. 1.
- Strube, Sonja A. (2021): Publikationsorgane, Kernthemen und religiöse Stile am rechten Rand der Kirchen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus (Hg.): Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch extreme Rechte (Einsprüche, 2), S. 8–26.
- Tenhage, Bernd (2017): „Ökumene des Hasses“ in den USA? Hg. v. katholisch.de. Online verfügbar unter <https://www.katholisch.de/artikel/14305-oekumene-des-hasses-in-den-usa>.
- Varga, Mihai; Buzogány, Aron (2021): The Two Faces of the ‘Global Right’: Revolutionary Conservatives and National-Conservatives. In: Critical Sociology, 1-19. DOI: 10.1177/08969205211057020.
- Zerofsky, Elisabeth (2021): The Viktor Orban Effect: Why U.S. Conservatives Love Hungary. In: The New York Times, 19.10.2021. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2021/10/19/magazine/viktor-orban-rod-dreher.html>.

*Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom Ministerium für Kultur & Wissenschaft NRW geförderten und in das Netzwerk CoRE-NRW eingebundenen Projekts zur Neuen Rechten.*

## Clearview AI

### DER NEOREAKTIONÄRE UND NEONAZISTISCHE HINTERGRUND DER WELTWEIT LEISTUNGSFÄHIGSTEN GESICHTSERKENNUNGSTECHNOLOGIE

Von Guido Arnold

*New York Times und Huffington Post hatten im Frühjahr 2020 nach aufwändigen Recherchen enthüllt<sup>67</sup>, wer hinter der Entwicklung der Gesichtserkennungssoftware Clearview AI steckt: sogenannte Neoreaktionäre mit engen Verbindungen zu Ultrarechts-Libertären wie z.B. Peter Thiel sowie führenden, in den USA organisierten Faschisten. Dieser Artikel soll einige wesentliche Stationen der Entstehungsgeschichte des Start-ups nachzeichnen und dabei die vielschichtigen personellen Verwicklungen aufzeigen, aber vor allem die Interessenkohärenz bei der zielgerichteten Entwicklung von biometrischer Überwachungssoftware, um „jeden illegalen Ausländer im Land zu identifizieren“. Clearview AI ist ein Paradebeispiel für die Nicht-Neutralität von Technologie. Die Entstehungsgeschichte des Unternehmens lässt eine Reduzierung der*

*Frage nach Nutzen und Schaden technologischer Innovation auf deren jeweilige Anwendung geradezu absurd erscheinen.*

Clearview AI ist eine Art Suchmaschine für Gesichter. Sie ist die derzeit leistungsfähigste Gesichtserkennungssoftware. Und das liegt in erster Linie an ihrer Datenbank bereits erkannter Gesichter. Mit nach eigenen Angaben mehr als 20 Milliarden Fotos<sup>68</sup>, die aus Social-Media-Profilen und anderen Websites extrahiert wurden, ist ihre Bilddatenbank mehr als dreißigmal so groß wie die des FBI. Die mobile App kann per künstlich intelligenter Mustererkennung im Vergleich mit bereits bekannten Bildern einem Foto eines Gesichts den Namen der abgebildeten Person zuordnen. Einfach durch An-

67 [https://www.huffpost.com/entry/clearview-ai-facial-recognition-alt-right\\_n\\_5e7d028bc5b6cb08a92a5c48](https://www.huffpost.com/entry/clearview-ai-facial-recognition-alt-right_n_5e7d028bc5b6cb08a92a5c48)

68 <https://www.clearview.ai/>



tippen auf dem Touchscreen. In den USA berichten Polizistinnen von schnellen Fahndungserfolgen in Fällen von Körperverletzung und Landendiebstahl. Die Technologie wird bereits in *Augmented-Reality*-Brillen integriert, so dass die Trägerinnen dieser Brillen (andere Menschen, die sie anschauen, in Echtzeit identifizieren können.<sup>69</sup>

### HOAN TON-THAT – DAS ENTWICKLERHERZ VON CLEARVIEW

Der CEO und Mitbegründer von Clearview, *Hoan Ton-That*, ein 33-jähriger australischer Hacker, der 2007 nach San Francisco zog, hatte sich 2015 einer Clique der extremen Rechten angeschlossen, die daran arbeitete, Trump zum Präsidenten zu machen.

Zu ihnen gehörten *Mike Cernovich*, ein Propagandist aus Trumps Umfeld, *Andrew „Weev“ Auernheimer*, ein Neonazi-Hacker und Webmaster des *Daily Stormer*, und *Pax Dickinson*, der rassistische ehemalige Chief Technology Officer des Finanz-Magazins *Business Insider*, der im August 2017 mit Neonazis in Charlottesville marschierte. Aus dieser rechten Clique stachen zwei von Ton-Thats Mitarbeitern dank

ihrer engen Verbindung zum rechtsaußen-libertären Milliardär *Peter Thiel* (Paypal-Gründer, Vorstandsmitglied von Facebook und Ex-Berater von Trump)<sup>70</sup> hervor: *Jeff Giese*, ein Thiel-Protegé und geheimer Geldgeber für rechtsextreme Anliegen, und *Charles „Chuck“ Johnson*, ein bekannter Rechtsextremist und ehemaliger *Breitbart*-Journalist.

Die Personen, die mit Clearview AI zu tun haben, scheinen erhebliche Anstrengungen unternommen zu haben, um ihre Verbindungen zum Unternehmen und untereinander zu verbergen. Johnson zum Beispiel erscheint auf keinem der Gründungsdokumente und hat über einen Facebook-Post hinaus kaum öffentliche Spuren seiner Verbindung zu Ton-That hinterlassen. Allerdings bestätigten mehrere Quellen aus seinem rechtsradikalen Umfeld gegenüber der *Huffington Post*, dass er und Ton-That seit 2016 in engem Kontakt standen und dass Johnson ihnen sagte, er arbeite mit Ton-That an der Gesichtserkennung und dass er die Technologie als eine Möglichkeit betrachte, potenziell „jeden illegalen Ausländer im Land zu identifizieren“. Erst Anfang 2017 gab Johnson auf Facebook an, dass er „Algorithmen zur Identifizierung

aller illegalen Einwanderer für die Abschiebekommandos entwickelt“ habe.

### DER NATIONALKONVENT 2016

Im Juli 2016 versammelten sich zahlreiche Rechtsextreme zu einem republikanischen Nationalkonvent in Cleveland. Das intellektuelle Aushängeschild der Alt-Right-Bewegung, *Richard Spencer*, war dort, ebenso wie Cernovich; auch Johnson, der zu dieser Zeit eine Website namens ‚GotNews‘ betrieb, die weiße Nationalisten beschäftigte, um rassistische Inhalte für Trump-Anhänger zu verbreiten.

Spencer nahm in diesem Rahmen an einem Abendessen mit Johnson und anderen Mitgliedern der extremen Rechten teil. Er saß an einem Tisch mit Ton-That. Letzterer erzählte begeistert von seinen faschistischen Phantasien und seiner Nähe zur „neoreaktionären Bewegung“. Die neoreaktionäre Bewegung, auch bekannt als „NRx“ oder „Dark Enlightenment“, ist eine Strömung der rassistischen, frauenfeindlichen Rechten, die sich seit über einem Jahrzehnt in den libertären Kreisen des Silicon Valley ausweitete, vor allem innerhalb der Kryptowährungsszene. Ihre Mitglieder verehren Peter Thiel. Mit ihren technischen Fähigkeiten und ihrem Zugang zu großem Reichtum haben sie einen Einfluss, den die Nazis aus Spencers Alt-Right-Bewegung nicht haben. Ton-That hatte sich der neoreaktionären Vereinigung schon vor 2016 angeschlossen.

Der Hohepriester der Bewegung, *Curtis Yarvin*, ist ein Programmierer, der ein von Thiel finanziertes Kryptowährungs-Startup namens *Tlon* leitet. Yarvin, der Sklaverei und Apartheid befürwortet, argumentiert, dass die USA besser dran wären, wenn sie von einem

69 <https://gizmodo.com/clearview-ai-working-on-a-r-goggles-for-air-force-secu-1848476669>

70 Guido Arnold: Peter Thiel – Vom rechts-libertären Tech-Investor zum nationalistischen Polit-Influencer, in *kultuRRRevolution* #82, Mai 2022



„CEO-König“ regiert würden. Um dies zu realisieren, plädiert er für einen sanften Staatsstreich. Unter Neoreaktionären wird Trump oft als der „Gott-Kaiser“ bezeichnet, der die Ordnung wiederherstellen wird in einer angeblich von Einwanderern überfluteten Nation unter der Fuchtel eines fortschrittlichen medienakademischen Komplexes – im neonazistischen Sprachgebrauch ‚globales Judentum‘. Im April 2016 sagte Johnson in einem Video: „Was ist das Alt-Right? Ich schätze, ich befinde mich hier sozusagen im Erdgeschoss, da ich mit Curtis Yarvin alias Mencius Moldbug befreundet bin.“ Yarvin zu lesen bedeutet, nach den eigenen Worten des neoreaktionären Paten, „Anweisungen“ für einen stillen „faschistischen Putsch“ in Amerika zu finden, der 25 Jahre, vielleicht 50 Jahre dauern könnte. Alles im Namen einer neuen Weltordnung.

Gieseia organisierte das Abendessen in Cleveland. Er arbeitete für Thiels ersten Hedgefonds. Thiel wiederum stellte Startkapital bereit, als Gieseia eine eigene Firma gründete. Im Vorfeld der Wahlen 2016 arbeitete Gieseia eng mit Cernovich zusammen, um einen ‚Mobilmachung‘ in den sozialen Medien zu organisieren, der die Energie der Rechten auf das eigentliche Ziel lenken sollte: die Wahl von Trump. In einem Leitfadens *How to Fund the Alt-Right*, der 2016 unter dem von Gieseia benutzten Pseudonym online gestellt wurde, sollten Spender an weiße nationalistische und neonazistische Organisationen spenden.

## WESEARCHR – RECHTES CROWDFUNDING

2016 richtete Johnson einen Slack-Kanal<sup>71</sup> für *WeSearchr* ein, eine mittlerweile geschlossene Crowdfunding-Plattform, die er ins

Leben gerufen hatte.<sup>72</sup> Jonson galt als zentraler Knoten in einem großen Netz extremer Rechter. Johnsons Adressbuch war gut gefüllt: Der republikanische Senator Ted Cruz aus Texas, die fremdenfeindliche Kommentatorin Ann Coulter, Blackwater-Gründer Erik Prince, der hochkarätige Anwalt Alan Dershowitz – und eben auch Ton-That, von dessen technischen Fähigkeiten Johnson schwärmte.

Zu Johnsons WeSearchr-Slack-Kanal gehörten etwa 400 Personen – Gieseia, Cernovich und auch Ton-That waren darunter. Ein weiteres Mitglied des Kanals und enger Mitarbeiter von Johnson war *Andrew Auernheimer*, der Webmaster von *The Daily Stormer*, der beliebtesten Neonazi-Website der USA. Auernheimer trägt ein riesiges Hakenkreuz-Tattoo auf der Brust. Er sprach offen von seinem Wunsch, jüdische Kinder abzuschlachten, einen Rassenkrieg zu beginnen und die Vereinigten Staaten zu zerstören.

Wie Ton-That hatte auch Auernheimer ein Interesse an der Biometrie. Die beiden hatten schon 2015 ‚direkten‘ twitter-Kontakt miteinander. 2016 erzählte Auernheimer einem Freund, dass er „an der Gesichtserkennung arbeite, speziell über Schwarze“. Als Auernheimer später von der Huffington Post befragt wurde, stellte er klar, dass er „ein Projekt zur Rassen- und nicht zur Gesichtserkennung aufgebaut hatte, das Merkmale des gesamten Körpers, nicht nur des Gesichts, aufnahm“. Damals sei das System zu kostspielig gewesen, um es auf Drohnen zu montieren, sagte er, aber er plane, die Idee bald wieder aufzugreifen.

In dieser Zeit, in der sich Ton-That online und offline mit Neoreaktionären aber auch mit bekennenden

Faschisten umgab, begannen Johnson und Ton-That mit dem Aufbau eines Unternehmens, aus dem Clearview entstehen sollte.

## SMARTCHECKR – DER VORLÄUFER VON CLEARVIEW

In der Wahlnacht 2016 feierte Ton-That mit den Faschisten Johnson und Dickinson in New York inmitten eines Meeres roter Make-Amerika-Great-Again-Mützen den Wahlsieg von Trump. Johnson leugnete im Januar 2017 in einer öffentlichen „Ask-Me-Anything“-Sitzung im Portal *reddit* den Holocaust: „Ich glaube nicht und habe nie an die Sechs-Millionen-Zahl geglaubt“, schrieb Johnson. „Ich halte die Zahlen des Roten Kreuzes von 250.000 Typhus-Toten in den Lagern für realistischer“.

Zwei Wochen später wurde das Unternehmen *Smartcheckr* in New York registriert. Die dabei angegebene Adresse gehörte *Richard Schwartz*, einem Spitzenberater von Rudy Giuliani (damaliger Trump-Anwalt und ehemaliger Bürgermeister von New York). Schwartz gab später zu, einer der Gründer von *Smartcheckr* gewesen zu sein und später Präsident von Clearview AI. Peter Thiel war einer der ersten Investoren von *Smartcheckr*. Er gab 200.000 Dollar, die zwei Jahre später in Aktien von Clearview AI umgewandelt wurden.

E-Mails und Nachrichten zeigen, dass Ton-That und Johnson 2017 über *Smartcheckr* in Kontakt standen. In einem E-Mail-Thread besprachen sie die Möglichkeit, Schwarze im Netz zu identifizieren. „Ich arbeite daran für *smartcheckr*“, schrieb Johnson an Ton-That. „Planen Sie, diese Tools für unsere Jungs verfügbar zu machen.“ Parallel arbeitete Johnson hinter den Kulissen mit Gieseia und Thiel zusammen,

71 Slack ist ein Chat-Programm, in dem Diskussionen in offene und geschlossene Kanäle (Channels) gegliedert werden.

72 In privaten Nachrichten aus dem Jahr 2015 beschrieb Johnson ein Treffen mit Peter Thiel in jenem Jahr, um seine Crowdfunding-Idee vorzustellen: „Thiel gab mir alles Geld, das ich brauchte“, sagte Johnson. „Stellte mir einen Scheck vor Ort aus.“

um Alt-Right-Kandidaten für politische Posten in Wissenschaft und Technologie in der neuen Regierung zu empfehlen.

Für Smartcheckr arbeitete ein weiterer Neonazi: *Tylor Bass*, ein Hacker aus dem Umfeld von Ton-That. Auch er war ein überzeugter Rassist und gehörte 2017 zu einer Gruppe weißer Nationalisten, deren Leiter, *Matthew Q. Gebert* ein Beamter des Außenministeriums, sich für einen nuklear bewaffneten weißen Ethnostaat einsetzte.<sup>73</sup> Einige Wochen nach der tödlichen Kundgebung von ‚Unite the Right‘ in Charlottesville im August 2017, an der Bass teilgenommen hatte, fand er einen Job als Codetester bei Smartcheckr. Aus seinen Lebensläufen geht hervor, dass er Johnson geholfen hat, Kandidaten für das Übergangsteam der Trump-Administration zu überprüfen.

Ein weiterer früher Angestellter bei Smartcheckr war *Douglass Mackey*, der 2016 unter dem Decknamen „Ricky Vaughn“ zum Alt-Right-Superstar wurde. Der Verfechter der „globalen Vorherrschaft der Weißen“ war so effektiv bei der Verbreitung von Pro-Trump-Nachrichten, antisemitischer Propaganda und vom Kreml stammender Desinformation, dass das MIT Media Lab seinen Twitter-Account auf einer Liste der Top-Einflussfaktoren auf die Wahl 2016 nannte, noch vor NBC News. Mackey pries 2017 Ton-Thats „proprietäre Such- und Gesichtserkennungstechnologie“ an, sie würde eine Analyse der sozialen Medien der Wähler und ihrer Ansichten zu verschiedenen Themen ermöglichen.

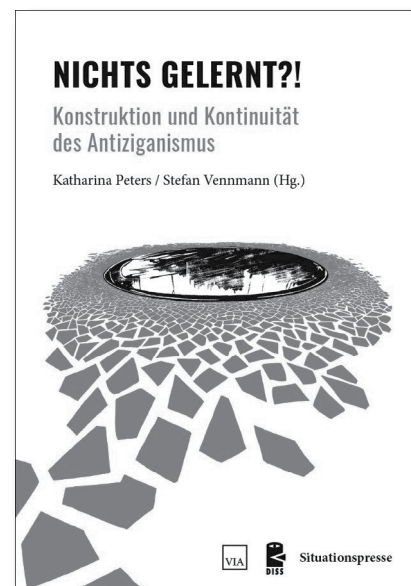
Anfang 2018 wurde enthüllt, dass Mackey „Ricky Vaughn“ sei – ein Skandal, der Wellen schlug: Angestellte und Mitarbeiter von Smartcheckr verbargen nach dem Vorfall ihre Verbindungen zum Unterneh-

men und untereinander. Schwartz, der Helfer von New Yorks ehemaligem Bürgermeister und Trump-Anwalt Giuliani, hat daraufhin sein LinkedIn-Profil bereinigt. Smartcheckr nutzte einen Reputationsmanagement-Dienst, um Informationen über sich selbst und Schwartz zu unterdrücken, indem er die Google-Suchergebnisse mit gefälschten Webseiten beeinflusste. Schlussendlich wurde das Unternehmen Smartcheckr abgewickelt und das Geschäft weitergeführt unter dem Namen Clearview AI.

### CLEARVIEW

Clearview fand deutlich mehr Investoren, u.a. *Hal Lambert*, einen texanischen Geldmanager und großen Spendensammler, der Senator Ted Cruz nahesteht. Lambert hatte auch früh in „Anduril“ investiert, ein von Thiel unterstütztes Verteidigungsunternehmen, das autonome Überwachungssysteme zur Überwachung der Südgrenze der USA baut. Peter Thiel hat selbst ein offensichtliches Interesse an der Massenüberwachung durch Clearview AI: Palantir, sein Big-Data-Analyse-Konzern, sammelt riesige Mengen persönlicher Informationen über Immigranten und liefert die Analyseinstrumente für Razzien der US-Einwanderungs- und Zollbehörde. Jedes Mal, wenn die Polizei Clearview benutzt, lädt sie Bilder von Personen, die sie zu identifizieren versucht, in Clearviews stetig wachsende Datenbank hoch, wo sie auf unbestimmte Zeit gespeichert werden.

Während des gesamten Jahres 2018 und bis in das folgende Jahr hinein arbeitete Ton-That mit Schwartz, dem ehemaligen Helfer von New Yorks Ex-Bürgermeister und Trump-Anwalt Rudy Guillani, zusammen, um Strafverfolgungsbehörden für Clearview zu gewinnen. Das Unternehmen behauptete, „Berge“ von



Katharina Peters / Stefan Vennmann (Hg.)  
Situationspresse (Duisburg) 2019  
ISBN 978-3-935673-46-4  
211 Seiten, 18 Euro

Der Sammelband mit Aufsätzen zum Thema Antiziganismus vereint Beiträge aus der Wissenschaft und der Praxis zur in Deutschland leider immer noch am meisten verbreiteten Form des Rassismus. Er wurde vom Arbeitskreis Antiziganismus im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erstellt – in Kooperation mit dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA).

Antiziganismus hat Tradition. Er ist trauriges Zeugnis einer Kontinuität von ausgrenzenden und menschenverachtenden Verhältnissen. Die spezifische Form von Rassismus wirkt seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa in zahlreichen Variationen der immergleichen Stereotype sowie den damit verbundenen Gedankenmustern und Diskriminierungspraktiken. Dabei zeichnet sich Antiziganismus durch eine enorme Anpassungsfähigkeit und eine hohe Widerständigkeit gegen seine Bekämpfung aus. Welche Wirkmechanismen und Strukturen lassen sich identifizieren? Welche Strategien und Lösungsansätze können diesem Ressentiment entgegengesetzt werden?

Erhältlich über den Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) und über den Buchhandel (Verlag Situationspresse, Duisburg)

73 <https://www.splcenter.org/gebert>



Daten in seiner „proprietären Bild-datenbank“ zu haben. Das Clearview-Team begann, alle in den letzten 15 Jahren in den USA aufgenommenen Fahndungsfotos zusammenzufassen. Schwartz ging auf Konferenzen der Strafverfolgungsbehörden mit der Technik hausieren.

Mittlerweile meldeten sich mehrere Strafverfolgungsbehörden bei Clearview an, um die Software zu nutzen: die Staatspolizei von Indiana, die Staatspolizei von New York, die Polizei von Chicago, die Polizei von Atlanta, die Polizeidienststellen in New Jersey und Florida und das Heimatschutzministerium. Ebenso die Abteilung für Nachrichtendienste und Terrorismusbekämpfung des Texas Department of Public Safety. Im Sommer 2019 setzen „über 200 Strafverfolgungsbehörden im ganzen Land“ Clearview ein. Diese Zahl sollte sich nach Angaben der New York Times innerhalb weniger Monate verdreifachen. *Paul Clement*, der ehemalige Generalstaatsanwalt der USA und ständige Rechtsbeistand für den Obersten Gerichtshof, bot der Polizei einen legalen Deckmantel, um Bürgerrechtsbelange hinsichtlich der Nutzung von Clearview AI zu umgehen.

Als Clearview immer mehr Polizeidienststellen unter Vertrag hatte, interagierten die rechten Entwickler des Unternehmens mit den Strafverfolgungsbehörden. In Clearview-Werbematerialien heißt es, das Unternehmen habe 2018 „begonnen, Verbrechen mit Hilfe neu entwickelter Gesichtserkennungstechnologie aufzuklären“, was bedeutet, dass *Ton-That* und seine Mitarbeiter fast zwei Jahre lang ungehindert in der Lage gewesen sein könnten, bei polizeilichen Durchsuchungen und strafrechtlichen Ermittlungen zu schnüffeln und Bilder von Verdächtigen für ihre Datenbank zu sammeln. In einer E-Mail vom Dezember 2019

schlug Clearview-Mitarbeiter *Marko Jukic* einem landesweiten Polizeilisten dienst einen kostenlosen Test der Technologie vor: „Wir laden Sie ein, die Grenzen selbst zu testen.“

Jukic veröffentlichte viel in neoreaktionären Blogs. Er war gegen den Multikulturalismus und schrieb, dass Juden nicht zu den Menschen mit europäischem Erbe gehörten. Jukic war anfällig für wilde, neoreaktionäre Phantasien und stellte sich eine Zukunft vor, in der ein König Amerika regieren und die „Wohlfahrtsausgaben“ in Angriff nehmen würde, indem er das Militär und schwer bewaffnete Milizen entsandte, um die „Ghettos“ mit tödlicher Gewalt zu „befrieden“. Journalisten, die einen Fuß in die besetzten Zonen setzen würden, würden ermordet werden. „Gewalt ist ganz sicher die Antwort“, schrieb er. Er befürwortete den „großzügigen Einsatz“ von rassistischen Profilen, um die Einwanderung einzudämmen, sowie eine Mauer entlang der Grenze zu Mexiko, die mit Hightech-Kameras und Drohnen ausgestattet ist.

Jukic hatte viel über Taktik von Bewegungen nachgedacht und den offenen Aktivismus vermieden, den sich die Alt-Right, vor allem in Charlottesville, zu eigen gemacht hatten. Stattdessen befürwortete er das neoreaktionäre Konzept des „Passivismus“: Untertauchen, versteckte Netzwerke schaffen, im Stillen die „Maschinerie“ aufbauen, um das System zu untergraben. „Der Sieg wird nicht an der Wahlurne errungen werden“, schrieb Jukic 2016. „Donald Trump wird sein eigenes Regime, seinen eigenen Staat aufbauen und ihn so gut machen müssen, dass das bestehende Regime aus Angst und Ehrfurcht vor seiner Macht zu ihm überläuft. Er wird sein eigenes Außenministerium brauchen, seine eigene CIA, seine eigene Harvard“.

## DIE ENTHÜLLUNGSKRISE

Nachdem die *New York Times* im Januar 2020 eine investigative Untersuchung<sup>74</sup> zu den Hintergründen von Clearview und der illegalen Verwendung von Bildmaterial veröffentlicht hatte, ordnete der Generalstaatsanwalt von New Jersey an, dass die gesamte Polizei des Bundesstaates aufhören solle, dieses Instrument zu benutzen. Zwei demokratische Senatoren führten ein Gesetz ein, das ein Moratorium für die Verwendung der Gesichtserkennung durch Regierungsbeamte und Auftragnehmer vorsieht, bis der Kongress die Technologie regulieren kann.

Social-Media-Firmen feuerten Unterlassungserklärungen ab, in denen sie Clearview aufforderten, Fotos und Daten nicht mehr zu verwenden. Das Unternehmen wurde mit mehreren Klagen von Personen konfrontiert, die behaupteten, dass Clearview ihre biometrischen Daten illegal erfasst habe. Clearview rotierte um Schadensbegrenzung zu betreiben. Ein „Benutzer-Verhaltenskodex“ wurde auf der Website des Unternehmens veröffentlicht, zusammen mit dem Versprechen, dass die Technologie keine Verbraucheranwendungen haben würde und nur Strafverfolgungsbehörden und „ausgewählten Sicherheitsexperten“ zur Verfügung stünde.

Das war nachweislich gelogen – Clearview warb aggressiv und erfolgreich um Unternehmen und Privatkunden wie Macy's, Bank of America und Walmart. Clearview erlaubte auch Investoren und Trump nahestehenden Eliten, mit seiner App und seiner Datenbank zu arbeiten. Das Unternehmen richtete ein Konto für die Firma des ehemaligen Trump-Kampagnensprechers Jason Miller ein. John Catsimatidis, der milliardenschwere Spender von Trump und Besitzer von Gristedes Foods, der größten Lebensmittelket-

74 <https://www.nytimes.com/2020/01/18/technology/clearview-privacy-facial-recognition.html>



te in Manhattan, testete die Gesichtserkennungstechnologie in einem seiner Supermärkte, um Ladendiebe zu fangen. Catsimatidis, der mit Schwartz befreundet ist, nutzte die App auch, um einem Mann nachzuschneüffeln, den er bei einer Verabredung zum Essen mit seiner Tochter entdeckt hatte.

Ton-That schlängelte sich durch Fernsehinterviews und ließ mehr Details durchsickern, während er gleichzeitig ein Recht auf Zugang zu allem, was in sozialen Medien gepostet wird, geltend machte. Eine Reihe von Banken benutzten Clearview, sagte er gegenüber CNN, aber er weigerte sich, sie beim Namen zu nennen. Er gab zu, sich mit Gesetzgebern getroffen zu haben, sagte aber nicht, was sie besprochen hatten. Er lehnte es auch ab, diese beim Namen zu nennen.

Eine weitere Runde der Schadensbegrenzung folgte, nachdem die Huffington Post mit Fragen an Jukic herantreten war. Ton-That sagte durch einen Sprecher am 27. März 2020, dass Clearview die Verbindungen sowohl zu Bass als auch zu Jukic abgebrochen habe.

Als die Huffington Post Ende März Johnson kontaktierte, gab dieser vor, ein verdeckter Mitarbeiter des US-Geheimdienstes zu sein. „Ich würde es vorziehen, aus allem, was Sie tun, herausgehalten zu werden“, sagte er. Johnson sagte, sein Regierungsvertrag verbiete ihm, mit der Presse zu sprechen. „Charles Johnson ist kein leitender Angestellter, Angestellter, Berater und hat keinen Sitz im Vorstand von Clearview AI“, sagte Ton-That eine Woche nach seiner ersten Erklärung. Er weigerte sich offenzulegen, ob Johnson eine

Kapitalbeteiligung an dem Unternehmen hatte.

### STABILISIERUNG TROTZ MASSIVER KRITIK

Die Resonanz auf die Enthüllungen war groß. Die Liste der Beschwerden und Klagen gegen Clearview AI wuchs und wächst seit den Enthüllungen: Die schwedische Datenschutzbehörde hat ein Bußgeld in Höhe von 250.000 Euro gegen eine Polizeibehörde verhängt, weil diese die umstrittene Gesichtserkennungssoftware unrechtmäßig eingesetzt hatte.<sup>75</sup> Seit Juli 2020 ist Clearview AI auch in Kanada tabu: Kanadische Sicherheitsbehörden dürfen die Gesichtsdatenbank nicht mehr einsetzen. Clearview AI darf auch keine Bilder mehr in Kanada sammeln. 2021 sollte Clearview AI die Daten von Menschen aus Großbritannien löschen und keine neuen erheben. Andernfalls drohe Clearview AI eine Strafe von umgerechnet 20 Millionen Euro.<sup>76</sup>

Die EU-Kommission erwog kurz, automatisierte Gesichtserkennung im öffentlichen Raum vorläufig zu verbieten – ließ das Vorhaben aber wieder fallen. Auch in Deutschland ist man zögerlich. Der Bundesdatenschutzbeauftragte (BfDI) sieht im Fall Clearview AI keine Zuständigkeit. Derzeit muss sich hier jede Person, die Fotos in der Datenbank von Clearview AI vermutet oder findet, selbst beschweren – einzeln. Die italienische Datenschutzbehörde hingegen hat gegen Clearview AI eine Geldstrafe in Höhe von 20 Millionen Euro wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhängt.<sup>77</sup>

Mit einer Verlagerung auf private Kunden kompensiert das Unter-

nehmen die öffentliche Kritik und sieht sich im Februar 2022 sogar auf Expansionskurs. Man wolle innerhalb eines Jahres die Datenbank der gespeicherten Gesichtsfotos auf 100 Milliarden erhöhen. Dies solle gewährleisten, dass „fast jeder Mensch auf der Welt identifizierbar sein wird“. Das Unternehmen gibt an, dass es neben der Gesichtserkennung andere Systeme etwa zum Scannen von Nummernschildern und zur „Bewegungsverfolgung“ entwickelt habe.<sup>78</sup> Im März 2022 kann das Unternehmen sogar einen Reputationsschub verbuchen: Clearview AI stellt der ukrainischen Regierung einen Gratiszugang zur Verfügung, um die gefallenen (russischen) Soldaten zu identifizieren und deren Familienangehörige kontaktieren zu können.<sup>79</sup>

*Es ist zu befürchten, dass eine Gewöhnung an die Übergriffigkeit der Gesichtserkennung von Clearview AI in die öffentliche Debatte Einzug halten wird – so wie dies auch der Fall war nach diversen Facebook-Skandalen. Zudem wird eine auf den Datenschutz fokussierte Debatte der politischen Brisanz des rassistischen Projekts Clearview AI nicht gerecht. Es handelt sich um einen strategisch geplanten technologischen Angriff einer neoreaktionären bzw. faschistischen Hacker- und Neonazi-Elite in den USA, die sich der einfluss- und finanzstarken Unterstützung eines breiten Netzwerks rund um Peter Thiel in Politik und Techbranche sicher sein durfte. Das ist der eigentliche, politische Skandal, der sowohl in der europäischen Linken als auch in der emanzipatorischen Hacker-Bewegung nahezu undiskutiert bleibt.*

**Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik**

75 <https://techcrunch.com/2021/02/12/swedens-data-watchdog-slaps-police-for-unlawful-use-of-clearview-ai/>

76 <https://techcrunch.com/2021/02/03/clearview-ai-ruled-illegal-by-canadian-privacy-authorities/>

77 <https://netzpolitik.org/2022/biometrische-ueberwachung-ohne-rechtsgrundlage-clearview-ai-soll-millionenstrafe-in-italien-zahlen/>

78 <https://www.heise.de/news/Ueberwachung-Clearview-peilt-Datenbank-mit-100-Milliarden-Gesichtsfotos-an-6491056.html>

79 <https://www.reuters.com/technology/ukraine-uses-facial-recognition-identify-dead-russian-soldiers-minister-says-2022-03-23/>



# Die Reichweite kommunaler Interventionen in Armutsquartieren

Von Peter Höhmann

## VORBEMERKUNG

Der Beitrag befasst sich mit kommunalen Interventionen in Quartieren mit schlechter Bausubstanz und einer hohen Konzentration ärmerer Bevölkerungsgruppen. Zwar ist die Stadt Ort der Problemwahrnehmung, ihre Handlungsspielräume lassen jedoch keine eigenständigen Lösungsstrategien zu. Diese sind vielmehr an ökonomische Verhältnisse gebunden, die nicht im sozialen Feld des städtischen Raums selbst hergestellt werden. Angesichts der Diskrepanz von internen Handlungsspielräumen und externen Handlungsbedingungen verfügt die Stadt unter wirtschaftlichem Aspekt, wie Max Weber betont hat, über keine feste Grenze, ist aber auf diese Umwelt notwendig bezogen.

Problemlagen und Interventionen werden am Beispiel der Lage in Quartieren der Stadt Mülheim/R. sowie der Regensburger Altstadt kontrastiert. Beide Orte sind etwa gleich groß und stehen für unterschiedliche kommunale Interventionen, die in Abhängigkeit von gegenläufigen Entwicklungen ihrer ökonomischen Verhältnisse getroffen werden. Die Lage in Mülheim ist kontinuierlich durch die Auswirkungen eines ausgeprägten Deindustria-

lisierungsprozesses gekennzeichnet. (Stadt Mülheim (Hrsg.) 2002, besonders S. 5 und S.9). Regensburg war demgegenüber von einer langfristig angelegten ökonomische Schwächeperiode betroffen und die baulich unzureichenden Häuser in der historischen Altstadt waren zunehmend Wohn- und Lebensort ärmerer Bevölkerungsgruppen geworden. Die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende periphere Randstellung der Stadt hatte sich jedoch sehr schnell nach dem Fortfall der früheren Ost-West Grenze aufgelöst.<sup>80</sup> Während die Wandlungsvorgänge hier in der Folge zu besonders ausgeprägten Änderungen der kommunalen Praxis innerhalb eines Prozesses der „Umgruppierung“ beigetragen haben, konnte sich in Mülheim, im Anschluss an einen scharfen industriellen Abschwung, kein Wandel der kommunalen Interventionspraxis gegen die weiterhin bestehende Strukturschwäche durchsetzen.<sup>81</sup>

## DIE PRÄGEKRAFT UNGLEICHER WIRTSCHAFTLICHER RAHMENBEDINGUNGEN

Die gegenläufige Entwicklung in beiden Städten zeigt sich besonders anhand der kommunalen Finanzen. Während 2010 die Einnahmen in Mülheim bei 1.416 € pro Einwohner

lagen und in Regensburg bei 1.689 €, ist diese Summe bis zum Jahr 2019 in Mülheim mit 1.444 € fast gleichgeblieben. In Regensburg stiegen die Zahlen hingegen in diesem Zeitraum deutlich auf 2.390 € an.<sup>82</sup> Besonders gravierend sind hierbei die unterschiedlichen Gewerbesteuer-einnahmen als der wichtigsten kommunalen Steuer, deren Erträge eine zentrale Grundlage für die jeweiligen Handlungsspielräume kommunaler Interventionsstrategien darstellen.<sup>83</sup>

Die Ertragslage ist Spiegel der lokalen Arbeitsmarktentwicklung. In Mülheim sank die Zahl der sozialversichert Beschäftigten am Arbeitsort zwischen 1990 und 2011 von 63.302 auf 57.100 Personen und stieg bis 2020 wieder leicht auf 58.590 Personen an. Für Regensburg wurden im Jahr 1989 schon 76.353 Beschäftigte angegeben. Diese Zahl wuchs bis 2011 auf 102.580 und weiter bis 2020 auf 125.778 Personen.<sup>84</sup>

Die auseinanderdriftenden wirtschaftlichen Trendwerte gehen einher mit deutlichen Unterschieden sichtbarer Armut, wie etwa der Anzahl von Personen, die auf die Unterstützung durch Sozialhilfe angewiesen sind. Deren Anteil ist in Mülheim zwischen 2007 und 2019 von 12,9% auf 15,7% gestiegen, in Regensburg hingegen rückläufig und hat sich von 8,8% auf 5,5%

80 In einem früheren Gutachten, das die Stadt in Auftrag gegeben hatte, wurde besonders auf die Aufteilung der Branchenstruktur mit Zweigbetrieben und einem Schwerpunkt in arbeitsintensiven Feldern mit geringer Facharbeiterquote. Hierzu wurde ausgeführt: „Diese Tatsache ist charakteristisch für die strukturelle Schwäche des Regensburger Arbeitsmarktes. Nicht zuletzt Großbetriebe sind in Regensburg als verlängerte Werkbänke anzusehen.“ (Dorsch Consult/ingesta 1972, S. 23)

81 Unter dem Umgruppierungskonzept wird dargelegt, wie relativ autonome Systeme, wie die Kommunen, sich bemühen, ihre Handlungsautonomie trotz ihrer begrenzten Durchschlagkraft aufrecht zu erhalten. (Vgl. dazu Alvin Gouldner 1967, S. 306 ff.)

82 Datenquelle: Bertelsmann-Stiftung.

83 Die Bedeutung der Gewerbesteuer als „Steuer mit örtlich bedingtem Wirkungskreis“ wird kontrovers diskutiert. Vgl. dazu für viele etwa die durchgehende Argumentation von Günter Schmolders 1965. Als lokale Einnahme ist sie ein wesentlicher Grund für die ungleichen Spielräume in der kommunalen Konkurrenz.

84 Quellen: Statistische Ämter der Städte Mülheim und Regensburg, Bundesstatistik, Stadt Regensburg (Hrsg.), o.J., S.31.





vermindert. In der nicht-deutschen Bevölkerungsgruppe sind die Differenzen zwischen den Städten noch markanter. Deren Sozialhilfeanteil ist in Regensburg 16,4% auf 10,3% gesunken, in Mülheim demgegenüber von 31,7% auf 39,2% gestiegen.<sup>85</sup>

## DIE AUSGESTALTUNG KOMMUNALER HANDLUNGSSPIELRÄUME

Systematisch ist die Zielrichtung kommunaler Interventionen in städtischen Quartieren auf das Gemeinwohl der gesamten Stadt und damit auf ihren Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung und der Aufbringung von Steuern gerichtet. Entsprechend begründet auch die Stadt Mülheim hier ihr Engagement zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in ihren schlechten Quartieren und sieht hierin „eine wesentliche Bedingung für Wachstum, Prosperität und Wohlfahrt und damit als ein entscheidendes Standortvorteil im Wettbewerb mit anderen Städten um die besten Köpfe.“ (Stadt Mülheim 2018, S.9)<sup>86</sup>

Die Logik solcher Interventionen folgt weniger der Umsetzung einer gut dokumentierten Interventionsstrategie als der eines gewünschten Soll-Zustands und wird über ein Ensemble einzelner Maßnahmen konkretisiert und nachvollziehbar. Castells spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Interventionen erst „in dem sie umschließenden politischen Prozess

gesellschaftlich signifikant werden.“ (Manuel Castells 1977, S. 181)

In diesem Sinne zunächst eher unbestimmt stand in der Regensburger Altstadt mit Blick auf die arme Wohnbevölkerung seit den sechziger Jahren ein Handlungsmuster im Vordergrund, unter dem die Stadt mit vereinzelt baulichen Maßnahmen auf eine „soziale Umschichtung“ dieser Bewohner setzte, aber gleichzeitig Ansätze einer sozialen Wohnungsvergabe deutlich einschränkte.<sup>87</sup> Aufgrund der zunächst noch sehr begrenzten Spielräume änderte sie jedoch ihre Schwerpunktsetzung und betonte ihre Eigenleistungen sowie den unterstützenden Strukturwandel durch eine „natürliche Wanderungsbewegung“, der mit Hinweis auf deutlich gestiegene Mobilitätszahlen begründet wurde.<sup>88</sup> Die Stadt nutzte diesen Umschwung zugleich als öffentliche Reaktion an ihrer als unsozial kritisierten Politik.<sup>89</sup>

Der Umfang konkreter Interventionen hinter dieser Konzeption blieb jedoch weiterhin eher gering. So wurde die Altstadt noch bis in die neunziger Jahre durch eine „durchschnittlich schlechte Ausstattung der Wohnungen“ sowie eine geringe Durchschnittsmiete von 6 DM je qm beschrieben. (Stadt Regensburg 1992, S.36) Ganz durchgehend wurde die Stadt daher für den schleppenden Verlauf ihrer Maßnahmen kritisiert. (Vgl. z.B. Thorsten Birlem u.a. 1978, S.65 und S. 85ff.)

Erst eine markante Änderung der externen ökonomischen Rahmenbedingungen hat in Regensburg weitreichende Konsequenzen für die Auflösung der überkommenen Problemlagen in der Altstadt. Anschaulich führt die Stadt in ihrem 2005 veröffentlichten Planungskonzept in diesem Zusammenhang aus: „Seit 1989 hat sich mit der inzwischen vollzogenen nationalen und der sich abzeichnenden europäischen Einheit die geopolitische Lage Ostbayerns (Oberpfalz und Niederbayern) und Regensburgs dramatisch geändert. Die Region kehrte praktisch ‚über Nacht‘ von ihrer Rolle als strukturschwaches Zonenrandgebiet in die Mitte Europas zurück.“ (Stadt Regensburg 2005, S.13)

Diese Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen löste in Verbindung mit den zuvor von der Stadt vertretenen Absichten erwartbare, in diesem Zusammenhang jedoch nicht beabsichtigte Reaktionen aus. Zunächst beschleunigte sich die bereits früher geäußerte Bereitschaft, kommunale Wohnungen an private Bauträger zu übergeben. Die wirtschaftliche Lage unterstützte die zuvor unterbliebenen Investitionen mit der Folge massiver Preiserhöhungen.<sup>90</sup> Allein zwischen 2011 und 2015 stiegen die Verkaufspreise für eine Modellwohnung von 100 qm in der gesamten Stadt von 2.857,98 € auf 4.140,38 € je qm. Die Preissteigerungen blieben weiterhin und mit extremeren Ausschlägen in der Altstadt auf einem kontinuierlich hohen Niveau.<sup>91</sup> Diese Dyna-

85 Sozialhilfeanteil nach SGBII bezogen auf die jeweilige Bevölkerung unter 65 Jahren. Quelle: Bertelsmann-Stiftung.

86 Ähnlich werden auch die Aktivitäten in Regensburg eingeschätzt. So fassen etwa Birlem u.a. die Erneuerungsmaßnahmen in der historischen Altstadt zusammen: „Die Sanierung der Altstadt war offensichtlich zu keiner Zeit eine der vorrangigen kommunalpolitischen Aufgaben. Höhere Priorität hatte stets die Sorge um die langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt.“ (Thorsten Birlem u.a. 1978, S.74).

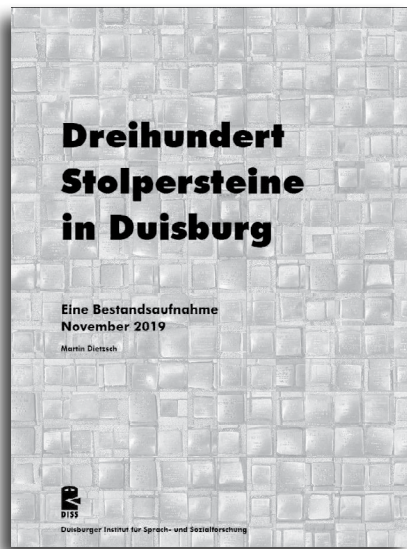
87 Vgl. hierzu etwa Thorsten Birlem u.a. 1978, S. 94 oder auch die Anmerkungen bei Richard Strobel (Hrsg.).

88 Ein Grund dürfte vor allem in der besonders starken Zunahme der Studierenden an der neuen Universität als Übergangsbewölkerung mit hoher Mobilität zu sehen sein. Gerade diese Gruppe ist in die preiswerteren Wohnungen eingezogen.

89 So unterstützte etwa das Stadtparlament zum Ende der siebziger Jahre den Verbleib von vier Fünftel der „heute hier wohnenden Bevölkerung“ sowie aller Personen, die gerne hier leben möchten. Vgl. hierzu Kurt Schindler (Hrsg.) 1979, S.20.

90 Vgl. dazu auch die einschlägigen die Angaben über die Bautätigkeit in der Stadt und der Altstadt, die die Statistischen Jahrbücher der Stadt Regensburg dokumentieren.

91 Quelle: [www.wohnungsboerse.net](http://www.wohnungsboerse.net), Zugriff am 12.12.2015 sowie am 21.2.2020. So wurde etwa im Februar 2020 eine Innenstadtwohnung für 8.100 € je qm angeboten.



Martin Dietzsch  
Dreihundert Stolpersteine in Duisburg  
Eine Bestandsaufnahme  
November 2019

Kostenlose Online-Broschüre, 338 Seiten,  
DIN-A4  
<http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/bucher-im-volltext/broschuere-ueber-die-duisburger-stolpersteine/>

Bis November 2019 wurden in Duisburg 300 Stolpersteine verlegt. Die Leserinnen und Leser finden hier erstmals eine ausführliche und vollständige Liste dieser Steine mit Verlegungsort, Fotos des jeweiligen Steines und dessen Umgebung, das Verlegungsdatum, sowie Kurztex-te zu den Biografien, die der Literatur und Zeitungsartikeln entnommen sind und Verweise auf weitere Quellen.

mik setzt sich auch für die Mieten schnell weiter durch. Während die Miethöhe 2011 noch unterhalb des Wertes für die Gesamtstadt lag, errechnete der Mietspiegel des Jahres 2014 bei einer Basismiete von 7,69 € mit unterschiedlichen Zu- und Abschlägen für einzelne Stadtviertel bereits einen Zuschlag von 8% für die Altstadt und aktuell, bei einem Betrag von durchschnittlich 9,81 € einen Zuschlag von 11%. Nach Angaben der Wohnungsbörse wurde unabhängig eine Nettomiete für die Innenstadt in Höhe von 13,08 € ermittelt.<sup>92</sup>

Entsprechend änderten sich ebenfalls die überkommenen sozialen Verhältnisse in der Altstadt, die sich innerhalb weniger Jahre zu einem Gebiet mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Stadt wandelte.<sup>93</sup> So hat der Stadtteil seine frühere Bedeutung als Aufnahme-raum einer ehemals ärmeren und randständigen Bevölkerung verloren. Er wandelte sich, wie es der bay-erische Minister Joachim Herrmann in einem Grußwort formuliert hat, mit seinem herausragenden Erscheinungsbild und einer einzigartigen Vielfalt an Nutzungen zu einem Aushängeschild europäischer Stadtkultur.

Anders als in der Stadt Regensburg, in der sich über Veränderungen ihrer externen Rahmenbedingungen die seit langem bestehende Verknüpfung von Problemlagen und unzureichendem baulichen Zustand in einem ihrer Quartiere aufgelöst hat, bleibt Mülheim in einer kontinuierlich schwierigen Lage auch weiterhin auf die begrenzte Praxis innerhalb ihres kommunalen Handlungsrahmens verwiesen. Sie hat dazu in einem Maßnahmenpaket eine frühere sozialpolitische Kon-

zeption weiterentwickelt, um Benachteiligungen im Bildungssystem, auf dem Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Die verschiedenen Projekte zielen in acht aufeinander bezogenen Handlungsfeldern darauf ab, einer „Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Teilbereichen unserer Stadt ... entgegenzuwirken“ und ganz im Sinne des gewünschten Soll-Zustandes Teilhabe für alle zuzulassen. (Stadt Mülheim 2018, S.9)

Die vorliegenden Daten lassen trotz dieser Zielsetzung hier allerdings eine Vertiefung ungleicher Lebensverhältnisse in der Stadtgesellschaft erkennen, die ohne deutlich geänderte Bedingungen jenseits der kommunalen Möglichkeiten kaum aufzulösen sind. So hat sich die Armut in einzelnen Vierteln erhöht und die Ungleichheit zwischen den städtischen Quartieren in den letzten Jahren vergrößert. Der Anteil der Einwohner, der auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen war, variierte 2011 je nach Stadtteil zwischen 3,3% und 23,9%. Die Differenz zwischen den Stadtteilen wuchs bis 2017 auf 3,1% gegenüber 30,2% an. Die sichtbare Zunahme einer Armutsbevölkerung in den schlechten Vierteln ist hier nicht nur darauf zurückzuführen, dass sich die Lage dieser Bevölkerungsgruppe selbst verschlechtert hat. Die Entwicklung wurde wohl auch durch die fast doppelt so hohe Zuwanderung in die alten, stärker verdichteten Industrieviertel gegenüber den aufgelockerten Quartieren mit höherem baulichem Standard noch befördert.<sup>94</sup>

Am Beispiel der beiden Städte wird das Dilemma ihrer eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten sichtbar. Sie stehen trotz ihrer Grenzen unter Handlungszwang und sind daher

92 Quelle: [www.regensburg.de/dienstleistungen/mietspiegel](http://www.regensburg.de/dienstleistungen/mietspiegel) sowie [www.wohnungsboerse.net](http://www.wohnungsboerse.net), Zugriff 9.2.22.

93 Dies geht bereits aus den Angaben der Einkommensverteilung in der Stadt hervor, die die Stadt Regensburg 2007 in ihrer Studie über die Haushalts- und Wohnungsstruktur 2005 dokumentiert hat. Die in dieser Studie dokumentierte Einkommensverteilung in der Stadt (S. 22) weist für die Innenstadt die höchste Einkommensgruppe aus.

94 Daten der Stadt Mülheim: [www.keck-atlas.de](http://www.keck-atlas.de). Letzter Aufruf 8.2.2022.



auf Voraussetzungen angewiesen, die sie selbst nicht beeinflussen können. Als Folge haben sich in beiden Orten kommunale, ursprünglich auf Ausgleich gerichteten Interventionen in unterschiedliche Richtungen verstärkt. In Regensburg konnten unter den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen neue wohlhabende Bewohner in die Altstadt einziehen. Zuvor hatte sich die Lage der hier lebenden Bevölkerung lange kaum geändert und der Stadt wurde nach einer 25-jährigen Tätigkeit bescheinigt, ihre Erneuerungsmaßnahmen hätten gerade erst die Startlöcher verlassen. (Arbeitsgemeinschaft 1981, S.94) In Mülheim/R. bleiben die ärmeren Bevölkerungsgruppen bis auf weiteres auf Quartiere mit einem schlechten Wohnstandard angewiesen. Beide Orte stehen so für ein Handlungsmuster, das auf die Wahl zwischen gentrifizierten Vierteln und Wohnungen mit einem „mitunter nachteilig wirkenden Charakter“ (Stadt Mülheim, Mietspiegel 2022) begrenzt ist.

## LITERATUR

- Arbeitsgemeinschaft Bamberg, Lübeck Regensburg (Hg.) 1981: Erfahrungen mit Stadterhaltung und Stadterneuerung in historischen Städten, Hamburg.
- Torsten Birlem, Eberhard v.Einem, Christian Kopetzki, Volker v. Tiedemann 1978: Analyse der Beauftragung/Nicht Beauftragung von Sanierungsträgern Teil 2, Berlin.
- Manuel Castells 1977: Die kapitalistische Stadt, Hamburg.
- Dorsch Consult/ingesta 1972: Regensburg - Wirtschafts- und Verkehrsuntersuchung, München.
- Alvin Gouldner, Reziprozität und Autonomie in der funktionalen Theorie 1967, in: Heinz Hartmann (Hg.): Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart.
- Stadt Mülheim (Hg.) 2002: Der Strukturwandel in Mülheim 1976-1998, Mülheim.
- Stadt Mülheim (Hg.) 2018: Teilhabe und Integration, Mülheim.

- Stadt Regensburg (Hg.) 1992: Bevölkerung in Regensburg, Regensburg.
- Stadt Regensburg (Hg.) 2005: 40 Jahre Städtebauförderung in Regensburg, Regensburg.
- Stadt Regensburg (Hg.) o.J.: Informationen zur Stadtentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Regensburg 1970 bis 1990, Regensburg.
- Richard Strobel (Hg.) 1978: Regensburg, Die Altstadt als Denkmal, München.
- Günter Schmolders 1965: Finanzpolitik Berlin.
- Kurt Schindler (Hg.) 1979: Grundsätze für den Sozialplan, Regensburg.

Dr. Peter Höhmann, Oberkirchenrat i.R., ist Mitglied im AK Kritische Gesellschaftstheorie im DISS.

# Als Soziologe in der Dortmunder Nordstadt

Von Dirk Dieluweit

Als ich beruflich bedingt für ein halbes Jahr ins Ruhrgebiet ziehen musste, benötigte ich kurzfristig eine günstige Wohnung in Dortmund. Da ich bisher nur den Wohnungsmarkt aus dem Rhein-Main-Gebiet kenne, war ich angenehm überrascht, als ich nach dem ersten Besichtigungstermin eine Wohnung in der Dortmund Nordstadt fand, die mir zusagte.

## DIE DORTMUNDER NORDSTADT IN DEN MEDIEN UND IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

Als ich einer Bekannten von der erfolgreichen Wohnungssuche berichtete, hörte ich sofort: „Ziehe

auf keinen Fall dort hin. Da gibt es nur Bruchbuden und abends kann man nicht mehr nach draußen.“ Ein anderer Bekannter berichtete mir, dass seine Eltern immer die Autotüren verriegeln würden, wenn sie an einer Ampel in der Nordstadt warten müssten. Erklärt wurde mir dies damit, dass in der Nordstadt Leute aus „Kulturkreisen“ leben, die nicht dazu bereit und auch nicht dazu in der Lage wären, sich der deutschen Kultur anzupassen. Solche Aussagen entsprechen kulturpessimistischen Gegenwartsdiagnosen, wie sie Sarrazin in seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ ausformulierte. Dazu passend wird die Nordstadt in rechten Publikationen und konservativen Medien als No-Go-Area beschrieben, in denen die Polizei Recht und Gesetz nicht mehr

gegen arabische Clans und afrikanische Drogenhändler durchsetzen kann. Ergänzt werden diese Berichte durch Reportagen über überbelegte Häuser, in denen bulgarische oder rumänische Arbeitsmigranten unter katastrophalen Verhältnissen leben. Diesen Diskursen ist gemein, dass sie soziale Probleme mit kulturellen Merkmalen von Afrikanern, Arabern oder Roma erklären.

Neben dieser kulturpessimistischen Perspektive fiel mir ein sozialromantischer Blick auf die Nordstadt auf. Hier wurde die Nordstadt als Gegenmodell zum kleinbürgerlichen Reihenhaus beschrieben. „Die Nordstadt ist mir lieber als die ganzen Spießler in einer Reihenhaussiedlung und hier ist es locker und kann man wenigstens ein bisschen laut sein“, so



einer meiner Arbeitskollegen. Zunächst widerspricht diese Aussage dem kulturpessimistischen Blick auf die Nordstadt. Allerdings beschreiben beide Diskurse, die Nordstadt als Gegenmodell zur bürgerlichen „Normalität“ und deuten soziale Phänomene als kulturelle Eigenarten der Protagonisten. Aus diesem Grund handelt es sich bei beiden Diskursen um zwei Seiten der gleichen Medaille.

### MEINE PERSÖNLICHEN EINDRÜCKE AUS DER DORTMUNDER NORDSTADT

Die Nordstadt dürfte eines der wenigen innerstädtischen Arbeiterviertel sein, die noch nicht gentrifiziert wurden. Obwohl ich Zeuge einiger irritierender Szenen wurde, die als typisch für die Nordstadt gelten dürften, habe ich gerne dort gewohnt und kann mir durchaus vorstellen, wieder dort hinzu-

ziehen. Wie ich bereits bei meiner Wohnungssuche feststellte, sind die Mieten und Immobilienpreise in der Nordstadt selbst für das Ruhrgebiet günstig. Deshalb ist es auch für Leute, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben dürften, möglich, dort eine Wohnung zu finden. Entsprechend hoch ist dann auch der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund oder geringem Einkommen. Wegen der niedrigen Immobilienpreise haben viele ehemalige Gastarbeiter Wohnungen oder Wohnhäuser in der Nordstadt erworben. Auch, dass es in der Nordstadt viele An- und Verkaufsläden gibt, ist ein Hinweis darauf, dass hier viele Leute mit geringem Einkommen wohnen.

Welche Situationen bekam ich mit, die als typisch für die Nordstadt gelten dürften? Einmal wartete ich an einer Fußgängerampel, als eine Prostituierte das Auto eines Freiers

verließ. Da die Ampel noch nicht gleich grün wurde, hörte ich, wie die Prostituierte den Freier wüst beschimpfte und ihm lautstark mitteilte, welche Dienstleistungen sie für das gebotene Honorar nicht erbringen würde. Suchtkranke und Drogendealer sind in der Nordstadt ebenfalls allgegenwärtig. So wurde ich an Straßenecken und in Grünanlagen ständig von Dealern angesprochen und sah öfters, wie sich Suchtkranke Heroin injizierten. Auch bekam ich regelmäßig mit, wie größere Gruppen von Bulgaren oder Rumänen vor heruntergekommenen Altbauten standen, Bier tranken und sich lautstark miteinander unterhielten. Möglicherweise sind diese Szenen für Anwohner, die vergleichbare Situationen jeden Tag mitbekommen, sehr unangenehm. Aber viele können nicht einfach mal so in eine andere Wohngegend ziehen.





Auch wenn ich Leute verstehen kann, die sich an den beschriebenen Missständen stören, ist die Nordstadt aus soziologischer Perspektive sehr interessant. Treten doch gerade in solchen Situationen die Widersprüche spätkapitalistischer Gesellschaften offen zu Tage. So ist das Exportmodell Deutschland auf osteuropäische Arbeitsmigranten angewiesen, die in fleischverarbeitenden Betrieben oder im Baugewerbe zu Niedriglöhnen arbeiten. Denn nur so ist es möglich, dass man in Deutschland trotz eines im internationalen Vergleich niedrigen Lohnniveaus regelmäßig Fleisch essen kann.

Bereits Bourdieu wies daraufhin, dass die irrationalen und willkürlichen Momente von Macht und Herrschaft verschleiert werden müssen, um wirksam zu sein. Vielleicht hilft dieser Gedankengang dabei zu verstehen, warum die Nordstadt so einen schlechten Ruf hat. Da hier Suchtkranke, Drogendealer und osteuropäische Arbeitsmigranten in prekärer Lage offen zu sehen sind, lassen sich hier die unschönen Seiten des Exportmodells Deutschland nicht mehr verbergen. Dies führt den Leuten offen vor Augen, zu welchen Folgekosten Deutschlands Wohlstand produziert wird. Allerdings beschreibe ich hier die Perspektive eines Akademikers aus der Mittelschicht, der in die Nordstadt gezogen ist, weil er kurzfristig eine günstige Wohnung benötigte. Leute, die sich in anderen Wohngebieten keine Wohnung leisten können, dürften ihr Umfeld in mancher Hinsicht eher als erniedrigend und demütigend empfinden. Schließlich bekommt man durch Suchtkranke und alkoholisierte Arbeitsmigranten täglich vorgeführt, welche soziale Position man selber und das eigene Wohnviertel haben.

Neben deutlich sichtbaren Problemen gibt es in der Nordstadt viele Kioske, Cafés und Geschäfte, in denen man orientalische oder asiatische Lebensmittel kaufen oder

günstig essen kann. So ist es sehr angenehm, wenn man auf dem Weg zur Arbeit, wählen kann, ob man sein Frühstück bei einer türkischen, arabischen oder deutschen Bäckerei kauft. Wer nach der Arbeit zu müde ist, um sich etwas zu kochen, kann in der Nordstadt zwischen zahlreichen Gerichten wählen, die es in anderen Städten so nicht zu kaufen gibt. Neben Imbissen aus Indien, dem arabischen Raum und Zentralasien gibt es in der Nordstadt auch einige traditionelle deutsche Speisegaststätten.

Wie bereits erwähnt, ist die Nordstadt für gegenkulturelle oder alternative Milieus recht attraktiv. Deshalb gibt es dort auch einige linke Kneipen und Veranstaltungsstätten. Frei- und Brachflächen, die in urbane Gärten umfunktioniert wurden, weisen ebenfalls daraufhin, dass sich Angehörige urbaner Milieus in der Nordstadt niedergelassen haben. Denn gerade Freiflächen, niedrige Mieten und renovierungsbedürftige Wohnungen bieten solchen Milieus Freiräume, in denen sie neue Lebensentwürfe und Wohnformen ausprobieren können.

Dazu passend wird die Nordstadt in Imagekampagnen, die auf Angehörige urbaner Milieus abzielen, als bunt, vielfältig und subversiv beschrieben. Hier scheint es tatsächlich so zu sein, dass Akteure, die bestimmte Stadtviertel gentrifizieren möchten, versuchen, alternative Milieus für ihr Vorhaben einzuspannen. Wie in ganz Dortmund gibt es in der Nordstadt zudem einige sehenswerte Parks und Grünflächen, in denen man spazieren gehen, Sport treiben oder sich ausruhen kann.

### **DISKURSE ÜBER DIE NORDSTADT ALS SYMBOLISCHE KÄMPFE**

Nach Bourdieu bilden Diskurse über die soziale Welt nicht die Realität ab, sondern sind ein Feld, in dem die Teilnehmer versuchen ihre Sicht auf die soziale Welt durchzusetzen.

So versuchen Akteure, die ihre soziale Position ererbtem Kapital zu verdanken haben, soziale Hierarchien zu erhalten und die Anstrengungen aufwärtsmobiler Gruppen zu delegitimieren. Dagegen stellen Akteure, die ihre Position dem im Bildungswesen erworbenen kulturellen Kapital zu verdanken haben, soziale Hierarchien in Frage. Für solche Akteure ist es dann naheliegend, die Privilegien etablierter Gruppen als unrechtmäßig erhaltene Pfründe deklarieren.

Mit diesem Ansatz lässt sich dann auch erklären, warum die Angehörigen traditioneller Milieus die Nordstadt als Angstraum beschreiben. Immerhin kann hier schnell der Eindruck entstehen, dass bürgerliche Werte nicht mehr gelten. Dagegen dürften junge Medienschaffende oder auch ich als Soziologe die Nordstadt für ein interessantes und lebendiges Viertel halten.

### **DIE NORDSTADT AUS HISTORISCHER PERSPEKTIVE**

In Medienberichten oder Alltagsdiskussionen soll am Beispiel der Nordstadt gezeigt werden, wohin eine zu liberale Justiz und Migrationspolitik führen. Doch wenn man sich die Geschichte der Nordstadt anschaut, wird man sehen, dass dort von Anfang an Bevölkerungsgruppen wohnten, die als „gefährlich“ galten. Als die Eisenbahn und die ersten Industrieanlagen gebaut wurden, siedelten sich in der heutigen Nordstadt, die unmittelbar neben der (ehemaligen) Westfalenhütte lag, Arbeitsmigranten aus den damaligen Ostgebieten an. Um die katastrophalen Wohn- und Lebensbedingungen zu verbessern und die Bewohner der Nordstadt besser kontrollieren zu können, begann man ab 1858 damit, die Nordstadt gemäß den Ideen Hausmanns umzubauen. So wurden in der Nordstadt gradlinige Straßen und öffentliche Plätze mit Denkmälern errichtet. Aus demselben Grund wurde in der Nähe



der Nordstadt eine Polizeikaserne errichtet, die später auch von der Gestapo genutzt wurde. Dadurch wurde meiner Meinung nach auf erschreckende Art und Weise deutlich, welchen Status die Bewohner dieses Viertel seit jeher hatten.

Während der „Goldgräberstimung“ in der Gründerzeit errichteten Handwerker und Bürger dann Wohnhäuser, die Spekulationsobjekte und Geldanlagen sein sollten. Diese Altbaubestände prägen das Stadtbild der Nordstadt bis heute.

### DIE NORDSTADT ALS URBANER RAUM

Als ich diesen Text verfasste, musste ich darüber nachdenken, welche

Eindrücke und Einsichten ich dort gewonnen habe.

In der Nordstadt begegnet man täglich Leuten, die anders leben und anders sozialisiert wurden als man selber. Zunächst ist es durchaus irritierend, wenn die eigenen Handlungsroutrinen und Deutungsmuster nicht mehr als selbstverständlich gelten. Auf der anderen Seite kann dies aber auch sehr lehrreich sein. Lernt man doch so, dass das, was zunächst irrational und widersinnig erscheint, in prekären Lebenssituationen durchaus sinnvoll sein kann.

Georg Simmel beschrieb in dem Aufsatz „Die Großstädte und das Geistesleben“ Großstädter als blasiert und distanziert. Nach Simmel begegnet man in Großstädten stän-

dig Fremden, wodurch die eigenen Gewissheiten in Frage gestellt werden. Um davon nicht überwältigt zu werden, sind Großstädter dazu gezwungen, ihre Umgebung aus einer nüchternen und distanzierten Perspektive zu betrachten. Dieser Blick kann dabei helfen, rationale Lösungen für soziale Probleme zu entwickeln. In der Dortmunder Nordstadt ist man dazu gezwungen, diese Haltung anzunehmen. Schließlich gibt es nicht viele Orte, an denen die Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften so offen zu Tage treten wie dort.

Dirk Dieluwit ist Soziologe und schrieb im DISS-Journal #38 über neurechtes Architekturverständnis.

## Nudging

### DIE POLITISCHE DIMENSION PSYCHOTECHNOLOGISCHER ASSISTENZ

Von Guido Arnold

*Neue Technologien nehmen einen wachsenden Einfluss auf die Formierung von Subjekten. Vielfach werden insbesondere die hohe Transformationsgeschwindigkeit einer disruptiven Entwicklung sowie die systematische Vereinnahmung der Aufmerksamkeit als problematisch für eine ‚demokratische Subjektivierung‘ angesehen. Tatsächlich stellen KI-gestützte Psychotechnologien perspektivisch die Grundlage für politisches Handeln, nämlich die politische Willensbildung in Frage. Ein Plädoyer gegen das ‚nudging‘.*

#### AUTONOMIE UND DIE ‚ILLUSION DES FREIEN WILLENS‘

Es ist eine immer wiederkehrende Diskussion unterschiedlicher Schu-

len mit unterschiedlichen Begriffsbildungen: Gibt es so etwas wie einen „freien Willen“ oder ist diese Form der individuellen Autonomie eine Illusion? Diese Frage ist von unmittelbarer Relevanz für unser Autonomieverständnis in Bezug auf automatisierte Empfehlungs- und Entscheidungssysteme, um die es diesem Artikel eigentlich geht. Dem Philosophen Gaspard Koenig ist mit „Das Ende des Individuums“ eine gute interdisziplinäre Zusammenstellung aktueller Forschung zur Frage der Willensfreiheit gelungen<sup>95</sup>.

Eine Vielzahl kognitiver Verzerrungen und Reflexe prägen die Arbeit unserer neuronalen Verknüpfungen im Hirn, sodass niemand mehr in der Kognitionsforschung von einer unbeeinflusst rationalen Entscheidung im Sinne eines ‚freien Willens‘

spricht. Der Umkehrschluss, dass damit jegliche eigenständige Rationalität in unseren Entscheidungsprozessen über Bord zu werfen sei, erweist sich jedoch als ebenso falsch, wie der Versuch, den freien Willen (im Sinne eines einzelnen Aktes) aufrechtzuerhalten. Es scheint die Position eines ‚Kompatibilismus‘ Sinn zu ergeben, in der die Willensfreiheit keinen Widerspruch mehr zum biochemischen Determinismus auf der Mikroebene darstellt.

Der Psychologe Daniel Kahneman, der 2002 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, beschreibt den menschlichen kognitiven Prozess wie folgt:<sup>96</sup> Ein *System 1* – wie er es nennt – ist verantwortlich für *schnelles Denken* und produziert viele Annahmen und Gedankenfragmente, die von einem *System*

95 Gaspard Koenig, *Das Ende des Individuums*, Galini Berlin 2021. Seine politischen Folgerungen aus der akribischen Zusammenstellung von über 100 Interviews mit führenden Wissenschaftlerinnen teile ich hingegen nicht vollumfänglich.

96 Kahneman, *Schnelles Denken, langsames Denken*, Siedler, 2012



2 (*deutlich langsamer*) mehrheitlich verworfen werden. In diesem zweiten Entscheidungs- und Korrektursystem könnte mensch so etwas wie eine ‚Rationalität‘ eines Willensaktes verorten. Wegen der Langsamkeit von System 2 werden aber auch oft ‚spontane‘ Vorschläge von System 1 durchgewunken.

Ob ich beim Anblick einer in den Rhein gestürzten Person helfend hinterher springe, ist kein unbeeinflusst ‚freier‘ Willensakt, sondern neuronal vorgeprägt durch meine bisherigen ins Unterbewusstsein verfrachteten Reflexionen und kontextbezogenen Emotionen. Darüber ist diese vermeintliche Ad-hoc-Entscheidung zwar nicht vollständig determiniert, jedoch weniger ad-hoc. Die Entscheidung für oder gegen den Sprung in die tückische und mitunter tödliche Strömung kann als eine Überlagerung vieler in der Vergangenheit getroffener Einzelentscheidungen entfaltet werden. Nur unter der neurowissenschaftlich nicht haltbaren Annahme eines statischen

neuronalen Geflechts in unseren Hirnen wäre es gerechtfertigt, von einem vollständigen biochemischen Determinismus zu sprechen. Letzterer widerspräche jeder reflexiven Autonomie.

Die Neurowissenschaften sehen jedoch explizit, dass Emotionen, Erfahrung und gedankliche Wiederholung im Rahmen eines Lernprozesses Nervenbahnen umformen<sup>97</sup>. Entscheidungen sind ansatzweise auf ‚neuronalen Karten‘ nachvollziehbar bevor sich diese überhaupt (bewusst) ausgedrückt haben. Aber der Prozess, der zu diesen Entscheidungen führt, ist sehr wohl beeinflusst von einer aktiven Willensfreiheit und Persönlichkeitsbildung. Dies ist nicht mehr kompatibel mit einer überkommenen, mechanistischen Sicht auf festgeschriebene biomechanischen Abläufe im Hirn. Die modernen Neurowissenschaften sehen vielmehr Entscheidungsneuronen, die in Rückkopplungsprozessen gehemmt oder aktiviert werden und

willentliche Reflexion abbilden können<sup>98</sup>.

Die Autonomie eines willentlichen, gedanklichen Prozesses schreibt sich ein in (veränderliche!) neuronale Verknüpfungen - nicht als ein erratischer bzw. quasi-zufälliger „freier Wille“ einer Einzelentscheidung. Der Erfahrungshorizont der vielen vergangenen Abwägungsprozesse prägt vielmehr die neuronalen Verknüpfungen aus - vorbereitend und vorbestimmend für zukünftige Entscheidungsprozesse. Gemäß *Daniel Dennett* hat die Willensfreiheit „ihren Ort nicht in der finalen Entscheidung, sondern in den vorhergehenden Entscheidungen, die die Überlegung beeinflussen“. Er sieht die Willensfreiheit in einer Art reflektierter Intention - in Abhängigkeit von Wünschen, Glauben und Bedürfnissen. Die finale Entscheidung ist (im Nachhinein) immer vorhersehbar gewesen, nämlich intentional motiviert. Wenn ich mich letztendlich entscheide, trage ich immer meine gesamte Geschichte mit mir. Ich bilde selbst meine kognitiven Verzerrungen mit aus.

Wir halten fest: Der freie Wille, der als willkürlicher Akt mit der Biochemie bricht, ist als obsolet zu begreifen. Genauso wie ein biochemischer Fatalismus, der keinen Platz mehr für eine autonome Willens- und Persönlichkeitsbildung lässt.

Falsch ist damit aber auch die Vorstellung einer a priori Freiheit des Individuums von Geburt an. Die Willensfreiheit und eine daraus ableitbare rationale Verantwortlichkeit müssen reflexiv erarbeitet werden. Erst die Ausübung der Willensfreiheit strukturiert die Persönlichkeit des Individuums. Für deren Konstituierung zählt weniger das Resultat

97 Sheng Li, Stephen D Mayhew, Zoe Kourtzi, *Learning Shapes the Representation of Behavioral Choice in the Human Brain*. In: *Neuron*, Volume 62, No. 3, 2009

98 Matthias Schultze-Kraft, *The Point of No Return in Vetoing Selfinitiated Movements*. In: *Proceedings in the National Academy of Sciences*, Vol. 113, No 4, 2016



der Entscheidung als der gedankliche Prozess.

Diese Vorüberlegungen sollen helfen, die gesellschaftliche Wirkungsweise von automatisierten Empfehlungs- und Entscheidungssystemen zu analysieren.

## KEINE WAHL MEHR TREFFEN MÜSSEN

In der allgemeinen Debatte um künstliche Intelligenz, die in den meisten dieser Assistenzsysteme zur Anwendung kommt, wird vielfach über die sogenannte Singularität fantasiert. Das ist der Zeitpunkt, ab dem eine (starke=universelle) KI dem Menschen überlegen sein wird. Darüber wird der Blick – teils mit Bedacht – vom eigentlichen Problem der jetzt schon existierenden (schwachen=hochspezialisierten) KI gelenkt: *die Willensfreiheit zu unterminieren*.

Die Einschränkung der Willensfreiheit geschieht dabei vornehmlich nicht über repressiv-autoritäre Methoden<sup>99</sup>. Daher ließe sich treffender formulieren, dass die individuelle Wahlfreiheit unter den künstlich intelligenten Empfehlungs- und Entscheidungssystemen überflüssig gemacht wird. Diese Systeme verbieten nicht, sie sind uns zu Diensten, also nützlich, machen Vorschläge, bestärken, motivieren. Beduselt von der Bequemlichkeit und Effektivität bahnen ihre Nutzerinnen der entmündigenden Assistenz den Weg.

Einige Psychologinnen, Neurowissenschaftlerinnen und Technokratinnen sehen in künstlich intelligenten Empfehlungs- und Entscheidungssystemen das potentere, weil schnellere und umfassendere informierte Korrektur-System 2 im Kahnemanschen Sinne. Sie argumentieren, dass der Mensch nach

Abbau seiner Vorbehalte gegenüber der künstlichen Intelligenz zumindest solche Auswahl-Entscheidungen, die ihn im Alltag eher belasten, ebenso gut an eine gut trainierte digitale Assistenz delegieren könnte. Hierbei handelt es sich um ein politisches Projekt und keineswegs um einen Pragmatismus im Umgang mit den gesellschaftlichen Folgen neuer Technologien.

Wie nimmt uns KI-gestützte Assistenz Entscheidungen ab? Oder anders formuliert: Über welche Methoden lässt sich das Individuum lenken, ohne eine explizite Bevormundung zu verspüren?

## KÜNSTLICH INTELLIGENTES NUDGING

Mit dem Verweis auf eine zunehmende Komplexität der Einflüsse auf das Individuum führte *Richard Thaler* (Nobelpreis der Wirtschaftswissenschaft 2017) den Begriff des „libertären Paternalismus“ ein. Dieser greift zurück auf viel ältere Vorstellungen des Behaviorismus. In Abwendung vom *Homo oeconomicus*, der zur Optimierung des eigenen Nutzens eigenständig rational handelt, wird das Individuum verhaltensökonomisch in eine bestimmte Richtung gestupst (englisch: *nudge*<sup>100</sup>). Dieser Stupser geschieht in der Regel unter Beibehaltung der Wahlfreiheit, allerdings insofern unbemerkt und intransparent, als dass die Angestupste nicht weiß, nach welchen Prinzipien sie ‚überzeugt‘ wird. Man verändert also die Wahrscheinlichkeitsverteilung dieser weiterhin verfügbaren Wahlmöglichkeiten.

Die Festlegung einer Reihenfolge mehrerer Auswahlmöglichkeiten im *multiple-choice*-Verfahren ist z.B. ein sehr simpler und wenig subtiler *nudge*. Obwohl mir keine der Optionen vorenthalten wird, ist die

Wahrscheinlichkeit, dass ich eine der zuerst aufgeführten Auswahlmöglichkeiten in einer langen Liste wählen werde, größer. Google nutzt dieses gleichermaßen einfache wie effektive *nudging*, um bei der Anzeige der Ergebnisse einer Suchanfrage die vorderen Plätze gewinnbringend an Werbetreibende zu verkaufen. Weniger banal ist diese Form der lenkenden Priorisierung von Suchergebnissen wenn es um politische Inhalte in einem kontroversen Themengebiet, z.B. einem ‚(Des-)Informationskrieg‘ geht.

Bei zunehmend sprachgesteuerter Assistenz verschärft sich die effektive Reduktion der Ergebnisauswahl drastisch: Niemand lässt sich z.B. vom *Amazon Echo* eine lange Ergebnisliste vortragen. Hier kommt in der Regel allein der erste Listeneintrag als ‚Antwort‘ zum Tragen.

Komplexere *nudges* werden beispielsweise von Psychologinnen des sozialen Netzwerks facebook konstruiert. Hier werden algorithmische Anreizsysteme (z.B. unmittelbare Reaktion auf ein zuvor versandte Nachricht) auf einen messbar erhöhten Dopaminausstoß ausgerichtet, um die Verweildauer der Nutzerin auf der Plattform zu maximieren. Die Kenntnis der Belohnungszentren im Hirn ermöglicht eine zielgerichtete emotionale ‚Programmierung‘: Belohnung (*likes*), Wettstreit (Zahl der *follower*), aber auch Konflikte erzeugen gezielt Abhängigkeit, um im Sinne des Geschäftsmodells der Sozialen Netzwerke mehr Aktivität und damit mehr extrahierbare Daten zu generieren. Permanenter informationeller Kitzel mit einer Überbetonung hinsichtlich Verbreitungsgeschwindigkeit und Reichweite von Hass, Lüge und empörungsträchtigen Inhalten soll dezidiert süchtig machen – keine Unterstellung, sondern im Fall von

<sup>99</sup> Auch diese Variante gibt es in Form einer *autoritären Paternalismus*, den wir nicht allein in den Soziale-Punktesysteme Chinas, sondern auch in diversen Zukunftsmodellen der Forschungsabteilung Google X wiederfinden.

<sup>100</sup> Cass Sunstein, Richard Thaler, *Nudge – Wie man kluge Entscheidungen anstößt*, Econ, 2009





facebook nachgewiesene Konzeption des sozialen Netzwerks<sup>101</sup>. Die Plattform in Gänze muss als „*behavior modification system*“ (Jaron Lanier) bezeichnet werden – ein vielschichtiger nudge zur Preisgabe intimer Daten.

Die politischen Konsequenzen dieses alltäglich milliardenfach angestupsten social-media-nudges gehen weit über Probleme des Datenschutzes hinaus: Wie sieht die Entwicklung einer Gesellschaft aus, deren dominant genutzte Kommunikationsplattformen zu regressivem Nutzerverhalten (emotionale Polarisierung zwischen Zustimmung und Beleidigung) anregen und den Zerfall in voneinander getrennte, parallele Informationswelten durch Blasenbildung begünstigen? Warum hofiert eine Gesellschaft Kommunikationsmedien, über die sich Desinformation bevorzugt verbreitet, um sie dann unter Legitimation einer Zensur wieder herauszufiltern?<sup>102</sup> Dies sind soziotechnische und keine technischen Fragen – der nudge ist immanent politisch.

Nudging ist (bio-)politisch von großer Bedeutung, da sich individuelles Verhalten auch im Sinne eines ‚Nutzens‘ für die Gesamtheit automatisiert beeinflussen lässt: Navigationssysteme schlagen nicht unbedingt die für die *einzelne* Nutzerin schnellste bzw. kürzeste Fahrtroute vor, sondern liefern insbesondere in Stausituationen eine Umgehung,

die den Verkehrsfluss *in Gesamtheit* auf dieser Strecke optimiert. Hier werden informationelle Rückkopplungen der Verhaltenslenkung mit eingeplant: Der Verkehrsabfluss durch diejenigen, die vom Navi eine Umfahrungsempfehlung erhalten haben, überlastet schnell die Umgehungsstraßen. Die Konzeption einer ‚intelligenten Stadt‘ neuester *smart city*-Projekte sieht vor, sämtliche Aktivitäten im urbanen Raum (nicht nur den Verkehr) als Ströme zu interpretieren, die sich durch eine personalisierte digitale Assistenz, das „Gehirn der Stadt“ optimieren lassen.<sup>103</sup>

Die persönliche Empfehlung der digitalen Assistentin ist eine individualisierte aber keineswegs isolierte Empfehlung, sondern ein Kompromiss, der sich utilitaristisch am *größten ‚Nutzen‘ für die größte Anzahl der Nutzerinnen* orientiert. Bentham hatte mit der Begründung des Utilitarismus<sup>104</sup> bereits eine biopolitische Sichtweise formuliert: Die Verhaltensbewertung und -lenkung des Individuums durch die Wechselwirkung mit der Gesamtheit einer umgebenden Gruppe.

### PSYCHOTECHNOLOGIEN – EFFIZIENTE ERWEITERUNG IM BIOPOLITISCHEN LABOR

In Erweiterung von Foucaults Biomacht und mit dem Rückgriff auf

Konzepte der Gouvernamentalität lässt sich ein ‚neuer‘ Machttyp, die *Psychomacht*<sup>105</sup> beschreiben. Eine Macht welche spezifisch über die *Seele* bzw. die Psyche ausgeübt wird. Diese „datengetriebene Machttechnik“ *verführt*, indem sie mit positiven Anreizen operiert: „Die neoliberale Psychopolitik ist eine smarte Politik, die zu gefallen, zu erfüllen sucht, statt zu unterdrücken“<sup>106</sup>. Sie bemächtigt sich der Emotion auf einer ‚präreflexiven Ebene‘ und beeinflusst dadurch Verhalten und Handeln der Individuen<sup>107</sup>. Ein solcher prospektiver Eingriff in die Psyche kann als Unterwanderung der Willensfreiheit interpretiert werden.

*Affekttechnologien* ermöglichen (wie bereits am Beispiel facebook beschrieben) einen *unbemerkten* Zugriff gezielt auf emotionale und unbewusste Regungen des Individuums. Dies eröffnet vielfältige Möglichkeiten der Verhaltens- und Gedankenmodifikation auf der Ebene des schnellen *System 1*, die sich häufig der Rationalität des langsamen *System 2* entziehen.

Eine automatisierte audio-visuelle *Emotionserkennung*<sup>108</sup> (auf wissenschaftlich höchst zweifelhafter Basis) zielt auf unterbewusste Merkmale in Stimme und Gesichtsmimik und wird nicht nur bei interaktiver Werbung eingesetzt, sondern auch zur Detektierung ‚auffälligen Verhaltens‘ in sicherheitsrelevanten Bereichen. Zur Vermessung von Zu-

101 Frances Haugen *Facebookfiles*, Wall Street Journal, 20.10.2021, <https://www.wsj.com/articles/the-facebook-files-11631713039> – gute Auswertung in der Artikelserie der Süddeutschen Zeitung: [https://www.sueddeutsche.de/thema/Facebook\\_Files](https://www.sueddeutsche.de/thema/Facebook_Files)

102 Es ist kommunikationstheoretisch ein ernsthaftes Problem, dass viele Plattformen als Verstärker mit nahezu unbegrenzter Reichweite konzipiert sind, der algorithmisch dafür sorgt, dass sich „mit Wut und Hass gespickte Lügen in den sozialen Medien schneller und weiter als Fakten“ verbreiten, so die Friedensnobelpreisträgerin und Journalistin Maria Ressa. Die Whistleblowerin Frances Haugen schlägt vor, künstliche ‚Reibung‘ als Begrenzung einzufügen: Freunde und Freunde von Freunden könnten dann Beiträge einfach wie bisher per Klick weiterverbreiten. Alle weiter entfernten Personen müssten jedoch den Beitrag erst kopieren und einfügen. Alternativ könnte eine kurze Wartezeit eingebaut werden, um Menschen dazu zu bringen, den Artikel erst zu lesen, bevor sie ihn teilen. Bis zu 35 Prozent der Inhalte, die Menschen auf Facebook sehen, sind sogenannte re-shares, also geteilte Inhalte.

103 Das Projekt *City Brain* des chinesischen Software-Konzerns *Alibaba* ist derzeit der umfassendste Ansatz.

104 Jeremy Bentham, *Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, 1789

105 Bernard Stiegler, *Von der Biopolitik zur Psychomacht – Die Logik der Sorge I.2*, Suhrkamp, 2009

106 Byung Chul Han, *Psychopolitik – Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*, S.Fischer, 2014, S.51

107 Ebda, S. 67

108 sogenannte *mood-tracker*



gewandtheit und Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen in Callcentern bieten Firmen wie z.B. *audeering* eine automatisierte Stimmanalyse an. Das Projekt *iBorderCtrl* der EU gibt vor, aus den für Menschen unkontrollierbaren Mikroexpressionen der Gesichtsmimik während einer automatisierten Befragung beim Grenzübertritt etwaige Täuschungsabsichten von Migrantinnen erkennen zu können.<sup>109</sup>

Die Beispiele illustrieren, wie eine algorithmische Vermessung der Psyche in Erweiterung der klassischen biopolitischen Verhaltensanalyse eingreift in die Beziehung des Einzelnen zu privatwirtschaftlichen Akteuren, aber auch zu staatlichen Institutionen wie Sicherheits-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Auf der Grundlage von selbstlernender KI werden die ‚gemessenen‘ psychischen Merkmale über das *people-like-you* Prinzip persönlichen Eigenschaften, Risiken oder Effizienzpotenzialen zugeschrieben. Und zwar ohne tatsächliche Kenntnis eines kausalen Zusammenhangs. Damit wird psycho- / bio-politisch Bevölkerung verwaltet und automatisiert ungleich behandelt.<sup>110</sup>

Byung Chul Han sieht in der Psychopolitik eine „Herrschaftstechnik, die vermittelt psychologischer Programmierung und Steuerung das herrschende System stabilisiert und fortführt“.<sup>111</sup> Es bildet sich ein Herrschaftsverhältnis im Sinne einer psychopolitischen *Optimierung* aus – zwischen denen, die einen nudge konzipieren (staatliche Institutionen sowie Technokratinnen unzähliger start-ups und etablierter Techkonzerne) und den Adressaten des nudges. Wir erleben damit eine

Neuaufgabe des Behaviorismus in einer neuen und äußerst wirkmächtigen Gestalt.

### PROGRESSIVE WENDUNG MÖGLICH?

KönntendieOptimierungsparameter eines ‚progressiven nudges‘ nicht so gewählt werden, dass sich eine digitale Assistenz an einer fortschrittlichen ‚Parametrisierung von Gemeinwohl‘ orientiert? Der ‚Nutzen‘ sich also als gemeinschaftliches Wohlergehen bzw. Glück definierten ließe? Könnte der Rechtsaußen des Silicon Valley Peter Thiel zumindest theoretisch Recht haben mit seiner ‚Befürchtung‘, die KI sei tendenziell kommunistisch?

Die Antwort muss eindeutig nein lauten. Die Künstliche Intelligenz steigert nicht das Gemeinwohl eines komplexen sozialen Gefüges. Denn die KI hat kein Verständnis von der uns umgebenden Welt, sie ist schlicht begriffslos bezüglich der *Bedeutung* eines Gemeinsinns. Sie hat keine Idee davon, was das *Wesen* einer Gemeinschaft sein könnte. Egal wie viele Parameter ihre Optimierungsfunktion aufweist, egal wie gut und umfangreich die ihr zur Verfügung gestellten Trainingsdaten auch sein mögen. Die KI befördert vielmehr den Zerfall der Öffentlichkeit.<sup>112</sup> Insbesondere die ihr immanente *Nichtnachvollziehbarkeit der Ergebnisse* für den Menschen und die in ihrer Funktionsweise begründeten programmatischen Ungleichbehandlung unterminieren eine politische Öffentlichkeit. Zusätzlich(!) müssen wir konstatieren, dass es eher Technokraten sind, die den *input* für der KI (Optimierungsvorgaben und Trainingsdaten) designen.

Das zuletzt genannte Argument allein ist jedoch tückisch: Eine Reduktion des Problems auf die *Anwendung* der Technologie unterschätzt die Tragweite und unterschlägt die Dynamik der technologischen Innovation als (Herrschafts- und Subjektivierungs-) Prozess. Darunter leidet derzeit ein Regulierungsversuch der EU unter dem Namen *Artificial Intelligence Act* (AIA)<sup>113</sup> mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für eine „vertrauensvolle KI“ zu schaffen. Laut Gesetzentwurf richtet sich die Notwendigkeit zur Regulierung einer KI-Software daran, ob dieser ein „nicht akzeptables“ oder ein „hohes Risiko“ zugeschrieben wird. Biometrische Identifizierung per KI fällt in die letztgenannte Kategorie und ist weiterhin erlaubt. Die Betreiber müssen lediglich eine hohe Datenqualität und ein Risikomanagement nachweisen, haben Transparenzpflichten gegenüber Nutzenden und müssen eine technische Dokumentation vorlegen.

Soziale-Kredit-Systeme (wie wir sie aus China kennen) gelten vorgeblich als „nicht akzeptabel“ und sollen verboten werden. Dies darf in dieser Konsequenz bezweifelt werden, denn in einzelnen Branchen, wie dem Versicherungswesen sind sie modular bereits seit über drei Jahren im Einsatz – ohne Beanstandung. Die oben diskutierte Emotionserkennung gilt als Anwendungsgebiet mit „begrenztem Risiko“. Hier müssen die Nutzerinnen lediglich darauf hingewiesen werden, dass solche automatisierten Systeme zur Anwendung kommen. Es ist davon auszugehen dass der Regulierungsversuch ins Leere laufen wird, da die zu kontrollierenden Unternehmen selbst die Abschätzung der gesellschaftlichen Folgen vornehmen sollen und die

109 <https://netzpolitik.org/2021/emotionale-ki-berechnete-gefuehle/>

110 Guido Arnold, *Solutionistisches Bevölkerungsmangement - Programmatische Ungleichbehandlung durch BigData und Künstliche Intelligenz*, zeitschrift kulturrevolution #81

111 Ebda, S.104

112 Zyenep Tufekci, *Engineering the public – big data, surveillance and computational politics*, 2014, <http://doi.org/10.5210/fm.v19i7.4901>

113 [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/commission-white-paper-artificial-intelligence-feb2020\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/commission-white-paper-artificial-intelligence-feb2020_en.pdf)

EU großes Interesse bekundet, die Entwicklung von KI-Systemen mit dem AIA nicht behindern zu wollen. Was bleibt ist eine Art EU-Gütesiegel, von dem sich die EU einen Wettbewerbsvorteil erhofft – im geradezu erdrückenden Konkurrenzkampf mit den deutlich investitionsstärkeren USA und China.

Zurück zur Willensfreiheit und der darauf basierenden politischen Willensbildung. Es ist eine irri- ge Annahme, die künstlich intelligente Assistenz könne uns doch wenigstens die *kleinen* Entscheidungen abnehmen, während wir das ‚Wesentliche‘ (völlig unbeeindruckt) weiter selbst entscheiden. Es sind die vielen Erwägungen bereits vollzogener Entscheidungsprozesse, die eine Verschränkung mit aktuell zu entscheidenden Fragestellungen bilden. Dieser Erfahrungsschatz fehlt auch als neurologischer Hintergrund und ist insofern als Lücke ‚mitentscheidend‘.

In der Konsequenz verengt und reduziert die automatisierte Assistenz unsere Willensfreiheit – und das nicht allein über eine konkrete *Entfähigkeit* in den Bereichen, denen wir uns ‚dank‘ digitaler Assistenz nicht mehr widmen (müssen).<sup>114</sup> Es findet überdies eine Gewöhnung an einen *psychotechnologischen Paternalismus* statt. Der Sog der *Nützlichkeit* einer omnipräsenten digitalen Assistenz wirkt einer selbstbewussten Eigenständigkeit entgegen. Der Preis für die bequeme Bevormundung ist deutlich höher als trivialer Weise anzunehmen. Dem Nudging-Verwöhnten werden über die Einschränkung der Willensfreiheit viel weitergehende Fähigkeiten abtrainiert, die Hannah Arendt als konstitutiv für politisches Handeln nennt: Die Fähigkeit zu reflektieren und aktiv im Sinne eines Gemein-

wohls zu partizipieren, um darüber neue Formen des Gemeinnsinns zu imaginieren. Antoinette Rouvroy sieht in einer algorithmischen Gou- vernementalität gar den Tod der Politik<sup>115</sup>.

Wie also umgehen mit der Übergriffigkeit einer die Willensbildung beschneidenden und damit entpoli- tisierenden KI im Rahmen von auto- matisierter Assistenz?

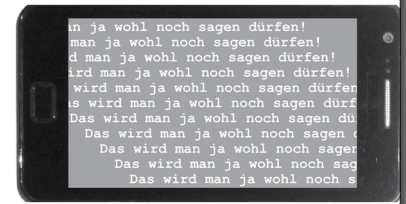
### BOOSTING STATT NUDGING

Zur Bewahrung einer größtmög- lichen Autonomie gilt es, sich der Logik der KI zu widersetzen und im utilitaristischen Sinne *nutzlos* zu sein. Der digitalen Assistenz, kei- ne (verwertbaren) Daten zu liefern, könnte *eine* mögliche Übersetzung dessen auf praktischer Ebene sein. Wir können nach Methoden des experimentellen Hackings digitaler Assistenten suchen und unsere Nut- zung dieser Dienste in größtmög- lichem Umfang verweigern. Nudging sollte deutlicher als Wiedergänger des längst überwunden geglaubten, negativ konnotierten Behavioris- mus *geoutet* werden. Wie lassen sich Entwicklerinnen (wie Frances Hau- gen) animieren, ihr Wissen über die intransparenten Algorithmen als Whistleblowerinnen zu veröffent- lichen? Erst in einem diskursiv zu erzeugenden Klima der gesellschaftlichen Ächtung könnte sich die Ver- haltenspsychologie plakativ vom automatisierten *nudging* verabschie- den und ihren parallelen Zweig, das *boosting* (engl.: verstärken) in den Vordergrund stellen. Was ist ein *boost*?<sup>116</sup>

Dazu ein Beispiel: 1995 gab das UK Committee on Safety of Medicines eine Warnung zur empfängnisver- hütenden Pille der dritten Genera-

### Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien

Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen



Paul Bey  
Benno Nothardt (Hg.)



Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)  
Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien  
Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News  
und Algorithmen

ISBN 978-3-89771-773-2  
Unrast-Verlag, 2019  
Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor\*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

»... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte rand

114 Die Verbreitung von Navigationssystemen geht wie zu erwarten einher mit einer drastischen Orientierungsschwäche wenn diese Assistenten gerade nicht zur Verfügung stehen.

115 <https://www.greeneuropeanjournal.eu/algorithmic-governmentality-and-the-death-of-politics/>

116 <https://www.verbraucherforschung.nrw/sites/default/files/2019-12/bzv10-02-Herzog-Hertwig-Kompetenzen-mit-Boosts-staerken.pdf>



tion heraus. Die Warnung war, dass die Pille der dritten im Vergleich zur zweiten Generation das Risiko für eine potenziell lebensgefährliche Thrombose *verdoppelt*. Diese Information löste eine massive Abkehr von der Pille aus und führte zu geschätzt 13.000 zusätzlichen Abtreibungen im darauffolgenden Jahr in England und Wales. Die Information des Committees war zwar korrekt: Nunmehr *zwei statt zuvor eine Frau von 7000* erkrankten im statistischen Mittel an Thrombose. Wäre jedoch zusätzlich das absolute Erkrankungsrisiko kommuniziert worden, wären vermutlich einige Frauen zu einer anderen Risikoabschätzung gekommen.

Der *boost* des Gesundheitsministeriums bestand nun in einer einfachen diskursiven Intervention, nämlich in der öffentlichkeitswirksamen Verbreitung des simplen ‚Tipps‘: ‚Immer wenn von einem *relativen* Risiko ge-

sprochen wird, frage zusätzlich nach den *absoluten* Zahlen‘ – und treffe erst dann *deine* Risikoabschätzung.

Zum Vergleich: *Nudging* unterläuft die Autonomie und zielt auf das unmittelbare Verhalten ab, nutzt (heimlich) kognitive Defizite des Menschen und geht davon aus, dass dessen kognitive Verfasstheit also auch dessen Entscheidungskompetenz grundsätzlich nicht veränderbar sind. Das *boosting* hingegen fördert Kompetenzen durch Änderungen von Fertigkeiten oder der externen Rahmenbedingungen. Boosts gehen damit explizit von der Veränderbarkeit der kognitiven Architektur aus. Boosts sollen nicht das Verhalten eines Individuums in eine bestimmte Richtung lenken, sondern sollen helfen, Entscheidungen im Einklang mit den *eigenen* Überzeugungen zu treffen. Boosts setzen auf die Einwilligung und Kooperation des Individuums und sind daher notwen-

digerweise transparent – anders als nudges. Es geht beim boosting um die Förderung vorhandener oder die Entwicklung neuer Kompetenzen, damit selbstbewusste Entscheidungen getroffen werden können.

Das nudging hat nur während des Stupsens einen Effekt. Danach geht das Verhalten der Angestupsten auf den vorherigen Zustand zurück – andernfalls müsste der nudge permanent auf das Individuum einwirken. Das boosting hingegen soll das Individuum dauerhaft befähigen und daher sollte der Effekt auch über die Intervention (z.B. die Aufklärungskampagne) hinaus bestehen bleiben.

**Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik.**

## Eine Analyse der Beziehungen zwischen Aussagen

### AM BEISPIEL DES FLUCHTDISKURSES UM CAROLA RACKETE UND MORIA

Von Anna-Maria Mayer, Benno Nothardt, Milan Slat, Judith Friede, Louis Kalchschmidt, Fabian Marx & Christian Sydow

In unserer Kritischen Diskursanalyse (KDA) des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria haben wir nicht nur die Aussagen, sondern auch das Netz ihrer Beziehungen untersucht. Unsere Erfahrungen damit stellen wir in diesem Artikel dar. Dazu werden wir im ersten Teil den Begriff der Aussage erklären. Im zweiten Teil werden wir das Kippen einer ganzen Kette von Aussagen im Fluchtdiskurs 2015/16 in Erinnerung rufen. Im dritten Teil werden Beziehungen von Aussagen

am Beispiel eines kurzen Zeitungskommentars genauer dargestellt und abschließend im vierten Teil die Aussagenbeziehungen im medialen Diskurs um Carola Rackete visualisiert und erläutert.

#### 1. AUSSAGEN VS. ÄUSSERUNGEN

Der Aussagenbegriff der KDA ist an Michel Foucaults Begriff orientiert, jedoch nicht mit diesem identisch. Aussagen sind der „inhaltlich gemeinsame Nenner“ (Jäger 2015, S. 95) von mehreren Äußerungen. Oder andersherum: Äußerungen sind wahrnehmbare Sprache und beziehen sich auf das in Aussagen enthaltene Wissen. Zum Bei-

spiel verweist die Äußerung: „Auf dem Meer überwacht Frontex die Fluchtrouten, jedoch nicht um der Menschenleben willen“ (Daniél Kretschmar, taz, 01.07.2019), auf die Aussage *Leid der Geflüchteten*, da die mit dem „jedoch“ eingeleitete Kontrastierung erst durch ein Wissen um das Leid von Geflüchteten im Migrations- und Fluchtdiskurs verständlich wird. Aussagen sind nicht an der Textoberfläche zu finden, sondern erst durch die Analyse des für eine Menge an Äußerungen relevanten Wissens identifizierbar. Damit stellt die spezifische Formung von Aussagen in der empirischen Analyse eine analytische Konstruktion dar, die

sich an der Problemstellung auszurichten hat.<sup>117</sup>

Aus dieser Unterscheidung zwischen Äußerung und Aussage folgt auch, dass eine Aussage in der KDA nicht als Aussage über etwas zu verstehen ist, die wahr oder falsch sein kann. Sowohl Affirmation als auch Negation eines Sachverhalts verweisen auf mindestens eine identische Aussage, weil in beiden Fällen auf das gleiche Wissen Bezug genommen werden muss, um den Sinn dieser Bejahung und Verneinung überhaupt zu verstehen. So verweisen sowohl die Äußerung „An der eigenen Südgrenze [der EU] aber weht der Hauch des Todes übers Mittelmeer“ (Daniel Kretschmar, taz, 01.07.2019), als auch ihre Verneinung „Es ist nicht der Fall, dass an der Südgrenze der EU der Hauch des Todes über das Mittelmeer weht“ (fiktives Beispiel) auf die Aussage *Leid der Geflüchteten*.

Gleichzeitig ruft die Äußerung auch ein Wissen darüber auf, von welchem Meer hier gesprochen wird und was Frontex ist. Folglich ist die Analyse von Aussagen nur in ihrem Zusammenhang mit anderen Aussagen sinnvoll. Um diese *Zusammenhänge* stärker sichtbar zu machen, werden im Folgenden einige Beispiele für die Veränderung von Aussagenbeziehungen erläutert.

## 2. BEISPIEL: KIPPEN VON AUSSAGENBEZIEHUNGEN IM FLUCHTDISKURS 2015/16

Die Studie „Von der Willkommenskultur zur Notstandstimmung“ (Jäger & Wamper, 2016) des DISS zeigt, dass das Kippen im Fluchtdiskurs im Herbst 2015 mit einer „massiven Verschiebungen des Sagbarkeitsfeldes“ (S. 114) einherging. Man kann dabei das zeitgleiche Kippen meh-

rerer Aussagen auch als das Kippen einer Folge von Aussagen auffassen:

Willkommenskultur: *Not der Geflüchteten* → *Notwendigkeit des Schutzes der Geflüchteten* → *Aussetzung von Dublin II* und ‚gerechte‘ *Verteilung der Geflüchteten in Europa* → *Verurteilung des Rassismus* und *Lob der Helfenden*.

Notstandstimmung: *Not der Staaten wegen der Geflüchteten* → *Schutz vor den Geflüchteten* → *Aussetzung des Menschenrechts auf Asyl* und *Vorverlagerung des Migrationsregimes* → *Indienstnahme des Rassismus* und *Diskreditierung der Helfenden als ‚Gutmenschen‘*.

Die Pfeile sollen dabei die Beziehungen der Aussagen zeigen: Wird beispielsweise in einem Text auf die *Not der Geflüchteten* verwiesen, so wird häufig auch auf die Notwendigkeit von deren Schutz verwiesen. Entsprechend wird in Texten, in denen die *Not der Staaten wegen der Geflüchteten* betont wird, häufig auch auf das Wissen über die *Notwendigkeit des Schutzes vor den Geflüchteten* Bezug genommen.

In Anbetracht dieses Kippens, kann der vorschnelle Eindruck entstehen, es gebe jeweils eine dauerhaft feste Folge von humanen und von inhumanen Aussagen, von denen je nach Situation oder Diskursposition eine dominant ist. Daraus könnte als linke Interventionsstrategie abgeleitet werden, dass man das *Leid der Geflüchteten* betonen muss, um humane Aussagen zurück ins Sagbarkeitsfeld zu bringen. Das ist zwar sinnvoll, aber ein Blick auf das sich wandelnde Netz der Aussagenbeziehungen zeigt ein weitaus komplexeres Bild.

Als Carola Rackete im Juni 2019 mit dem Seenotrettungsschiff „Sea-Watch 3“, trotz eines Dekrets des



Unrast-Verlag, 2022  
Edition DISS Band 47  
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter\*innen als deutsche Held\*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held\*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.

<sup>117</sup> In einem zukünftigen Aufsatz wird der Aussagenbegriff der KDA vor allem in seiner Abgrenzung zu dem Foucaultschen Aussagenbegriff noch genauer bestimmt werden.



italienischen Innenministers Matteo Salvini, Geflüchtete im Hafen von Lampedusa an Land bringt, tauchen beispielsweise wieder verstärkt geflüchtetenfreundliche Aussagen auf. Aber der Fluchtdiskurs kippt nicht einfach zurück in die Willkommenskultur, sondern es bilden sich neue Beziehungen zwischen Aussagen.

### 3. BEISPIEL: „VÖLLIGE MORALISCHE VERKOMMENHEIT“

In einer Strukturanalyse von 94 Kommentaren aus *FAZ*, *SZ* und *taz* von Juni & Juli 2019 konnten wir im Wesentlichen zwölf Aussagen herausarbeiten, von denen sich einige in folgendem gekürzten Kommentar mit dem Titel „Völlige moralische Verkommenheit“ finden:

„Das vorläufige Ende der neuerlichen Odyssee der ‚Sea-Watch 3‘ am Samstag im Hafen von Lampedusa, inklusive Verhaftung der Kapitänin Carola Rackete, ist ein weiterer trauriger Beleg der völligen moralischen Verkommenheit der Friedensnobelpreisträgerin EU. Die blauen Fahnen der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden gern geschwenkt in Wahlkämpfen und natürlich in Abgrenzung zum Rest der Welt, beherrscht von brutalen Despoten und irren Präsidenten. An der eigenen Südgrenze aber weht der Hauch des Todes übers Mittelmeer. Seit 2014 sind dort mehr als 17.000 Menschen bei dem Versuch ertrunken, Europa in Booten zu erreichen.

Statt diese Menschen zu retten, versucht die EU, sie bereits in Afrika abzufangen. Wenn nötig, werden dabei Sklaverei und Folter vor Ort billigend in Kauf genommen. Auf dem Meer überwacht Frontex die Fluchtrouten, jedoch nicht um der Menschenleben willen. Dass in dieser Situation private Organisationen die zivilisatorisch vornehme Aufgabe der Seenotrettung überneh-

men, nein, übernehmen müssen, ist ein Skandal allererster Güte. Die wiederholte Kriminalisierung der Retter\*innen unterstreicht nur das absichtsvolle, menschenverachtende Kalkül hinter der über Jahre unterlassenen Hilfeleistung der EU-Staaten. [...]“ (Daniél Kretschmar, *taz*, 01.07.2019)

#### SCHRITT 1: AUSSAGEN

In diesem Textauszug lassen sich drei zentrale Aussagen finden. Die wichtigste Aussage ist (1) *Politikkritik*. Auf sie beziehen sich in diesem Diskursfragment jene Äußerungen, die ein Versagen der Politik postulieren oder der Politik mit ihren Akteur\*innen vorwerfen, heuchlerisch oder unmoralisch zu sein. Die Aussage wird dann deutlich, wenn beispielsweise auf die „völlige moralische Verkommenheit der Friedensnobelpreisträgerin EU“ eingegangen wird. Ebenso relevant ist die Aussage (2) *Leid der Geflüchteten* für den Textauszug. Sie zeigt sich in Äußerungen, die sich auf Leidenserfahrungen von Geflüchteten beziehen, unter anderem an folgender Stelle: „Statt diese Menschen zu retten, versucht die EU, sie bereits in Afrika abzufangen. Wenn nötig, werden dabei Sklaverei und Folter vor Ort billig in Kauf genommen.“ (3) *Kriminalisierung von Seenotrettung* ist die letzte zentrale Aussage. Sie beinhaltet sowohl die Kriminalisierung als auch die Kritik an der Kriminalisierung von Seenotrettung und ihren Akteur\*innen und zeigt sich, wenn zum Beispiel geäußert wird: „Die wiederholte Kriminalisierung der Retter\*innen unterstreicht nur das absichtsvolle, menschenverachtende Kalkül hinter der über Jahre unterlassenen Hilfeleistung der EU-Staaten“. Weitere Aussagen, die in dem Text zumindest kurz angesprochen werden, sind *Zivilgesellschaft ist unmoralisch* und *die gemeinsame europäische Lösung*.

#### SCHRITT 2: BEZIEHUNGEN

Bei der genaueren Untersuchung eines einzelnen Textes, wie im Rahmen einer Feinanalyse, kann man die Beziehungen der Aussagen herausarbeiten. Hierfür sind vor allem jene Textstellen interessant, an denen eine Aussage auf eine andere Aussage folgt, zum Beispiel, wenn auf *Politikkritik* das *Leid der Geflüchteten* folgt.

„Statt diese Menschen zu retten, versucht die EU, sie bereits in Afrika abzufangen. Wenn nötig, werden dabei Sklaverei und Folter vor Ort billigend in Kauf genommen.“

Für eine mögliche Beziehung muss die konkrete inhaltliche Ebene betrachtet werden. Die Politik unterlasse eine wünschenswerte Handlung und trage dadurch zu Sklaverei und Folter bei. In Aussagen gesprochen, ist *Politikkritik* ursächlich für das *Leid der Geflüchteten*.

Auch *Kriminalisierung von Seenotrettung* steht in einer Beziehung zu *Politikkritik*:

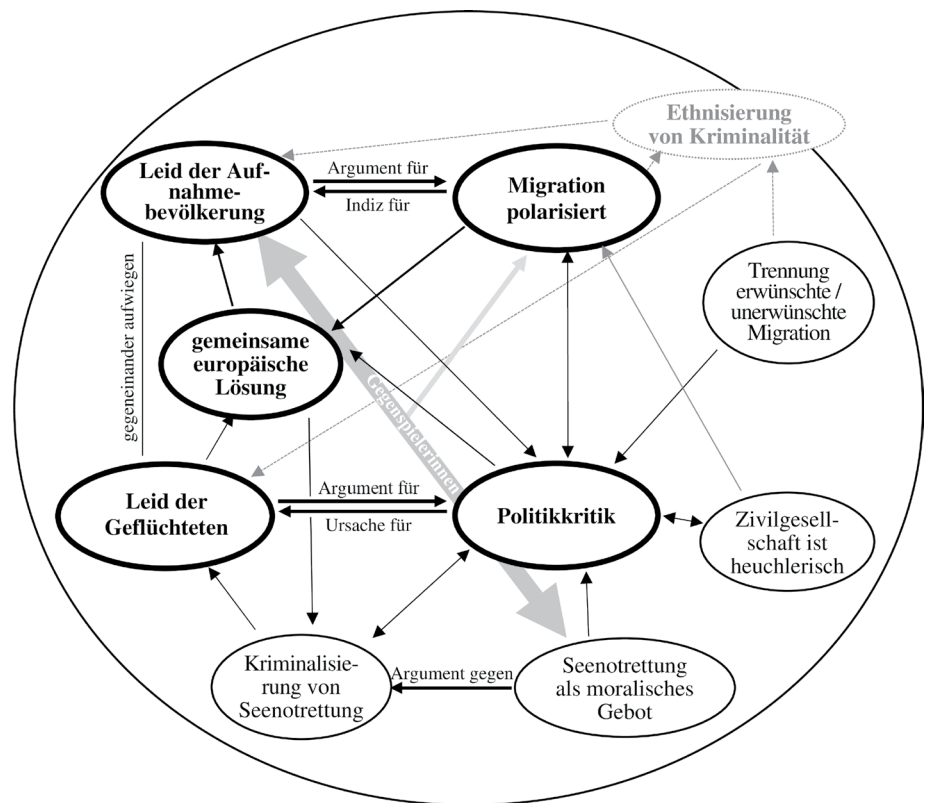
„Die wiederholte Kriminalisierung der Retter\*innen unterstreicht nur das absichtsvolle, menschenverachtende Kalkül hinter der über Jahre unterlassenen Hilfeleistung der EU-Staaten.“

An dieser Stelle dokumentiert sich, statt einer kausalen Beziehung, eine zweiseitige Beziehung zwischen *Politikkritik* und *Kriminalisierung von Seenotrettung*. Bildlich gesprochen, sind beide Aussagen zwei Seiten einer Medaille. Seenotretter\*innen werden kriminalisiert, da die Politik Hilfeleistungen unterlässt, zugleich ist die Politik durch diese Kriminalisierung zu kritisieren. Die Beziehung zwischen zwei Aussagen kann also auch bidirektional sein.

#### 4. VISUALISIERUNG DER AUSSAGEN-BEZIEHUNGEN UND ERLÄUTERUNG

Im Rahmen einer Feinanalyse kann eine vollständige Untersuchung aller Aussagenbeziehungen innerhalb eines einzelnen Textes sinnvoll sein. Aber auch innerhalb einer Strukturanalyse oder eines größeren Forschungsprojektes kann eine Untersuchung von Aussagenbeziehungen interessante Ergebnisse liefern. Um dies zu illustrieren, haben wir das komplexe Netz von Beziehungen im gesamten Dossier unserer Studie über den Fluchtdiskurs um Carola Rackete visualisiert (siehe Grafik).

Das Innere des Kreises zeigt das Sagbarkeitsfeld im Juni & Juli 2019. Pfeile zeigen, welche Aussagen welche maßgeblich stützen oder hervorbringen.



Die Aussage *Leid der Geflüchteten* ist wieder wie während der Willkommenskultur 2015 dominant im Sagbarkeitsfeld. Sie wird jetzt aber besonders eng verbunden mit einer *Politikkritik*, die die Unfähigkeit der institutionalisierten Politik als Ursache des *Leides der Geflüchteten* auffasst und so nahelegt, das Leid ließe sich durch eine effizientere Verwaltung von Flucht beheben. Diese verkürzte Vorstellung beeinflusst auch die Forderung nach einer *gemeinsamen europäischen Lösung*. Es bleibt dabei völlig unbestimmt, ob eine ‚gerechte‘ Verteilung von Geflüchteten wie 2015 gemeint ist oder gar eine EU ohne Grenzen für Geflüchtete oder aber eine gemeinsam koordinierte Abschottungspolitik.

Zudem ist die Aussage *Leid der Aufnahmebevölkerung*, anders als in der Willkommenskultur 2015, nicht vollständig durch das *Leid der Geflüchteten* verdrängt worden. Vor allem in der FAZ werden beide Aussagen gegeneinander aufgewogen. Außerdem wird dort das *Leid der Aufnahmebevölkerung* in einer

gegenseitigen Beziehung zu einer *Polarisierung der Gesellschaft durch Migration* angesprochen, von der aus wiederum *Politikkritik* geübt und eine *gemeinsame europäische Lösung* gefordert wird, von der zumindest in einem Artikel impliziert wird, dass sie das Einsperren in Lagern einschließen soll (vgl. Philip Eppelsheim, FAZ, 05.07.2019). Der weite Weg der FAZ von der Aussage *Leid der Aufnahmebevölkerung* bis zur Forderung einer *gemeinsamen europäischen Lösung* macht deutlich, dass die FAZ einen hohen Argumentationsaufwand betreiben muss, um ihre restriktive Diskursposition mit einem Sagbarkeitsfeld kohärent zu machen, in dem das *Leid der Geflüchteten* von großer Bedeutung ist. Ein Jahr später, nach dem Lagerbrand in Moria 2020, wird die FAZ dann das *Leid der Geflüchteten* mit der Aussage, die *liberale Migrationspolitik sei eine Fluchtursache*, verbinden, um so das *Leid in Moria als gewollte Abschreckung* zu begrüßen und die *gemeinsame europäische Lösung* als koordinierte Abwehr von Geflüchteten zu konkretisieren. *Taz* und *SZ* greifen dann dieselben Aus-

sagen auf, allerdings in kritischer Absicht.

Es zeigt sich also, dass selbst die Aussage *Leid der Geflüchteten* nicht automatisch zu einer migrationsfreundlichen Politik führt, sondern in Abhängigkeit davon, mit welchen Aussagen sie wie in Bezug gesetzt wird auch zum Gegenteil führen kann. Diskursinterventionen für eine flüchtlingsfreundliche Politik sollten solche Fallstricke beachten. Entsprechend könnte versucht werden, die Aussage *Leid der Geflüchteten* zum einen in Beziehung zu Fluchtursachen wie Klimawandel, Kolonialismus und Kapitalismus zu setzen und so Antagonismen (grundlegende Widersprüche)<sup>118</sup> wieder sagbar zu machen. Zum anderen könnten Beziehungen zu Aussagen wie *Rechte der Geflüchteten* und *Lösung durch Geflüchtete als Akteur\*innen* hergestellt und auf die *Utopie einer Welt ohne Grenzen* ausgerichtet werden. Solch eine Diskursintervention würde das Sagbarkeitsfeld durch neue Aussagen und Beziehungen erweitern, die mit einer neuen Logik verbunden sind: Reiche

118 zur Bedeutung von Antagonismen: Jürgen Link (2018): Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne



Industriestaaten wie Deutschland würden nicht mehr als großzügige Retter\*innen angesprochen, sondern als Teil des Problems benannt, während Geflüchtete als Menschen mit Subjektstatus betrachtet würden, also mit Rechten, Forderungen und Problemlösekompetenz. Dadurch würde sich auch das Verständnis der Aussage *Leid der Geflüchteten* verändern: Sie würde nicht mehr auf das Wissen von hilflosem Leid verweisen, das paternalistischen Mitleid weckt, sondern auf das Wissen über Ungerechtigkeit, die empörten Widerspruch weckt.

Spannend wäre, genauer zu untersuchen, wie sich die Aussagenbeziehung in Zusammenhang mit der Flucht vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine 2022 verändern. Interessant wäre hier beispielsweise die

Frage, welche Aussagenbeziehungen es ermöglichen, das *Leid der Geflüchteten* zu betonen und dabei rassistische Grenzen zwischen erwünschten und unerwünschten Geflüchteten zu ziehen.

Neben einer Erklärung des Unterschieds zwischen Äußerung und Aussagen sollten die Beispiele in diesem Artikel zeigen, dass eine Aussage erst in Zusammenhang mit ihren Beziehungen richtig verstanden werden kann. Diese erschließen sich erst bei einer genaueren Untersuchung einzelner Texte und können uni- und bidirektional sein. Dabei bestimmen die Beziehungen, in welche Logik die Aussagen eingebunden sind, und verändern damit auch das Wissen, auf das diese verweisen. Die Visualisierung in einem Aussagengraph soll zeigen, dass das Netz der Beziehungen genauso zum

Sagbarkeitsfeld gehört, wie die Aussagen selbst.

Die Autor\*innen arbeiten seit mehr als zwei Jahren in einem Team im DISS an der Untersuchung des Fluchtdiskurses. Siehe auch DISS-Journal #41 (S. 39–41) und #39 (S. 14–16).

## LITERATURVERZEICHNIS

- Friede, Judith u.a. (2022): Deutsche Rettung? Eine kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria, Münster: Unrast.
- Jäger, Margarete & Wamper, Regina (Hg.) (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung, online, siehe Anzeige S.60 in diesem Heft.
- Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7. Auflage, Unrast.

# Roma: Leben in Bulgarien, aber nicht mit Bulgaren

von Liliia Peicheva

Ich komme aus einer kleinen Stadt in der Ukraine, wo Roma zu sein bedeutet, in einer ukrainischen Stadt zu leben aber nicht mit Ukrainern. Roma zu sein bedeutet, Beleidigungen, Diskriminierung, misstrauischen Blicken und sogar Ausgrenzung ausgesetzt zu sein. Wir Nicht-Roma wissen, dass in und um unsere Stadt viele Roma leben, aber wir sehen sie nie und wollen sie auch nicht sehen. Die meisten von uns kennen die Bedeutung des Wortes „Roma“ nicht. Wir nennen sie „Zigan“.

Als Kind habe ich viel über Roma gehört. Oft heißt es, man solle ihnen nicht in die Augen schauen oder ihnen kein Geld geben, aus Angst, verflucht oder verhext zu werden. Es gibt viele Geschichten darüber, dass sie arbeitsscheu sind, stehlen, Verbrechen begehen usw. Wenn man Nicht-Roma nach ihren Erfahrun-

gen mit Roma fragt, hat niemand persönlich etwas mit ihnen zu tun gehabt.

Offenbar haben sie diese Geschichten von ihren Freunden gehört, die sie wiederum von anderen Freunden gehört haben... bis wir nicht mehr wissen, wo sie überhaupt angefangen haben. Und dabei ist es nicht so, dass wir alle Rassisten sind, wir sind nur Teil eines Diskurses, des Diskurses, der uns umgibt und uns die „Wahrheiten“ vorgibt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort gültig sind.

## RASSISMUS GEGEN ROMA

Stereotype über Roma sind jedoch rassistisch, weil sie eine bestimmte Gruppe von Menschen diskriminieren und kategorisieren, wodurch sie von allen anderen unterschieden werden. Laut Markus End (2014) ist der Begriff „Antiziganismus“ die geeignete Definition, um dieses Phä-

nomen zu beschreiben, da er auf den projektiven Charakter des Begriffs hinweist. Das heißt, „ein Zigan“ als Person existiert nicht, sondern wurde im Laufe der Jahre von der Gesellschaft geformt. Außerdem umfasst der Begriff nicht nur die ethnische Gruppe der Roma, sondern auch andere Gruppen, die als „Zigeuner“ bezeichnet werden können.

Es mag sein, dass der Begriff „Antiziganismus“ weiter gefasst ist, aber er reproduziert auch die Stereotypen, die mit dem Begriff „Zigan“ verbunden sind, und außerdem könnte er einige Menschen dieser Gruppe beleidigen (vgl. Jakupi 2019; Oprea & Matache 2019). Und eine Sprache, die diskriminiert, führt zu einer weiteren Stigmatisierung und Verfolgung einer bestimmten Gruppe von Menschen. Der Fokus sollte nicht auf dem wissenschaftlichen Wert aus der Sicht von Nicht-Roma liegen, sondern der Begriff sollte stattdessen die Empfindungen der



betroffenen Gruppe berücksichtigen. Daher wird in diesem Artikel der Begriff „Rassismus gegen Roma“ verwendet, um das Phänomen zu beschreiben.

### WARUM BULGARISCHE ROMA?

Die meisten Roma kommen sowohl aus Rumänien als auch aus Bulgarien. Da ich zu der bulgarischen Minderheit in der Ukraine gehöre (den so genannten bessarabischen Bulgaren) und meine Muttersprache Bulgarisch ist, interessiere ich mich besonders für den Diskurs über die bulgarischen Roma und vor allem dafür, wie deren Migration nach Deutschland in Bulgarien gesehen wird.

Die für diesen Zweck von mir für eine Strukturanalyse gewählte Zeitung ist „24 Chasa“ („24 Stunden“), eine der populärsten Tageszeitungen in Bulgarien. Während sie jetzt Teil der Media Group Bulgaria ist, gehörte sie bis zum Jahr 2010 zur deutschen WAZ-Mediengruppe. Der Schreibstil der Zeitung ist eher umgangssprachlich. Es ist nicht möglich, sie einer bestimmten politischen Richtung zuzuordnen, da verschiedene Ansichten vertreten werden. Die Zeitung dient also als gute Quelle für die Ermittlung der Aussagen über die Minderheiten-gruppe der Roma in Bulgarien und ihre Migration in andere europäische Länder, insbesondere nach Deutschland.

Um ein Dossier zu erstellen, habe ich verschiedene Schlüsselwörter auf Bulgarisch verwendet: Български цигани (bulgarische Zigeuner), българи в Германия (Bulgaren in Deutschland), роми в Германия (Roma in Bulgarien). Insgesamt habe ich 48 Artikel gefunden, in denen Roma in Deutschland und im Ausland seit dem Jahr 2014 bis zum heutigen Tag erwähnt werden. Sie dienen als Grundlage für diesen Artikel.

Laut dem Bericht der Europäischen Kommission leben in Bulgarien etwa 750.000 Roma (ca. 10 % der Gesamtbevölkerung). Alexey Pamporov (2013: 189) behauptet jedoch, dass die Zahl der Roma in der nationalen Volkszählung jährlich abnimmt. Der Grund dafür ist nicht, dass weniger Roma dort leben, sondern dass viele Menschen ihre ethnische Identität nicht preisgeben, weil sie mit Hass von beiden Seiten konfrontiert sind – wegen ihrer ethnischen und wegen ihrer religiösen Zugehörigkeit.

### ZIGAN ODER ROMA?

Seit 2014 dürfen bulgarische Bürger ihr Recht auf Arbeit in der gesamten Europäischen Union ohne Arbeitserlaubnis ausüben. Dieses Ereignis löste in den reichen westlichen EU-Ländern eine Debatte über die Armutsmigration aus, da befürchtet wird, dass diese eine mögliche Belastung für ihre jeweiligen Sozialsysteme darstellen könnte. In der Folge war der Diskurs über osteuropäische Migration in Deutschland von starken rassistischen und diskriminierenden Äußerungen geprägt, die sich insbesondere gegen die Roma richteten (DISS 2019; End 2019).

Auch der Diskurs über bulgarische Roma in Bulgarien ist tendenziell sehr negativ und voreingenommen. Die Worte „Zigan“ und „Roma“ werden fast synonym verwendet. Allerdings, wie im folgenden Artikel „14-Jähriger bei Schlägerei zwischen bulgarischen Zigeunern in Duisburg getötet“ vom 18.04.2017 zu sehen ist, wird häufig das Wort „Zigan“ bevorzugt, wenn sich der Diskurs um ethnisierte Kriminalität und Kriminalität im Allgemeinen dreht:

(...) Това ще остане като печат за „Марксло“. Кварталът обаче е печално известен с неразбориите си дори и преди в него да дойдат циганите от България и Румъния. Днес там живеят най-малко 13 000 цигани от двете държави.

Повечето са нелегални, не работят, живеят от социални помощи и са замесени в престъпления - най-вече кражби. Според полицията ромите си сътрудничели с ливанските кланове. (...)

(...) Dies wird als Stempel für Marxloh bleiben. Allerdings war das Viertel schon bevor die Zigeuner aus Bulgarien und Rumänien in die Nachbarschaft kamen berüchtigt für seine Probleme. Heute leben dort mindestens 13.000 Zigeuner aus beiden Ländern. Die meisten sind illegal, arbeiten nicht, leben von Sozialhilfe und sind in Verbrechen verwickelt – meist Diebstahl. Nach Angaben der Polizei haben **die Roma mit libanesischen Clans zusammengearbeitet.** (...)

Hier sehen wir deutlich, dass das Wort „Zigan“ negativ geladen ist. Ein „Zigeuner“ ist jemand, der sich illegal in Deutschland aufhält, ein Schmarotzer, ein Krimineller und nicht arbeitswillig.

Einige Journalisten versuchen, ihre Wortwahl zu rechtfertigen, indem sie sagen, dass der Begriff „Zigan“ zwar negativ gefärbt sei, aber wegen seiner Allgemeingültigkeit besser geeignet ist. In diesem Beispiel dient er jedoch eher der Abgrenzung gegen die Roma und verstärkt die Wirkung des ‚Othering‘. ‚Othering‘ wiederum geschieht, wenn sich eine Gruppe von einer anderen abgrenzt, indem sie sie als kategorisch anders und fremd bezeichnet (DISS 2014).

Darüber hinaus werden die Roma als Exporteure von Kriminalität angesehen und werden daher als eine Quelle der Schande für die ethnischen Bulgaren gesehen. Normalerweise wird dies dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht direkt als bulgarische Roma bezeichnet werden, sondern als „bulgarische Staatsbürger“ oder, wie in diesem Beispiel, als „Zigeuner aus Bulgari-



en“, um zu betonen, dass sie zwar in Bulgarien leben, aber nicht wirklich zu Bulgarien gehören. Dieser Aspekt wird im nächsten Artikel mit dem Titel „Roma in unserem Land sind keine Bulgaren, sie sind Europäer“ vom 25.06.2015 weiterentwickelt.

## WERDEN ROMA ALS BULGAREN BETRACHTET?

Казано накратко, ромите не са българи. Те са истинските европейци, а българите са европейци, ама недотам. ромите са като прелетните птици - не признават границите, не признават и местните порядки на уседналото население. Те са вечните пришълци тук, там и навсякъде другаде.

Kurz gesagt, die Roma sind keine Bulgaren. Sie sind die wahren Europäer, und die Bulgaren sind Europäer, aber nicht so sehr. Die Roma sind wie Zugvögel – sie kennen keine Grenzen, und sie erkennen die lokalen Gewohnheiten der sesshaften Bevölkerung nicht an. Sie sind die ewigen Fremden hier, dort und überall (25.06.2015).

Die Passage veranschaulicht den gängigen Stereotyp einer nomadischen Lebensweise der Roma. Es wird durch das Kollektivsymbol „Zugvögel“ ausgedrückt. Aber der Text macht noch mehr, er spricht Roma die bulgarische Nation ab. Wo auch immer sie hingehen, sind sie also Fremde. Folglich wird oft gesagt, dass sie sich niemals integrieren könnten, ihre Organisation sei sehr starr und traditionell und sie würden sich niemals den Regeln anpassen.

Da Roma keine Bulgaren seien, sollte die EU sich um sie kümmern, so der Autor:

Крайно време е ромската интеграция да бъде извадена

от националните приоритети на България и да бъде връчена на Брюксел. Защо той плаща за справяне с вълната от сирийски бежанци, а не плаща за гастролиращите у нас роми от Румъния или Македония?

Es ist höchste Zeit, dass die Roma-Integration nicht mehr zu den nationalen Prioritäten Bulgariens gehört, sondern nach Brüssel verlagert wird. Warum zahlen sie für die Bewältigung der syrischen Flüchtlingswelle und nicht für die Roma aus Rumänien oder Mazedonien, die in unserem Land unterwegs sind?

## DISKRIMINIERUNG EXISTIERT, ABER IN DEUTSCHLAND

Nur wenn es um die Diskriminierung von Roma und anderen Osteuropäern im Ausland geht, wird Diskriminierung erwähnt und als ernstes Thema behandelt. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Bulgaren die Diskriminierung der Roma-Bevölkerung sehr wohl ernst nehmen, anders als die meisten Menschen glauben. Zwar wird die Diskriminierung in Bulgarien an manchen Stellen angesprochen, aber es wird darauf nicht weiter eingegangen.

Einerseits wird die Diskriminierung der Minderheitengruppe skandalisiert, andererseits werden die Roma als „Problemgruppe“ betrachtet, die sich nur schwer integrieren lässt und sich nicht an Regeln hält. Dadurch wird die Diskriminierung relativiert. Nehmen wir dieses Beispiel vom 04.10.2019 mit dem Titel „Erniedrigung in Deutschland: Hunderte von Fällen von Antiziganismus“:

Настроенията срещу ромите се засилиха особено покрай дебата около т.нар. миграция по бедност от страни като България и Румъния, който в крайна сметка доведе до затягане на законодателството

задостъпносоциалнитеоблаги, припомня „Тегесцайтунг“.

Die Stimmung gegen Roma hat sich verstärkt insbesondere im Zusammenhang mit der Debatte über die so genannte Armutsmigration aus Ländern wie Bulgarien und Rumänien, die letztlich zu einer Verschärfung der Gesetzgebung zum Zugang zu Sozialleistungen führte, erinnert die Tageszeitung.

Obwohl der Artikel den Rassismus gegenüber Roma in Deutschland anprangert, relativiert er ihn durch Anspielungen auf die Ausbeutung von Sozialleistungen und Arbeitslosigkeit der Roma. Das wiederum rechtfertigt die ungleiche Behandlung der bulgarischen Roma in Deutschland. Ursache für die Diskriminierung sind also die Roma selbst.

Die oben genannten Punkte der Relativierung von Diskriminierung werden auch durch die Wahl des Bildes zum Artikel zum Ausdruck gebracht:

Das Bild zeigt eine vermeintlich typische Roma-Familie: Frauen mit langen bunten Röcken und langen schwarzen Haaren, erwachsene Männer, die ohne Arbeit herumlümmeln, und viele Kinder. Obwohl der Artikel Fälle von Intoleranz und Diskriminierung gegen die Roma aufzeigt, wird dies abgeschwächt durch die Wahl des Bildes, das die bestehenden Vorurteile gegen sie bestätigt.

## MUSLIMISCHE ROMA VS. CHRISTLICHE BULGAREN

Eine Aussage, die im deutschen Diskurs nicht oft vorkommt, aber in Bulgarien sehr präsent ist, ist das Thema radikaler Islam. Viele bulgarische Roma bekennen sich zum Islam. Die massive Vertreibung von Menschen, vor allem syrischer Staatsangehöriger durch den IS im Jahr 2014 machte die bulgarischen



Roma daher zur direkten Zielscheibe von Hassreden von Seiten der Mehrheitsbevölkerung. Sie werden beschuldigt, radikal zu sein, und werden sogar als Sicherheitsrisiko angesehen. Hier ist ein Beispiel vom 11.11.2017 mit dem Titel „Musa, der 15.000 Roma mit dem radikalen Islam infiziert hat, ist nach drei Jahren Haft wieder frei“:

Те обаче далеч не са така крайни и дотолкова приобщени, че да препашат коланите с експлозивни за самоубийствени атентати или да отидат да се бият на страната на ИДИЛ. Умовете на техните деца обаче, които в момента са на по 5-10 г., се промиват още от найранна възраст. Примерите за това са изключително много. За голяма част от родителите, чиито деца скоро са приели исляма, въобще не е важно дали наследниците им ще завършат българско училище.

Sie sind jedoch weit davon entfernt, so extrem und so ausgerichtet zu sein, dass sie sich Sprengstoff für Selbstmordattentate umschnallen oder auf der Seite des ISIS kämpfen würden. Allerdings wird der Verstand ihrer Kinder, die jetzt 5–10 Jahre alt sind, von klein auf einer Gehirnwäsche unterzogen. Hierfür gibt es viele Beispiele. Für viele der Eltern, deren Kinder kürzlich zum Islam konvertiert sind, ist es überhaupt nicht wichtig, ob ihre Nachkommen einen Ab-

schluss an bulgarischen Schulen machen.

Obwohl der Autor in seinem gesamten Artikel vom Salafismus als einer radikalen Form des Islams spricht, verwendet er sehr oft Islam und Salafismus synonym, was den Anschein erweckt, dass der Islam an sich eine Bedrohung für die bulgarische Gesellschaft darstelle. Er geht sogar so weit, dass er, wie in diesem Beispiel, andeutet, dass die Kinder ihrer muslimischen Eltern irgendwann zu Selbstmordattentätern werden könnten. Das wiederum wirkt denormalisierend und unterstreicht die Ernsthaftigkeit des Problems.

Diese Art von Behauptungen werden in der Regel nicht durch konkrete wissenschaftliche Quellen untermauert, was an sich schon gefährlich ist, weil die Roma so mit dem gleichen Pinsel des radikalen Islamismus gemalt werden, der keine Bildung in bulgarischen Schulen zulässt. Diese Verallgemeinerungen verstärken die diskursiven Wahrheiten, die die bulgarische Gesellschaft über die Roma als ethnische Gruppe haben.

#### SCHLUSSFOLGERUNG

Die Artikel in meinem Dossier zeigen deutlich, dass die Medien zur Verbreitung von Stereotypen beitragen, die die Kluft zwischen den ethnischen Bulgaren und den Roma vertiefen. Die Artikel sind tendenziell sehr voreingenommen, da sie alle aus der Perspektive der Mehr-

## Liebe Leute, bestellt Bücher in der Buchhandlung Weltbühne und sonst nirgends!

Wir besorgen jedes lieferbare Buch.  
Wir liefern jedes Buch an jeden Ort.

Katalog im Internet.

Wir suchen für Sie  
nach vergriffenen Büchern  
& finden sie auch.

Buchhandlung Weltbühne  
Buchladen, Versandbuchhandlung,  
(Versand-)Antiquariat,  
Bücher-Suchdienst

Gneisenaustraße 226  
47057 Duisburg  
0203-375121

loeven@buchhandlung-weltbuehne.de  
www.buchhandlung-weltbuehne.de

Buchhandlung  
Weltbühne:

Eine  
gute  
Angewohnheit



heitsbevölkerung geschrieben sind. Im Falle dieser Zeitung werden die meisten Artikel über die bulgarischen Roma von einigen wenigen Nicht-Roma-Journalisten verfasst, so dass die Perspektive sehr begrenzt ist. Meistens wird über die Roma gesprochen, aber sie kommen nicht selbst zu Wort. Bei der Verwendung ausländischer Zeitungen als Informationsquellen ist es manchmal sehr unklar, was direkt zitiert wird und was vom Autor hinzugefügt wird. Tatsächlich hat man oft das Gefühl, dass der Journalist die Teile und Passagen der Artikel auswählt, die seine persönlichen Ansichten über die Roma und die des allgemeinen Diskurses in Bulgarien widerspiegeln.

Der Diskurs ist aber nicht unveränderbar. Auch wenn wir ständig in ihn verstrickt sind, haben wir die Möglichkeit, ihn zu ändern. Dazu müssen wir über ihn nachdenken und die Wahrheiten, die wir seit Jahrhunderten buchstabengetreu befolgen, neu überdenken. Foucault zufolge besteht unser Ziel nicht darin, das große Geheimnis hinter einer Aussage zu lüften. Vielmehr sollten wir endlich erkennen, dass diese Wahrheit erfunden ist (Feder 2011:67). Und wir sollen, um uns zu befreien, die Geschichtlichkeit des Wissens und den Diskurs, als den Fluss des Wissens durch Raum und Zeit, berücksichtigen, um ihn in ein politisches Instrument zu verwandeln, das in der Lage ist, Diskriminierung zu bekämpfen (Jäger 2012).

## LITERATURVERZEICHNIS

- DISS, 2014: Die Migration aus Südosteuropa in lokalen Medien in Duisburg 2014. Duisburg: DISS.
- End M., 2014: Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.
- Feder E.K., 2014: Power/knowledge. Pp. 55-71 in Taylor D.

- (Hg.): Michel Foucault. Key Concepts. New York: Routledge.
- Jakupi D., 2019: Antiziganismus, Romaphobie, Gadge-Rassismus? Pp. 202-211 in Peters K. & S.
- Vennmann (Hg.): Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus. Duisburg: Situationspresse Loeven & Gorny.
- Jäger S., 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: UNRAST-Verlag.
- Pamporov A., 2013: The „invisible“ Islam. Population: 187–206.
- Oprea A. & M. Matache, 2019: Reclaiming the Narrative. Pp. 89-107 in Cortés Gómez I. & M. End (Hg.): Dimensions of antigypsism in Europe“. Brussels: The European Network Against Racism aisbl (ENAR) and the Central Council of German Sinti and Roma.

## ZITIERTER ARTIKEL

- „Ромите у нас не са българи, европейци“ vom 25.06.2015.
- „14-годишен заклан в бой между български цигани в Дуисбург (обзор)“ vom 18.04.2017.
- „Муса, който зарази 15 000 роми с радикален ислям, свободен след 3 г. Арест“ vom 11.11.2017.
- „Унижения в Германия: стотици случаи на антициганизъм“ vom 04.10.2019.

## LINKS

- European Commission. Roma inclusion in Bulgaria.
- [https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/roma-eu/roma-inclusion-eu-country/roma-inclusion-bulgaria\\_en](https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/roma-eu/roma-inclusion-eu-country/roma-inclusion-bulgaria_en) (Zugriff am 26.02.2022).
- Liliia Peicheva ist BA-Studentin der Globalen und Transnationalen Soziologie an der Universität Duisburg-Essen. Dieser Artikel ist eine gekürzte Version

der Strukturanalyse, die sie während ihres Praktikums am Duisburger Institut für Sozialwissenschaften (DISS) durchgeführt hat.

Liliia Peicheva war im Februar und März 2022 Praktikantin im DISS.



Margarete Jäger und Regina Wamper (Hg.)  
DISS, 2017, online als PDF, 209 S.  
[www.diss-duisburg.de/diss-2017-von-der-willkommenskultur-zur-notstandsstimmung](http://www.diss-duisburg.de/diss-2017-von-der-willkommenskultur-zur-notstandsstimmung)

Die Analyse des Mediendiskurses zu Flucht und Migration in den Jahren 2015 und 2016 stellt fest, dass sich innerhalb weniger Monate das Sagbarkeitsfeld entscheidend in Richtung einer Problematisierung von Flucht und Asyl verschob. Welche diskursiven Mechanismen zu dieser Verschiebung beitrugen, und welches Wissen über Flucht, Geflüchtete und Rassismus transportiert wurde, ist Gegenstand der Untersuchung.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Diskursiv wurde entweder ein Notstand ausgerufen oder zumindest prognostiziert. Neben der Aufspaltung der Geflüchteten in ‚legitime‘ und ‚illegitime‘ erlaubt dies, Flucht und Migration als Naturkatastrophe zu bewerten – und zwar nicht als eine Katastrophe für die Flüchtenden, sondern für die Zielländer. Eine solche Perspektive eignet sich dazu, Abwehr gegen Flüchtende zu erzeugen. Wir müssen feststellen, dass Aussagen, die noch vor einigen Jahren als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, heute zum Sagbarkeitsfeld des mediopolitischen Diskurses gehören.



Siegfried Jäger, Jens Zimmermann (Hg.)  
Lexikon Kritische Diskursanalyse  
Eine Werkzeugkiste

ISBN 978-3-89771-755-8  
Oktober 2019, 144 Seiten  
Reihe: Edition DISS Band: 26

Die Diskurswerkstatt im DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen.

In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Neben einer solchen anwendungs-spezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung ist das Lexikon auch dazu geeignet, Studierenden den Zugang zu dem Standardwerk „Kritische Diskursanalyse (KDA) Eine Einführung“ (7. Aufl. 2015) zu erleichtern. Es kann komplementär zu dieser Einführung gelesen werden und so ein tieferes Verständnis der Theoriearchitektur und des methodischen Vorgehens ermöglichen.

# Den Kapitalismus verstehen

## SØREN MAUS STUMMER ZWANG ALS „ÖKONOMISCHE MACHT“ IM KAPITALISMUS

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Seit Kurzem liegt das Buch von Søren Mau *Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus* in deutscher Übersetzung vor. Søren Mau ist Postdoc und Mitglied im Redaktionsbeirat der Zeitschrift *Historical Materialism* und des Beirats der Dänischen Gesellschaft für Marxistische Studien. Das vorliegende Buch ist die überarbeitete Erstausgabe seiner Promotionsschrift *Mute Compulsion. A Theory of the Economic Power of Capital* am Institut für Kulturstudien der Süddänischen Universität (SDU). Michael Heinrich, einer der prominentesten Vertreter der *Neuen Marxlektüre*, war nicht nur ein sehr wichtiger Gesprächspartner für Mau, sondern hat auch das Vorwort für dieses Buch geschrieben. Die Lektüre dieser Arbeit ist sicher „keine leichte Kost“, um Heinrich zu zitieren. Das Herausragende der Analyse für ihn wird in folgender Äußerung deutlich: „Allerdings wird schnell deutlich, dass die hier erforderliche Mühe des Begriffs gerade nicht im rein Begrifflichen stecken bleibt. Sie entfaltet genau jenes kritische Potenzial, das die notwendige Voraussetzung einer gesellschaftlichen Praxis bildet, die darauf abzielt, Herrschaft und Ausbeutung zu überwinden.“ (13)

Es geht Søren Mau zu Beginn seiner Arbeit um die dringliche Beantwortung der Frage, warum „*inmitten von Krise und Unruhen [...] das Kapital weiter expandieren [kann]*“ und „*wie [...] es dem Kapital [gelingt], das gesellschaftliche Leben im Griff zu behalten?*“ (15)

Der Autor macht deutlich, dass der Kapitalismus ohne Gewalt und Ideologie als Formen der Macht nicht denkbar ist. Hinzu kommt aber noch eine dritte Form, nämlich die ökonomische Macht, in Anlehnung an Karl Marx auch *stummer Zwang* genannt (vgl. MEW Bd. 23, Kapitel 24, *Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation*, Seite 765). Diese Form der Macht ist unpersönlich, abstrakt und anonym, „aber genauso brutal, unerbittlich und rücksichtslos [...] wie offene Gewalt“ und „*in den ökonomischen Prozessen selbst verankert.*“ (16) Sie hat die Fähigkeit, „*die materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion umzugestalten*“, wobei Mau den Begriff der „gesellschaftlichen Reproduktion“ sehr weit fasst im Sinne von Prozessen und Aktivitäten, die für das Fortbestehen des gesellschaftlichen Lebens notwendig sind. (17) Seine Absicht ist es

Mau, Søren 2021: *Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus*, Berlin, Karl Dietz Verlag, 359 Seiten, ISBN 978-3-320-02384-3, 29,90 Euro.





zu erklären, weshalb die Wesensstruktur oder der „ideale Durchschnitt“ der kapitalistischen Produktionsweise die Form eines „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“ annimmt. (18) Dies will er verstehen und somit den *Kapitalismus* verstehen, den er folgendermaßen als „eine Gesellschaft“ definiert, „in der die gesellschaftliche Reproduktion in erheblichem Maße von der Logik des Kapitals beherrscht wird.“ (28)

### MACHT ALS „FREMDE MACHT“

Mau zufolge ist der Begriff der Macht bei Marx nicht eindeutig. Mal spricht er von Macht, dann u.a. von Herrschaft, Gewalt, Despotismus, Kontrolle. Der Gebrauch erfolgt also nicht systematisch. Deshalb, so Mau, muss die Verwendung des Begriffs der Macht „in einem recht weiten Sinne“ gesehen werden. (34) Bezüglich der Macht des Kapitals als „Herausbildung einer neuen Machtsphäre“, die „selbst ohne ideologische oder gewaltsame Herrschaftsformen wirksam sein kann“, ist das „gesellschaftliche Leben vor allem durch den stummen Zwang der Logik der Verwertung unterworfen.“ (30) Oder wie er an späterer Stelle schreibt, dass diese Machtverhältnisse des Kapitals als „die abstrakte und unpersönliche Beherrschung aller durch die Wertform“ zu begreifen sind. (189) Dabei greift Mau auf den oftmals von Marx verwendeten Ausdruck „fremde Macht“ zurück, „um gesellschaftliche Verhältnisse zu charakterisieren, die den Menschen als etwas Äußerliches gegenüberstehen.“ (34) Das bedeutet, sich von üblichen Theorien der Macht zu verabschieden, die nur Macht in Beziehung setzen zwischen „Subjekten“ oder „Akteuren“.

Der Machtbegriff muss Mau zufolge weiter gefasst werden und zwar „als Fähigkeit, etwas zu tun, und als solche muss sie nicht zwangsläufig mit der Beherrschung von anderen Lebewesen verbunden sein.“ (54f.) Für die „Macht des Kapitals“ heißt das „die Fähigkeit des Kapitals, dem gesellschaftlichen Leben seine Logik aufzuzwingen.“ (55) Der Vorteil einer solchen Definition liegt für Mau darin, dass sie auch Beziehungen zwischen Akteuren wie zwischen Kapitalisten und Proletariern beinhaltet, ohne allerdings auf diese Beziehungen „reduziert“ zu werden. (Ebd.) Wenn der Autor, wie oben erwähnt, die „fremde Macht“ auf „gesellschaftliche Verhältnisse“ bezieht, dann muss er auch den Begriff „gesellschaftliche Verhältnisse“ sehr weit fassen, denn einige Kapitel weiter schreibt er unter Verweis auf Marx „dass den Arbeiterinnen unter kapitalistischen Verhältnissen die Produktionsbedingungen als eine ‚fremde Macht‘ gegenüberstehen.“ (95) Folglich sieht er die Produktionsbedingungen als Teil der kapitalistischen Verhältnisse.

### STAATSTHEORIEN, IDEOLOGISCHE MACHT UND WERTFORMTHEORIE

Hinsichtlich der kontroversen Debatte um Staatstheorien stimmt der Autor mit Max Weber, Nicos Poulantzas, Joachim Hirsch und anderen darin überein, dass „Gewalt die für den Staat charakteristische Form der Macht ist.“ (67) Um die gesellschaftliche Reproduktion der Verwertung des Werts zu organisieren, ist eine Institution vorausgesetzt, die getrennt von der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion die Menschen zwingen kann, sich bestimmten Regeln zu unterwerfen. Zentral ist dieser Gedanke deshalb, weil er zeigt, dass für den stummen Zwang des Kapitals „die unmittelbare Gewalt des Staates“ vorausgesetzt ist. (Ebd.) Deutlich wird hier die Anlehnung von Søren Mau an Nicos Poulantzas und dessen Theorie der relativen Trennung von Staat und ökonomischem Raum, d.h. der Akkumulation des Kapitals und der Mehrwertproduktion, als institutionelle Grundlage des kapitalistischen Staates.

Die Ideologietheorien, hier bezieht sich der Autor auf Lukács, Korsch, Gramsci und Adorno, zeigen einen entscheidenden Fortschritt gegenüber den „staatszentrierten Machtvorstellungen im klassischen Marxismus“ (73), da sie deutlich machen, dass für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine ideologische Macht notwendig ist. Aufgenommen werden auch zum Teil Erkenntnisse der Marxschen Studien zur politischen Ökonomie, aber, so Mau einschränkend, sagen sie „uns nicht viel über den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse.“ (Ebd.) Das ist ja genau das, was Mau will, nämlich die ökonomische Macht des Kapitals sichtbar zu machen, d.h. in den Vordergrund zu rücken.

Positiv bezieht sich der Autor auf die Wertformtheorie, angestoßen von Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt und damit der *Neuen Marx-Lektüre*. Er hebt hervor, dass durch diese Neuinterpretation der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* es gelungen ist, „eine qualitative Theorie sozialer Formen“ zu entwickeln, „mit der sich die der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse enthüllen und kritisieren lassen.“ Diese gesellschaftlichen Verhältnisse zwingen dem gesellschaftlichen Leben „eine unpersönliche Macht“ auf. (75) Mau bezieht sich im Besonderen auf Michael Heinrich. Da diese *Neue Marx-Lektüre* in ihrer Analyse nicht unumstritten ist, wäre ein Kommentar von Mau diesbezüglich m.E. schon notwendig gewesen.



## SOZIO-ONTOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN

Die Marxsche Analyse der grundlegenden Struktur des Kapitalismus geht, so formuliert Mau schon in der Einleitung, „von zwei voneinander unabhängigen Voraussetzungen“ aus, „einerseits sozio-ontologischen Voraussetzungen, die allen Gesellschaftsformen gemeinsam sind, und andererseits einer historischen Tatsache, der Verallgemeinerung der Warenform.“ (27) Die soziale Ontologie befasst sich mit der Untersuchung „einer besonderen Art des Seins, nämlich des gesellschaftlichen Seins,“ (79) d.h. überhistorischer Merkmale, die für alle Gesellschaften Gültigkeit haben. „Einer sozialen Ontologie der ökonomischen Macht geht es also darum, die Möglichkeit von ökonomischer Macht auf das Wesen der gesellschaftlichen Realität zurückzuführen [...]“ (Ebd.) Er stellt heraus, dass Marx 1845 „mit einer bestimmten Form des humanistischen Denkens gebrochen hatte und dass dieser Bruch ein wichtiger Schritt nach vorn war.“ (86) Mau meint hier die vier Formen der Entfremdung, die Marx in Ökonomisch-philosophischen Manuskripte (1844) dargelegt hat, die eine kontroverse Diskussion ausgelöst haben und in der unterschiedlichen Einschätzung der Bedeutung des frühen im Unterschied zum späten Marx mündeten. Ohne diesen Disput hier näher zu erörtern, sei nur so viel gesagt, dass z.B. Herbert Marcuse und Henri Lefebvre sich positiv auf diesen Begriff beziehen, während Louis Althusser und Michael Heinrich ihn als Ausdruck des frühen Marx kritisieren, der mit dem Entfremdungsbegriff anthropologisch argumentiere und deshalb getrennt werden müsse von dem späten Marx als Autor des *Kapitals*. Mau kritisiert diesen Entfremdungsbegriff als „romantische Kritik“. (89) Mau will aber klarstellen: „Die „bürgerliche Gesellschaft *entfremdet* das Wesen des Menschen, sie *schafft es nicht ab*. Dieses Wesen existiert also weiter, auch wenn es durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse an seiner Entfaltung gehindert und verzerrt wird.“ (Ebd.) Mau zufolge spielt für Marx der „Begriff des Wesens eine zentrale Rolle als Grundlage seiner Kritik.“ (90) Da auch der späte Marx in seinen Werken den Entfremdungsbegriff verwendet, sieht Mau folgenden Klärungsbedarf: „Nach dem Bruch mit dem romantischen Humanismus beziehen sich diese Begriffe und Ausdrücke [Mau meint damit „Entfremdung“, „Mystifikation“ und „verkehrte“ oder „auf den Kopf gestellte Welt“, W.K.] jedoch nicht mehr auf die *menschliche Natur*; es sind vielmehr die *gesellschaftlichen Verhältnisse*, die den Proletariern als eine fremde Macht gegenüberstehen.“ (95) Der Begriff der menschlichen Natur, Mau spricht diesbezüglich von etwas Überhistorischem (125), kann nicht mit einer bestimmten Produktionsweise in Verbindung gebracht werden; er ist aber für die Marxsche Sozialontologie zentral. „Die körperliche Organisation des Menschen ist ein entscheidender Teil der Erklärung dafür, warum die menschliche soziale Reproduktion so viele verschiedene Formen annehmen kann.“ (126)

## DER BEGRIFF DER KLASSE

Mau sieht die Klassenherrschaft schon in der Warenform angelegt, da die Warenproduktion laut Marx sich der gesamten Gesellschaft aufzwingt. (131) Wichtig ist es dem Autor zufolge zu verstehen, dass die „Kernstruktur der kapitalistischen Produktionsweise“ die Klassenstruktur voraussetzt. (132) Das bedeutet für ihn, dass die Form der Klassenherrschaft dem Ausbeutungsverhältnis, für das Kapital das Entscheidende, vorgelagert ist. Deshalb schlussfolgert er, dass sich die Klassenherrschaft auf das Verhältnis bezieht, „zwischen *denen, die die Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion kontrollieren*, und *denen, die vom direkten Zugang zu ihnen ausgeschlossen sind*.“ (133) Daraus ergibt sich die Bestimmung des Klassenbegriffs als ein Verhältnis der Menschen zu „den *Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion*.“ (Ebd.) Die herrschende Klasse ist nach Marx die Klasse, deren Bedingungen die Bedingungen der gesamten Gesellschaft sind. Der Kapitalismus stützt sich auf dieses Machtverhältnis. Dieser Klassenbegriff beinhaltet für Mau den Vorteil, die Auffassung vom Klassenkampf zu erweitern und zu erkennen, wie Kämpfe in der Gesellschaft unter das politische Projekt „der Befreiung der Lebensbedingungen aus dem Griff des Kapitals“ zu begreifen sind. (134) Entscheidend für die Lage der Arbeiterklasse ist also die Trennung zwischen dem Leben der Menschen und seinen Bedingungen. Von diesen objektiven Bedingungen ist die Mehrzahl der Menschen abgeschnitten. Die Menschen werden nicht automatisch zu Arbeiter\*innen, sondern sie werden dazu gemacht, d.h., „weil“, Mau zitiert hier Marx, „der freie Arbeiter seine Lebensbedürfnisse nur befriedigen kann, sofern er seine Arbeit verkauft; also *durch sein eignes Interesse gezwungen ist, nicht durch äußeren Zwang*.“ (MEW Bd. 43, 186) Mau zufolge ist dies „die grundlegendste Ebene der ökonomischen Macht des Kapitals,“ (136) einer Macht, die die Reproduktion des Kapitals in ein Verhältnis setzt zu der Reproduktion des nackten Lebens der Arbeiter\*innen. Bevor Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt erfolgen kann, ist diesem Verhältnis das Verhältnis Kapitalist und Arbeiter\*in vorausgesetzt. „Die Arbeiterin ist, mit anderen Worten, bereits dem Kapital unterworfen, *bevor* sie auf den Markt geht, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Aber die Arbeitskraft ist eine eigentümliche Ware; sie kann nicht von ihrem Träger (dem Arbeiter) getrennt werden, und deshalb muss ihr Käufer den Arbeiter unterwerfen, um ihren Gebrauchswert zu konsumieren.“ (176) Der stumme Zwang der ökonomischen Macht funktioniert, weil die Menschen leben wollen. Søren Mau gelingt es, diese grundlegende und erhellende Analyse zur Klassenherrschaft zum Ausdruck zu bringen.



## WERTTHEORIE, MARKT UND FETISCHISMUS

Im Folgenden beschäftigt sich Mau mit der Marxschen Werttheorie. Diese zeigt, „wie die widersprüchliche Einheit von gesellschaftlicher und privater Arbeit im Kapitalismus zu einer eigentümlichen Form der ‚nachträglichen Vergesellschaftung‘ (Heinrich) führt, die alle, unabhängig von ihrem Klassenstatus, der abstrakten und unpersönlichen Macht des Wertgesetzes unterwirft.“ (178f.) Die Werttheorie ist als „Theorie der gesellschaftlichen Form der Arbeit“ zu begreifen. (182) Das heißt, dass die individuelle Arbeitsverausgabung eine gesellschaftliche Anerkennung erfährt und in ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis integriert wird. Sie ist Mau zufolge „eine Theorie der gesellschaftlichen Verflechtungen zwischen den Produktionseinheiten in der kapitalistischen Produktionsweise.“ (183) Ziel ist die Verwertung des Werts.

Über den Markt erfolgt der Zugang zu den Existenzbedingungen der abhängigen Produzenten. Seine Existenz ist das Ergebnis von Klassenherrschaft. Aus der Theorie des Werts ergibt sich nach Mau, dass der Markt „nicht nur Herrschaftsverhältnisse vermittelt (und verbirgt) – er ist selbst die Ausübung einer willkürlichen Macht.“ (187) Mau bezieht sich mit diesem Zitat auf William Clare Roberts. Aufgrund dieser Ausführungen kann also gefolgert werden: Der Wert wird zum Markt, der Markt wird zur Macht. Für Mau wird diese Macht zu einer fremden Macht, indem er schreibt: „Obwohl er [der Markt, W.K.] in letzter Instanz nichts anderes als eine Totalität von Beziehungen zwischen Menschen ist, löst er sich bis zu einem gewissen Grad von diesen Menschen und stellt sich ihnen als ‚fremde Macht‘ gegenüber, um einen von Marx‘ Lieblingsausdrücken zu verwenden.“ (189)

Von der universellen Macht des Werts gelangt Mau zum Begriff des Fetischismus, den er als eine „Form der Ideologie“ bezeichnet. Er will damit nicht behaupten, dass „Ideologie eine willkürliche Illusion oder ein falsches Bewusstsein“ (191) impliziert und als Manipulationsinstrument der Kapitalisten verstanden werden kann, sondern der Wert erscheint als „natürliche Eigenschaft, die die Arbeitsprodukte unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Kontext besitzen – und *das ist es, was den Fetischismus ausmacht*.“ (192) Damit ist bezüglich der *trinitarischen Formel* (Zusammenfassung der drei Fetischformen) von Marx (MEW Bd. 25) gemeint, dass Kapital, Grundeigentum und Arbeit den Kapitalisten, den Grundeigentümern und den Arbeitskräften, dem Alltagsverstand wie der herrschenden volkswirtschaftlichen Lehrmeinung als selbstständige Quellen von Wert erscheint. Mau stützt sich bezüglich des Fetischismusbegriffs auf mehrere Stellen im Marxschen Werk, wo ihm zufolge deutlich wird, dass für Marx „der Fetischismus eine ideologische Naturalisierung der gesellschaftlichen Formen ist.“ (193) Dem

Fetischismus sind alle Gesellschaftsmitglieder unterworfen, er ist keine Manipulationsstrategie der herrschenden Klasse und entspringt nicht einer geistigen Verwirrung, sondern ist „in der alltäglichen gesellschaftlichen Praxis der kapitalistischen Gesellschaft verankert“ [...] und zwar als „eine *ideologische* Verkehrung einer *realen* Verkehrung.“ (194f.)

## KONKURRENZ

Die horizontalen Beziehungen zwischen den Marktakteuren, also zwischen den Kapitalisten und zwischen den Proletariern, fasst Mau begrifflich als Konkurrenz. Mit Bezug auf Marx führt sie die Bewegungsgesetze des Kapitals „in Form des ‚wechselseitigen Zwangs‘“ aus. (213) Als „klasseninterne Beziehung“ (216) existiert sie zwischen Kapitalisten und zwischen Arbeiter\*innen und auch als „*brancheninterne* Konkurrenz“ (214). Konkurrenz ist universell zu betrachten, sie übermittelt Zwänge ausgedrückt in Preisen. (216) Wenn kapitalistische Konkurrenten sich gegenüberstehen, stehen sie ihrem eigenen Wesen gegenüber, „*verkleidet als ein anderes einzelnes Kapital*.“ (217) Als Form der Herrschaft ist Konkurrenz Mau zufolge universell, abstrakt und unpersönlich; alle sind ihr unterworfen. (219) Klassenherrschaft ist nicht nur vorausgesetzt, die Konkurrenz „*verstärkt und intensiviert*“ sie, indem das Kapital gezwungen ist, die Arbeiter\*innen in der Produktion „zu disziplinieren und zu unterjochen.“ (220)

## KRISEN

Krisen, so Mau, entstehen aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktion. (297) Er bezieht sich dabei auf das berühmte Zitat von Marx: „Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist das *Kapital selbst* [...]“ (MEW Bd. 25, 260) Um dies zu erläutern und zu einer kohärenten marxistischen Krisentheorie zu gelangen, verwirft er die Unterkonsumtionstheorie, die Disproportionalitätstheorie, letztlich auch mit Einschränkungen das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, um dann als Krisenursache die „Tendenz zur Überproduktion“ aus der Kapitalform abzuleiten. (299) Diese erklärt Mau folgendermaßen: Ziel der kapitalistischen Produktion ist der Profit und dieses Ziel wird dem Einzel- wie dem Gesamtkapital durch die Konkurrenz aufgezwungen. Um mehr Profit zu erzielen, weitet das Einzelkapital durch neue und produktivere Methoden seine Produktion aus, um seine Kosten unter die seiner Konkurrenten zu senken, sie also zu unterbieten und ihre Marktanteile zu übernehmen. Der Markt wird ausgeweitet. Dies führt dann die gesamte Volkswirtschaft betreffend zu einer „allgemeinen Überproduktion“. Aus der Sicht des Einzelkapitals ist dies rational, aus der Sicht des gesamten kapitalistischen Systems ebenfalls. Aus diesem Widerspruch entsteht eine Krise. (299) Dieser immanen-



te Widerspruch im Kapitalismus leitet sich ab aus dem Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert. Denn in der kapitalistischen Produktionsweise ist die Produktion von nützlichen Gebrauchsgütern der Verwertung von Wert untergeordnet. Der „stumme Zwang der Konkurrenz zwingt die einzelnen Kapitale, ohne Rücksicht auf die Grenzen des Marktes zu produzieren [...]“ (300) Die Akkumulation wird durch eine Krise unterbrochen, aber es bieten sich danach wieder neue Möglichkeiten für weitere Akkumulationen, u.a. infolge Entwertung und sinkender Löhne. Periodische Krisen der Überproduktion ergeben sich notwendigerweise. Bezüglich der unmittelbaren Ursache der Krise schränkt Mau jedoch ein, indem er schreibt: „Während wir die ultimative oder zugrunde liegende Ursache in der Überproduktion finden können, lassen sich die unmittelbaren oder näheren Ursachen konkreter Krisen nicht ausmachen, ohne die spezifischen und kontingenten Details der Situation zu berücksichtigen.“ (301) Zuzustimmen ist Mau sicherlich mit der Bemerkung, dass „Krisen [...] vielleicht *das* beste Beispiel [sind] für den *unpersönlichen* Charakter der ökonomischen Macht des Kapitals.“ (308)

## FAZIT

„Wie gelingt es dem Kapital, das gesellschaftliche Leben im Griff zu behalten? Wie ist es überhaupt möglich, dass eine Gesellschaftsordnung, die dermaßen krisenanfällig und lebensfeindlich ist, über Jahrhunderte hinweg bestehen konnte? Warum ist der Kapitalismus nicht schon längst zusammengebrochen?“ (15) Diese Fragen von Søren Mau zu Anfang seiner Analyse führen ihn zur ökonomischen Macht des Kapitals, wie er den „stummen

Zwang“ von Marx umschreibt. Er arbeitet in sehr stringenter und scharfsinniger Weise diese ökonomische Macht des Kapitals als einen „komplexe[n] Herrschaftsapparat“ (318) heraus, dessen Mechanismen auf allen Feldern der kapitalistischen Produktionsweise wirken. Auch wenn der Kapitalismus ohne Gewalt und Ideologie als Formen der Macht nicht denkbar ist, gelingt es Mau in einer tiefgehenden und überzeugenden Analyse der ökonomischen Macht des Kapitals, diese als spezifische Macht inhaltlich zu erarbeiten und sie systematisch von Gewalt und Ideologie zu unterscheiden. Als Zusammenfassung kann hier das folgende Zitat von Mau in besonderer Weise dienen: „Der stumme Zwang des Kapitals ist also das Resultat einer Reihe von gesellschaftlichen Verhältnissen und bestimmten Dynamiken, die von diesen Verhältnissen in Gang gesetzt werden. Zusammengenommen erklärt sich aus ihnen, warum die kapitalistische Gesellschaft von einer expansiven Verwertungslogik beherrscht wird, die sich der Gesellschaft nicht nur durch Gewalt und Ideologie aufdrängt, sondern auch dadurch, dass sie sich in die materielle Zusammensetzung der gesellschaftlichen Reproduktion einschreibt.“ (318) Diese umfangreiche materialistische Analyse ist sicherlich „keine leichte Kost“ (Heinrich) und deshalb kein Einführungswerk. Søren Mau gelingt eine Pionierleistung und er setzt Standards mit seiner Analyse über den „stummen Zwang“ der ökonomischen Macht im Kapitalismus, der als „stummer Zwang“ zwar schon häufig zitiert, aber noch nie systematisch erforscht wurde.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

# „Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen“

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Lene Kempe, Politikwissenschaftlerin und Redakteurin der Monatszeitung *ak (analyse & kritik)* will mit ihrem Buch *Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie*, so der Untertitel ihrer jüngsten Veröffentlichung, leisten. Dabei will sie klären, wie die beiden Begriffe Hegemonie und Diskurs zueinanderstehen und zudem „eine systematische Integration diskursiver Aspekte in die neogramscianische Hegemonieanalyse [...] ermöglichen.“ (10) Der Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci (1891-1937) basiert, so Kempe, für die gesamtgesellschaftliche Ordnung in kapitalistischen Staaten auf Konsens, um so die Zustimmung der Subalternen, also der Beherrschten, für die Macht der Herrschenden zu erhalten. Über ökonomische Zugeständnisse und über

„allgemein akzeptierte Ideen, Deutungen, Normen, Regeln und Institutionen“ (11) auf der Ideologieebene soll ein solcher Konsens erreicht werden, um so einen im Wesentlichen einheitlichen Alltagsverstand zu erzielen. Dieser Alltagsverstand oder dieses Alltagsbewusstsein ist umkämpft, da hier nicht nur ideologische Deutungen der Herrschenden eingehen, sondern auch eigene Lebensrealitäten über Unterdrückung und Ausbeutung. Bei dem „Krieg um Köpfe“ geht es den Herrschenden in einer auf sozialen Klassen basierten Gesellschaft darum, partikulare Interessen als universale erscheinen zu lassen und „konsensual zu verankern“. (Ebd.) Es geht also um stabile kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse, die von der Mehrheit der Subalternen als notwendig und auch als alternativlos gesehen werden sollen. Der Ideologiebegriff von Gramsci artikuliert sich Kempe zufolge in Alltagspraxen als ein Zusammenhang von „Sprache, Macht und



Lene Kempe

## Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen

Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Kempe, Lene 2021: *Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen. Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie*, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 236 Seiten, ISBN 978-3-89691-066-0, 26,00 Euro.

Herrschaft, aber auch von Sprache, Sinnstiftung und Orientierung in widersprüchlichen Verhältnissen“.

(13) Kempes Kritik an der bisherigen Forschung der neogramscianischen Hegemonieanalysen bezieht sich darauf, dass diese hinter dem zurückfällt, was Gramsci über Ideologie und ihren Zusammenhang mit Hegemonie schon erarbeitet hat. „Ziel ist dabei die Entwicklung eines *Diskursbegriffs*, der sich in ein neogramscianisches Analyseraster einfügen lässt und die systematische, auch empirische Untersuchung ideeller Aspekte hegemonialer Ordnungen und Praxen ermöglicht.“ (14) Zentral dabei ist, wie das Verhältnis von Diskurs und Macht bestimmt werden kann. (15)

### SNITTPUNKT ZWISCHEN DISKURS UND IDEOLOGIE

Kempe verweist darauf, dass mit dem Diskursbegriff ganz allgemein „kollektivierte Sinninformationen, Bedeutungen und Wissensbestände, auf gesellschaftlich verbreitete Normen oder Regeln, kurz auf das, was zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort regelmä-

ßig sprachlich in die Öffentlichkeit transportiert wird – mit Foucault gesprochen – auf die Positivitäten gesellschaftlicher Diskurse“ verstanden werden. (75) Mit diesem Diskursbegriff wird klar, dass dieser umfassender als der Ideologiebegriff gefasst ist, da Ideologien im Diskurs als „ein Mittel“ wirken, um Sinn zu konstruieren und zu übertragen. Das soll Kempe zufolge aber nicht bedeuten den Ideologiebegriff aufzugeben und die diskursive Praxis von Macht und Herrschaft zu lösen. (Ebd.) Ideologien konstituieren das Bewusstsein und das soziale Handeln der Menschen und strukturieren und gestalten so die gesellschaftliche Praxis. Hier bezieht die Autorin auf Gramscis Ideologieverständnis. Sie sieht einen wichtigen „Schnittpunkt“ zur Diskursforschung von Siegfried Jäger und dessen Kritischer Diskursanalyse (KDA), indem sie deutlich macht, dass für Jäger Diskurse die Realität nicht nur darstellen, sondern auch schaffen und „als vollgültige Materialitäten ‚sui generis‘ verstanden werden müssen [...]“. (71)

### AUSKLAMMERUNG DER FETISCHANALYSE

Wenn Kempe mit Blick auf Gramscis Ideologiebegriff von Prozessen „der Bedeutungszuweisung und Sinngebung“ spricht, von denen Herrschende wie Beherrschte eingebunden sind, stellt sich jedoch die Frage, weshalb hier ein Einbezug der Fetischanalyse von Marx nicht erfolgt. Die Autorin rechtfertigt sich mit dem Argument, dass es in ihrer Arbeit „um die historisch-konkrete Machtwirkung von (ideologischen) Diskursen“ geht und nicht „um eine kapitaltheoretische Begründung ideologischer Formen“. (Ebd., Fußnote 23) Diesem Argument kann ich nicht zustimmen, denn mit der „Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise“ und der „Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx) schlägt

sich der Fetischismus in objektiven Bewusstseinsformen nieder, die die Wahrnehmung der Menschen – Herrschende wie Beherrschte – in der bürgerlichen Gesellschaft strukturieren. Kapital, Grundeigentum und Arbeit erscheinen den Kapitalisten, den Grundeigentümern und den Arbeitskräften, dem Alltagsverstand wie der herrschenden volkswirtschaftlichen Lehrmeinung als selbständige Quellen von Wert. Nicht die abstrakte, vergegeben ständlichte Arbeit erscheint so als Substanz des jährlich produzierten Gesamtwertes, sondern die Trinität der verselbständigten Erscheinungsformen aus Kapital, Grundeigentum und Arbeit. Kapitalistische Produktionsverhältnisse erscheinen als sachliche, natürliche und unveränderliche Gegebenheiten bar jeder historischen Form gesellschaftlicher Produktionsprozesse. Hierin drücken sich Verkehrung und Mystifikation aus, also eine sehr konkrete Macht- und Herrschaftswirkung kapitalistischer Verhältnisse. Zumindest als Schnittpunktkoordinate zu anderen kritischen Motiven wie z.B. Ideologie, Wesen und Erscheinung, Sein und Bewusstsein hätte hier die Fetischanalyse Eingang finden müssen.

### DISKURSTHEORETISCHE PERSPEKTIVEN

Kempe verweist auf drei recht unterschiedliche Diskurstheorien, die den Diskursbegriff ihrer Arbeit beeinflussen, in zustimmender wie abgrenzender Art.

Die Theorie von Vivien A. Schmidt (1) sieht in Diskursen „kollektive (politische) Deutungs- und Aushandlungsprozesse“. (77) Kempe zufolge ist dieser Diskursbegriff relativ eng gefasst, er ist zeitlich und räumlich begrenzt. Diese Diskursanalyse versteht sich als Gesprächsanalyse. (Ebd.) In Abgrenzung dazu sehen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2) ihre Diskurstheorie als einen Prozess der „Produktion von gesellschaftlich akzeptierter Bedeu-

tung und Wirklichkeit.“ Nicht nur Sprache, sondern auch jede „sinnstiftende Praxis“ wird unter dem Begriff Diskurs verstanden, sodass die Realität, die Praxis, nur durch Diskurse zugänglich ist. „Diskurs ist hier also realitätsschaffende Praxis, und das Soziale ist per se diskursiv.“ (Ebd.) In diesem Ansatz gibt es folglich keine nicht-diskursive Praxis. In der sich davon abgrenzenden Theorie von Michel Foucault (3) gibt es neben der diskursiven Praxis auch eine nicht-diskursive Praxis. „Foucault und an diesen anschließende Ansätze der Kritischen Diskursanalyse integrieren Elemente poststrukturalistischen Denkens, indem sie ihr Augenmerk auf Prozesse der Konstruktion und Dekonstruktion und damit auf die prekäre Existenz von Sinn, Bedeutung, Wissen und Wahrheit richten.“ (Ebd.) Kempe geht dann auf diese drei unterschiedlichen Positionierungen zum Diskursbegriff recht umfassend näher ein, wobei sie ein besonderes Interesse an der Verbindung von Diskurs und Macht, so wie sie in den Ansätzen zum Ausdruck kommt, hat. Sie schlussfolgert daraus einen dreifachen Sinn, „nämlich als Macht *durch* den Diskurs, als Macht über den Diskurs und als Macht *innerhalb* des Diskurses.“ (Ebd.)

### FAZIT ZU DEN DREI DISKURSTHEORIEN

Bei dem Ansatz von Vivien A. Schmidt zeigt sich Kempe zufolge, welche Konsequenzen nicht-diskursive Machtverhältnisse auf Diskursverläufe haben. Zudem kann es Akteuren gelingen, ihre Interessen in einem Diskursverlauf einzubringen, womit bestimmte Politiken etabliert werden können. Indem Schmidt sich aber im Wesentlichen mit politischen und wirtschaftlichen Eliten befasst „neigt Schmidt fasst zwangsläufig zu einer instrumentalistischen Verkürzung des Diskursbegriffs, weil sie gleichsam mit dem analytischen Brennglas nach erfolgreichen Strategien der Überredung und Überzeugung forscht.“ (91) Po-

litische Diskurse sind bei ihr Instrumente der Regierungen, um eigene Interessen durchzusetzen. Das heißt nach Kempe auch, dass sich in der Theorie von Schmidt politische Eliten Diskurse bemächtigen, um Wähler\*innen zu manipulieren. Kempe kritisiert, dass Diskurse hier nicht als gesamtgesellschaftliche Praxis und als Kräfteverhältnis gesehen werden, so z.B. als Spannungsfeld zwischen dem Alltagsbewusstsein und dem von Interessen geleiteten Diskurs von Eliten. (92)

Der Ansatz von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau verbindet „den poststrukturalistischen Begriff von Diskurs mit dem gramscianischen Begriff der Hegemonie.“ (98) Für Kempe haben beide in bestechender Weise herausgearbeitet, dass Diskurse selbst Realität schaffen bzw. eine solche zumindest mitgestalten; sie sind also nicht einfach ein Abbild der Wirklichkeit. „Diskurse sind [...] irreduzibles Element alles Sozialen.“ (119) Auch gelingt es ihnen deutlich zu machen, dass Macht im Diskurs immer schon anwesend ist, sodass Macht nicht erst dadurch entsteht, dass machtvolle Akteure in den Diskurs eintreten und ihn durch ihre Interessen beeinflussen. „Macht ist immer schon da, weil der Diskurs den Rahmen unseres Denkens und Handelns definiert (und begrenzt) und dabei nach bestimmten Regeln funktioniert, die die Ausübung von Macht implizieren.“ (121) Kempe verweist jedoch kritisch daraufhin, dass Laclau und Mouffe jegliche Bedeutung und jeglichen Einfluss nicht-diskursiver Faktoren aus ihrer Analyse verbannen, weil Diskurse ihre Triebkräfte und Grenzen in sich selbst finden. Wenn Machtverhältnisse in ihrer Theorie immer nur auf diskursimmanente Logiken zurückgeführt werden müssen, „dann lösen sich [...] alle Verhältnisse und alle Macht im Diskurs auf“. (122) Die Kategorie Diskurs, hier bezieht sich Kempe auf Terry Eagleton, wird aufgebläht, indem sie von der ganzen Welt Besitz ergreift. (Ebd.) Kempe

zieht so eine „zwiespältige Bilanz“. (123)

Der dritte Ansatz bezieht sich auf Michel Foucault und die Kritische Diskursanalyse. Kempe zufolge stellt Foucault die „Kopplung von Macht, Wissen und Diskurs“ in den „Mittelpunkt seiner Analysen“. (124) Wenn Kempe mit ihrer Arbeit den Diskursbegriff materialistisch fundieren will – mit nicht-diskursiven, historisch-materiellen Verhältnissen als eine dialektische Einheit – dann orientiert sie sich an der Kritischen Diskursanalyse (KDA) des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und dessen Rezeption von Foucault, d.h. sie beurteilt Foucault in der Lesart der KDA. (125) Sie hebt hervor, dass die KDA verschiedene Kategorien entwickelt hat, „um Diskurse als ‚Materialitäten 1. Grades‘ zu erfassen und mit nicht-diskursiven Bedingungen zu verbinden. Sie verweist hier im Besonderen auf Siegfried Jäger, der durch die Erweiterung der KDA zur Dispositivanalyse auch nicht-diskursive Verhältnisse systematisch in die Analyse einbezieht und so mit den Sozialwissenschaften verbindet. (Ebd.) Im Anschluss an Foucaults Thematisierung der gesellschaftlichen Begrenzung von Wissen, hat die KDA „dafür den Begriff des *Sagbarkeitsfeldes* geprägt“, das auch das Gegenteil, das Nicht-Sagbare, konstituiert, d.h., das vom Diskurs ausgeschlossene, das Unwahre, das Unwissenschaftliche. „Diskurse konstruieren also nicht nur das Sag- und Wissbare, sie *begrenzen* es auch.“ (127) Mit Bezug auf Margret und Siegfried Jäger sind Diskurse als überindividuelle und überinstitutionelle Praktiken zu fassen, die ein Eigenleben führen und aus sich heraus Macht ausüben. „Der Diskurs ist eine Machttechnologie.“ (136) Kempe orientiert sich in ihrer Arbeit an der Unterscheidung von diskursiver und nicht-diskursiver, also von sprachlicher und nicht-sprachlicher Praxis. Sie bezieht sich zustimmend ebenfalls auf den „Begriff des Sag-



barkeitsfeldes“, gefasst „als positives Feld von Aussage-Häufungen“. (139)

### MATERIALISTISCHER DISKURSBEGRIFF IN DER ANALYSE VON HEGEMONIEPROJEKTEN

Kempe macht deutlich, dass ein materialistischer Diskursbegriff gebunden ist an die materiellen Verhältnisse (soziale Ungleichheit, Armut, ökonomische Krisen und Umweltkatastrophen) und somit Diskurse in ihrer Machtwirkung nur im Zusammenhang mit diesen materiellen Bedingungen und den Kräfteverhältnissen analysiert und verstanden werden können. (153) „Diskurse besitzen [...] eine eigene Qualität und Materialität, weil sie selbst Wirklichkeit darstellen und uns die materiellen Verhältnisse sinnhaft verstehen und gestalten lassen; Diskurse ordnen also die Welt und verleihen den Dingen und Ereignissen Sinn und Bedeutung.“ Nicht nur „Wahrnehmungs-, sondern auch *Handlungskorridore*“ werden durch Diskurse definiert. (154) Die grundlegende Bedeutung von Diskursen in Hegemonie bzw. in Hegemonieprojekten zeigt sich Kempe zufolge darin, dass gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, Konflikte und Kämpfe fester Bestandteil von Diskursen sind und so selbst Gegenstand von Hegemonieanalyse sein sollten. „Sie interessieren dann als eine *vermachtete* Struktur- und *machtvolle* Praxisebene von Hegemonie bzw. Hegemonieprojekten und insofern als Element des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.“ (175) Bei erfolgreichen hegemonialen Projekten werden Sagbarkeitsfelder konstituiert, indem diskursive und nicht-diskursive Terrains abgesteckt werden. Hegemonie lässt sich nicht auf den „Bedeutungs- und Sinngehalt reduzieren“. Ein erfolgreiches Hegemonieprojekt zeigt sich dann, wenn „die sozialen Produktionsverhältnisse, Politik, staatlich-institutionelle Arrangements, Kultur, Alltagspraxen und Diskurse ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken.“ (179) Hegemoni-

ale Projekte werden immer auch auf der Ebene des Diskurses erkämpft und verteidigt; sie artikulieren und verstetigen sich diskursiv. Das Hegemonieverständnis von Gramsci zeigt sich kompatibel für konstruktivistische Diskurskonzepte, die die Kraft von Diskursen, Wirklichkeit zu gestalten, betonen. (208) Wenn Kempe Diskurs definiert „als strukturierende und strukturierte, Sinn und Bedeutung stiftende sprachliche Praxis und zugleich als de[n] Ort, an dem Wirklichkeit in strukturellen Grenzen sozial verhandelt wird“ (211) und Diskurs als „materielles und vermachtetes Verhältnis“ in dem „Hegemonieproduktion theoretisch sichtbar und empirisch greifbar“ wird, dann bietet nach ihrer Meinung dieser Diskursbegriff „eine Möglichkeit, eine Lücke in der neogramscianischen Forschungslandschaft zu schließen.“ (217) Mit der Möglichkeit, Diskurse auch als Praxisfeld für emanzipatorische Strategien zu nutzen und so gegenhegemoniale Diskurskulturen zu entwickeln, schließt Lene Kempe ihre Arbeit über eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie.

Kempe geht in ihrer Arbeit von dem Hegemonie- und Ideologieverständnis von Antonio Gramsci aus, das sie in klarer und strukturierter Weise darlegt. Ihre Auseinandersetzung mit unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Diskursansätzen erfolgt ausführlich und detailliert. Es gelingt ihr, Diskurse auf der Ebene der Produktion und Artikulation von Hegemonie theoretisch fassbar und für die Analyse von Auseinandersetzungen um Hegemonie nutzbar zu machen. Macht- und Herrschaftsstrukturen werden dabei einbezogen. Leider lässt sie die Fetischanalyse bewusst außen vor, obwohl sich der Fetischismus in objektiven Gedankenformen niederschlägt, die die Wahrnehmung der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft strukturieren, und zwar für Herrschende wie Beherrschte gleichermaßen

(siehe hierzu meine obigen Ausführungen). Lene Kempe gelingt es in der vorliegenden Arbeit, eine Neubestimmung und forschungspraktische Aneignung vorzulegen, die sich auf das Verhältnis von Diskurs, Macht und Hegemonie aus neogramscianischer Perspektive bezieht.

Wolfgang Kastrop ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

### Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet



Felix Schilk



Felix Schilk  
Souveränität statt Komplexität  
Wie das Querfront-Magazin »Compact« die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

ISBN 978-3-89771-768-8  
Erscheinungsdatum: März 2017  
Seiten: 192  
Reihe: Edition DISS Band: 39  
Ausstattung: Softcover

Compact, Jürgen Elsässers »Magazin für Souveränität«, liefert dem Umfeld von AfD und Pegida Stichworte, Symbole und Ideologeme. Die monatlich erscheinende Zeitschrift verbindet das Bedürfnis nach Homogenität und rigiden Ordnungsvorstellungen mit einer verschwörungsideologischen Deutung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und bietet Projektionsflächen für Sozialcharaktere, die sich durch einen selektiven und verhärteten Zugriff auf die Wirklichkeit auszeichnen.

# Konservativ-faschistische Konvergenzmomente

Rezension von Stefan Vennmann

Natascha Strobl: *Radikalisiertes Konservatismus. Eine Analyse*, Berlin: Suhrkamp 2021, 189 S., 16,00 Euro. ISBN: 978-3-518-12782-7

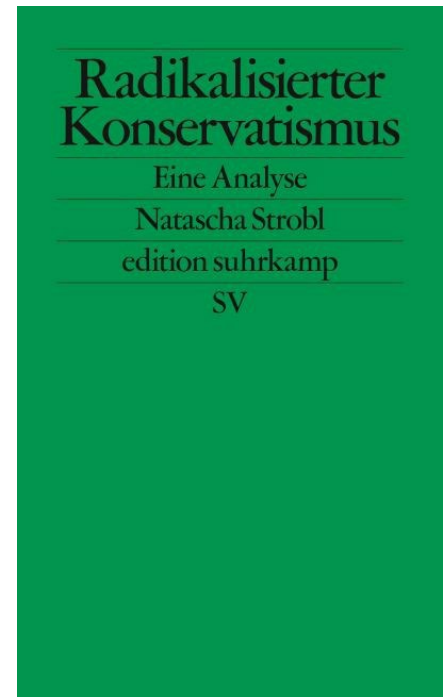
In ihrem neuen Essayband *Radikalisiertes Konservatismus* untersucht Natascha Strobl – fokussiert auf Donald Trump und Sebastian Kurz als personenbezogener Ausdruck dieser Ideologie – die politische Entwicklung innerhalb des Konservatismus – beschrieben als „antiegaltäre, antirevolutionäre, klassenharmonisierende Haltung, deren höchste Werte Ordnung und Eigentum sind“ (12) – die mehr und mehr faschistische Momente in ihre politische Praxis integriert. Radikalisiertes Konservatismus meint auf den Begriff gebracht die mal unbewusste, mal forcierte Übernahme faschistischer Agitationsstrategien innerhalb großer Volksparteien. Radikalisiertes Konservatismus ist eine Enthemenung nach rechts, die aber nicht neu, sondern dem Konservatismus ideengeschichtlich inhärent ist (30). Radikalisiertes Konservatismus ist „zugleich Bruch und Kontinuität“ (33): Aufkündigung bestimmter politischer Konsense bei gleichzeitiger Radikalisierung einer schon vorher existierenden gesellschaftlichen Entwicklung, die nicht plötzlich als Reaktion auf einzelne Ereignisse ad hoc entsteht, sondern sich an diesen Ereignissen (Finanz-, Migrations- oder Gesundheits-, Krise) entzündet – „weder Trump noch Kurz sind einfach passiert“ (34).

Über eine kurze historische und sozialpsychologische Einordnung<sup>119</sup>

dieses Konvergierens stellt Strobl zwar fest, dass es sich in den Grundzügen um unterschiedliche Ideologien – die eine auf Erhalt, die andere auf Revolution gerichtet – handelt. Dennoch teilen Konservatismus und Faschismus ein ähnliches Fundament von Wertvorstellungen, in der politischen Realität lässt sich zunehmend ein „Mischspektrum“ (19) beobachten, das in vielen Ländern an den Hebeln der politischen Macht sitzt. Strobl führt die Macht dieses Spektrum auf ein Denken von „Effizienz, Nützlichkeit und Verwertbarkeit“ (28)<sup>120</sup> zurück, das sich in einer Ideologie „roher Bürgerlichkeit“ (28)<sup>121</sup> gesamtgesellschaftlich ausdrückt und sich politisch zu „rechtsextremem Kulturkampf und staatlicher Vertrauenskrise“ (35) radikalisiert.

## ZWEI FREMDE GEGEN DENSELBEN FEIND?

Strobl arbeitet deutlich heraus, dass der Konservatismus zunehmend die von Carl Schmitt begründete Feindkonstruktion vom „traditionellen Rechtsextremismus übernommen“ (63) und insofern perfektioniert, als dass sie ungefährlich, „normal“ wirkt. Wie auch bei Schmitt findet im radikalisierten Konservatismus eine doppelte Feindbestimmung, *wirklicher* und *absoluter* Feind, statt. Strobl unterscheidet zwischen dem *unmittelbaren*, konkret politischen Feind, der Opposition (64), und dem *diffusen*, außerparlamentarischen Feind (68), Antifaschist:innen und Migrant:innen. Das „düstere[] Feindbild[] für die eigenen Fans“ (69),<sup>122</sup> das ganz im Sinne von Lö-



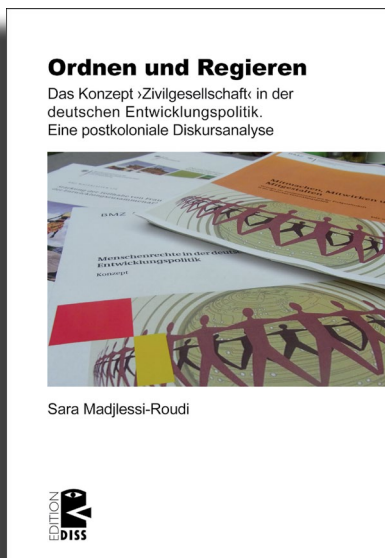
wenthals Studie *Falsche Propheten* (1948) durch die zentralen Leitfiguren demagogisch mittels geschickter Medienlenkung und ‚provozierte Aufreger‘ gezeichnet wird (113f.), lässt aber einen zentralen Punkt vermissen. Auch wenn diverse rechte Ideologeme und Vereinigungen wie QAnon als „klar antisemitisch“ (129) charakterisiert werden, fehlt doch die eindeutige Klarstellung, dass mit der Übernahme der Schmitt’schen Feindunterscheidung nicht nur diffus gegen Linke und Migrant:innen mobil gemacht wird. Vielmehr wird ein struktureller Antisemitismus, der von geheimen Verschwörungen gegen die eigene Identität faselt, als relevanter Faktor konservativen Politikmachens nicht in der Deutlichkeit hervorgehoben, die er verdient hätte.

119 Die auch immer wieder – historisch wie gegenwärtig – auf politische, kulturelle und personelle Überschneidungen beider Lager im Kampf gegen Liberalisierungstendenzen (136) und den Bezug auf dasselbe „intellektuelle Umfeld“ (144) zurückgeführt wird.

120 Also der Neoliberalisierung etwa in Fragen der Sozialhilfe, Krankenversicherungen und Steuern (94f.).

121 In ähnlicher Weise kann der Begriff der ‚bürgerlichen Kälte‘ verstanden werden, wie er von Adorno, Theodor W.: *Erziehung zur Mündigkeit*. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969, Frankfurt/M. 1970, 101f. entwickelt wird.

122 Auch in diesem Sinne lässt sich von Populismus sprechen. Es geht um popkulturelle *fanbased*-Politik, die nicht mehr Anhänger:innen mobilisiert, sondern Fans mittels spektakulärer Unterhaltungsformate zur Gefolgschaft macht (124).



Sara Madjlessi-Roudi  
 Ordnen und Regieren  
 Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts  
 ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen  
 Entwicklungspolitik  
 ISBN 978-3-89771-777-0  
 Seiten: 476  
 Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er-Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt. Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben. Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolischem Paternalismus.

Dennoch weist Strobl auf einen anderen Faktor in der Politik des Konservatismus hin, der sich aus dem ideologischen Repertoire faschistischen Denkens bedient. „Neu ist, dass die Strategie einer überpolitischen und übermenschlichen Führungsfigur nicht mehr nur von der extremen Rechten beschworen, sondern von konservativen Kräften vollzogen wird“ (90). Der Konservatismus scheint mehr und mehr nach Vorbild des Faschismus weniger nur Partei, sondern „Bewegung“ (79) zu werden. Das Interesse am politischem Wettbewerb, „innerparteilicher Demokratie und Widerspruch“ (81) schwindet und der „beinahe feudale[] Herrschaftsanspruch“ (62), der sich „den Staat zur Beute“ (62) macht, tritt deutlich hervor. Strobl konstatiert, dass sich Politik im neoliberalen Kapitalismus als – wie es Max Horkheimer nannte – Racket formiert (81). Diese Herrschaft weniger, meist männlicher ‚starker Macher‘ (44) funktioniert vor allem über informelle Netzwerke, undemokratische ‚Hinterzimmerpraktiken‘ und die systematische Exklusion unliebsamer, linksliberaler Medien bei öffentlichen Auftritten, um die demokratische Willensbildung zu behindern (108).

Dieses Umschiffen des demokratischen Streits und die Aufkündigung eines demokratischen Konsenses – der in sich selbst nicht unproblematisch ist, weil er extremismustheoretisch gerahmt ist – sind eine relativ neue Erscheinung in westlichen Demokratien, zumindest hinsichtlich der Intensität und des Wahlerfolges solcher Akteure (41). Damit wird „letztlich auch de[r] Bruch mit der Geschichte der eigenen Partei“ (42) begangen und aus Gründen des schieren Machtinteresses die Öffnung nach rechts vollzogen.

Zwar konzentriert sich Strobl auf einzelne Machtpolitiker, die das Spiel um die Macht durch den Einsatz politischer, ökonomischer und kultureller Ressourcen perfekt zu spielen wissen. Allerdings – und das ist hervorzuheben – macht sie deutlich, dass es sich bei der Fokussierung auf einzelne Machtpolitiker nicht um ein *moralisches* Argument handelt, das diese konkreten Handlungen *nur* – aber auch – auf persönliche Bösartigkeit der individuellen Person zurückführt.<sup>123</sup> Und damit kommt Strobl wieder an den Anfangspunkt ihrer versteckten, materialistischen Kritik zurück. Es reicht eben nicht aus, mit dem moralischen Zeigefinger die radikalisierten Konservativen als verwerflich Handelnde zu stigmatisieren und gegenmediale Aufklärung über deren Fake News zu leisten, so lange gesellschaftliche Verhältnisse existieren, die in ihrer Krisenhaftigkeit einen solchen strukturellen Autoritarismus überhaupt erst ausbrüten. In letzter Instanz müsse die moralische Kritik der Analyse der Verhältnisse weichen, denn „[e]ine Lüge ist eine Lüge, aber eine Lüge, die ohne Konsequenzen wiederholt wird, wird zur Wahrheit“ (51).

### EINE KRITISCHE INTERVENTION IN DIE SOZIALWISSENSCHAFTLICHE POPULISMUS-DEBATTE

Abgesehen von dem angenehmen Schreibstil ist anzumerken, dass Strobl sich nicht – ihrem aufklärerischen Zweck völlig adäquat – in theoretischen Detaildiskussionen verliert. Für die sich in der Literatur auskennenden Leser:innen birgt der Essay nichts wirklich Neues, schon gar keine Detailkenntnisse über personelle Strukturen, Agitationsformen und entwickelt auch keine expliziten Gegenstrategien. Das ist aber auch nicht der Anspruch: Strobls Stärke ist vor al-

123 Damit übernimmt Strobl die Argumentation des marxistische Rechts- und Politiktheoretikers Franz L. Neumann, die er 1954 in seinem Aufsatz *Angst und Politik* (in: Marcuse, Herbert (Hrsg.): Franz Neumann. Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Wien/Frankfurt/M., 261-291) herausgearbeitet hat.

lem die Begriffsbildung des radikalisierten Konservatismus, der auch als Kritik der aktuellen Debatte um (rechten) Populismus verstanden werden kann. Dass Strobl „Rechtspopulismus bzw. de[n] parteiförmigen und außerparlamentarischen Rechtsextremismus“ (39) synonym verwendet, wird der akademischen Populismusdebatte ein berechtigter Dorn im Auge sein. Denn wo diese in weiten Teilen Populismus zwar *auch* in seiner völkisch-autoritären Spielart benennt, ihn teilweise sogar als wichtiges Korrektiv in der parlamentarischen Demokratie zu begreifen versucht (vgl. Rezension zu Möller, *Kolja: Populismus, Berlin 2022* in diesem Heft), zeugt der Begriff des radikalisierten Konservatismus von der immanenten Gefahr der Verharmlosung des Populismus.

Dieser will nicht nur punktuelle, konservative bis autoritäre Verschiebungen des politischen Gefüges, sondern eine „grundsätzlich andere Version der Realität“ (40). Er will nicht mehr die Tradition konservieren, sondern er will, wie sein historischer Vorgänger der sogenannten *Konservativen Revolution* „vorwärts in die Geschichte“ (139).

Es kann aber davon ausgegangen werden, dass Strobls Begriffsschöpfung, ihre implizite materialistische Gesellschaftskritik und das Insistieren, Populismus ließe sich abseits der (historischen und theoretischen) Konvergenz von Konservatismus und Faschismus nicht verstehen, die genuin antidemokratische Gefahr des Populismus noch einmal bestätigen. Wie sehr der Faschismus

den Konservatismus in Momenten ihres Zusammentreffens überformt, lässt sich auch am jüngsten Austritt Jörg Meuthens aus der AfD deutlich machen. Eine sich vom klassischen Establishment-Konservatismus abgrenzende, offen mit Faschist:innen und völkischem Denken kokettierende Partei, führt deutlich vor Augen, dass der offene – und offen geleugnete – Pakt mit dem Faschismus immer an seiner realen Vorbereitung arbeitet. Strobls Essay ist ein ausgezeichnetes Beispiel, dass diese Entwicklung in der Gegenwart von Antifaschist:innen nicht unbeobachtet bleibt.

**Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.**

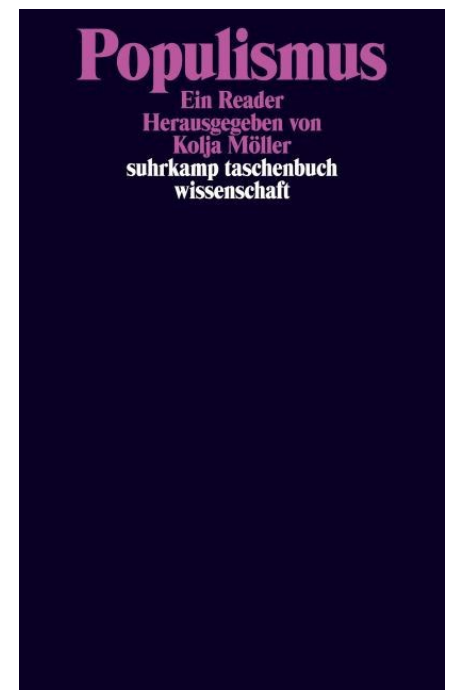
## Die Aporien der sozialwissenschaftlichen Populismusforschung

Rezension von Stefan Vennmann

Kolja Möller: *Populismus. Ein Reader*, Berlin: Suhrkamp 2022, 369 S., 26,00 Euro. ISBN 978-3-518-29940-1

Mit *Populismus. Ein Reader* legt Kolja Möller einen umfassenden Diskussionsüberblick zur sozialwissenschaftlichen und politiktheoretischen Auseinandersetzung mit dem Begriff des Populismus vor. Möllers Zusammenstellung ist ein breiter Fundus historischer und moderner Klassiker der Theorien des Populismus.<sup>124</sup> Der Band beginnt dabei mit historischen Analysen marxistischer und psychoanalytischer Prägung, die sich auf den italienischen Faschismus, den Nationalsozialis-

mus und die Agitationsversuche US-amerikanischer Faschisten beziehen. Mit diesem historischen Fundament geht der Band weiter durch die Entwicklung der Theorie, nimmt poststrukturalistisch-hegemonietheoretische Versuche, den Populismus zu analysieren und ihn als emanzipatorisches Projekt zu refigurieren, ebenso auf wie neo-marxistische, liberale und eher der vergleichenden Politikwissenschaft, der empirischen Demokratie- und Rechtsextremismusforschung entstammende Definitionen von Populismus. Besonders bemerkenswert ist, dass der Band den Spagat zwischen Klassikern unterschiedlicher Denktraditionen und neuesten Einschätzungen populistischer Mobi-



124 Wenn auch keine Primärtexte von Theoretiker:innen des ‚Rechtspopulismus‘ in den Band aufgenommen wurden, schließlich sind auch schon die aufgenommen marxistischen und psychoanalytischen Klassiker eine Reaktion auf eine zumindest populismusähnliche Politikform zu Beginn des 20. Jahrhunderts.



lisierung schafft, die anders als die Klassiker auf die hervorstechenden, gesellschaftlichen Krisenmomente seit der Jahrtausendwende eingehen – die Finanzkrise 2008 und der Sommer der Migration 2015. Möller spricht in diesem Zusammenhang von einer „weltweiten Welle des Rechtspopulismus“ (37), unterschlägt aber keineswegs auch die vermehrte Hinwendung zu einer populistischen Politik von links.

Doch Populismus ist der Idee nach selbstverständlich viel älter, es handelt sich um ein Phänomen, das „die Politik schon immer begleitet hat“ (16), von der römischen Antike, über Machiavellis Florenz bis in die Gegenwart. Diese Diagnose unterfüttert Möller in seiner Einleitung in den Band, indem er die laufende Diskussion kommentiert, Grundlagen der Geschichte des Populismus sowie für seine Analyse und Kritik grundlegende Begriffe klärt: Souveränität, Demokratie, Volk und Elite und die unterschiedlichen (oder doch ähnlichen) Bezugnahmen auf jene durch linke und rechte Populismen.

Die Zusammenstellung der Texte, die sich in der disziplinären Breite hervorragend für Studium und universitäre Lehre in den Politik- und Sozialwissenschaften eignet, soll folgend nicht kommentiert werden, müsste doch eine willkürliche Auswahl getroffen werden. Die Texte sprechen in ihrer Position meist eine eindeutige Sprache. Daher soll der Fokus auf die Einleitung gerichtet werden, anhand derer sich der Stand der Debatte um Begriff und Theorie des Populismus rekonstruieren lässt. Gleichzeitig können aus der inhaltlichen Ausrichtung der Einleitung heraus auch Probleme lokalisiert werden, die dem gegenwärtig dominierenden Strang der Theorie des Populismus anhaften. Viele Aspekte sind innerhalb dieses Strangs, sicherlich berechtigt, zu diskutieren,

dies bringt Fortschritte in jener Theoriebildung. Dennoch scheint in der hier vollzogenen theoretischen Verteidigung des Populismus als Politikform der Emanzipation auch ein praktisches, politisches Problem zu liegen. Nämlich, dass Emanzipation nur noch als (linker) Populismus vorgestellt und dessen immanente Problematik als der Emanzipation nicht hinderlich ausgegeben wird.

### VOLK GEGEN ELITE, FREUND GEGEN FEIND ODER DIE REPRODUKTION DES IMMERGLEICHEN

Grundlegend lassen sich zwei Formen von Populismus unterscheiden, ein rechter und ein linker. Ersterer bezieht sich auf ein im engen Sinne nationales, ethnisch, völkisch gedachtes Volk und demgemäß auf nationalistische Abschottungspolitik und Autarkiebestrebungen. Der zweite richtet sich gegen „neoliberale Politik und betrachtet ein inklusives Volk der Vielen als seine soziale Basis“ (8). Gemeinsam ist beiden, dass sich – und dies ist auch die Orientierung der Populismusforschung – auf eine „Grundunterscheidung“ (11) bezogen wird – Volk gegen Elite: „Das kennzeichnende Merkmal populistischer Politik besteht vielmehr darin, dass sie für sich beansprucht, den Volkswillen gegen die Eliten zu vertreten, sie perspektivisch zu entmachten oder wenigstens damit zu drohen, um eine grundlegende Neuordnung der Machtverteilung herbeizuführen.“ (11)

Bei dieser Bezugnahme auf ‚das Volk‘ muss konstatiert werden, dass der Populismus notwendigerweise auf einer identitären Abgrenzung gegen die ‚Anderen‘ fußt, die aus emanzipatorischer Perspektive zumindest ein Fragezeichen hinterlässt. Ideengeschichtlich ist eine „emanzipatorische Hoffnung [auf] [...] eine Selbstregierung des Volkes“ (12) ebenso möglich wie der Bezug auf ein exklusiv-ethnisches

Volk. Tatsächlich obsiegte letzteres Verständnis – wenn auch in unterschiedlicher Radikalität – „in vielen Ländern“ (13).

Auch mit dieser absolut zutreffenden Erkenntnis scheint die Problematik des Populismus teilweise unterschlagen zu werden: Sein autoritäres Moment verschwindet. Dass er als „stets wiederkehrende Begleiterscheinung politischer Ordnungen“ (15) beschrieben wird, geht mit der Frage einher, ob Populismen – unabhängig welcher Provenienz – nicht in modernen Demokratien, die sich durch ihre bürokratisierten Verfahren und Prozesse selbst zu lähmen scheinen, als genuines Korrektiv einer wenig bürger:innennahen Politik verstanden werden können,<sup>125</sup> indem Populismus an die Idee ‚wahrer Volkssouveränität‘ appelliert, die „nicht nur einzelne Gesetze, sondern auch die Grundordnung des Ganzen in Frage stellen und verändern“ (23) können sollte, vielleicht müsste. Damit scheint Populismus immer auch als für Demokratisierung unausweichlich zu sein. Er macht „die grundlegende Verteilung der Macht und die Verfasstheit der Ordnung zu einem unmittelbaren Gegenstand der Auseinandersetzung *in den schon konstituierten Verfahren des politischen Systems*“ (25; Hervorh. i. O.).

Populismus ist Radikalisierung der Opposition. Er findet dort statt, wo nicht die Elite ist. Er ist dort lokalisiert, wo der demokratische Souverän vermeintlich wirklich ist, auf der Straße, in Bürger:innenentscheiden und im Internet. Damit fordert Populismus die etablierte Politik anders heraus als die parlamentarische Opposition, die im populistischen Diskurs selbst als Teil der Elite wahrgenommen wird. Der Theorie nach ist eine Bewegung populistisch, wenn sie das Volk und seine Interessen in Opposition zur Elite – die im Kontext sowohl linker als auch rechter Populismen kryptoantise-

125 Vgl. dazu Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal: Populism. A very short Introduction, New York 2017.





mitisch als korrupte Technokraten, Finanzmogule und globalistische Ideologinnen beschrieben werden – bringt. Die Opposition zur Elite und die Formulierung, diese füge sich nicht dem Volkswillen, übersetzt der Populismus in „grundsätzliche Systemkritik im System, indem er anklagt, dass sich die Regierungspraxis von der geforderten Volkssouveränität entfernt hat und schon diejenigen Verfahren und Routinen, in denen die politische Gesetzgebung stattfindet, einer Revision zu unterziehen sind“ (26).

### SYSTEMATISCHE UNTERSCHÄTZUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN AUTORITÄTSSTRUKTUR

Wenn aber Populismus eine Politik von unten und außen ist, stellt sich die Frage, welche Rolle die Agitation spielt, wie, wann und aus welchen Gründen Bürger:innen empfänglich für populistische Politik sind. Dafür gibt es viele *Forschungsstränge*, die eine Vielzahl an Erklärungsansätzen bieten: „Aufstiegs-, Abstiegs-, und Statuskrisen“ (40), Abbau des Wohlfahrtsstaates (42) oder eine „Krise der Repräsentation“ (42) in Demokratien. Alle bleiben, so richtig die empirische Beobachtung auch ist, an der gesellschaftlichen Oberfläche. Dieser Konflikt um die Frage der Agitation bildet sich innerhalb des Readers ab, wird aber einseitig aufgelöst. Erstaunlicherweise – weil im engeren Sinne aus der Diskussion um den gegenwärtigen Populismus verbannt und eher zum ideengeschichtlichen Wegweiser reduziert<sup>126</sup> – finden sich mit Löwenthal und Neumann zwei Texte im Band, die in ihren Analysen dieser Oberflächlichkeit schon in den 1940er und

1950er-Jahren begegnet sind, indem sie die moderne, kapitalistische Gesellschaft als insgesamt autoritär analysierten.<sup>127</sup>

Demgegenüber – und davon zeugt auch diese Einleitung – scheint in der gegenwärtigen Populismusforschung eine Einschätzung vorzuliegen, dass „gegenhegemoniale Bewegungen sogar auf populistische Politikansätze“ (31) angewiesen sind und mit der Umschreibung des „Populismus als Königsweg“ (31) versucht wird, ihn als genuin emanzipatorisches Projekt zu rahmen, das ‚lediglich‘ von seinen rechten Tendenzen befreit werden müsse, und ein, wie es Möller mit Gramsci in emanzipatorischer Stoßrichtung formuliert, „Gattungspopulismus“ (45) möglicherweise die Zukunft weist.

Und wenn auch – wie in nahezu allen Ansätzen – der Rechtspopulismus als die Herausforderung bestimmt wird, vor der emanzipatorische Politik gegenwärtig steht (33), wird nur selten ausreichend reflektiert, dass der Struktur nach auch der linke Populismus als autoritär verstanden werden kann.<sup>128</sup> Berechtigterweise werden deutlich konkrete Unterschiede betont: Die progressive(re) Kritik an Neoliberalisierung und Austeritätspolitik des globalen Nordens auf der linken, nationalistische Abschottungspolitik und rassistische Agitation auf der Rechten Seite der Populismusmedaille (36). Aber selbst dort, wo sie sich im Feld von Freud-Feind, Alliiertes-Gegner, Volk-Elite unterschiedliche Antagonisten suchen, bleibt doch der Populismus innerhalb dieses Feldes verfangen und reproduziert – und

dafür steht Chantal Mouffe wohl am explizitesten Pate – ein ontologisches Politikverständnis, das um seiner eigenen Existenz willen den Feind braucht. Ein Politikverständnis, das durch den reaktionären Staatsrechtler Carl Schmitt geprägt wurde und unmöglich von seinen regressiven völkischen Tendenzen befreit werden kann.

Die emanzipatorische Grundunterstellung, mit Populismus als Theorie und Praxis ließe sich eine internationalistische Politik von unten durch die Beherrschten gegen die Herrschaft begründen, scheint den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben, tägliche Konflikte zwischen Selbst- und Fremdbestimmung auszutragen gezwungen sind und an diesen Konflikten regelmäßig scheitern, inadäquat. Dies auch, weil im Populismusbegriff die Mobilisierung von Autoritarismus und Rassismus sowie die quasireligiöse Hörigkeit gegenüber Fake-News, antisemitischem Verschwörungdenken und den faschistischer Agitatoren, nur unzureichend aufgehoben ist. Dementsprechend scheint auch die Überlegung, der „Populismusbegriff erlaub[e] es im Grunde sehr gut, die spezifischen Merkmale der neuen Rechten zu erfassen“ (39), wenig zutreffend zu sein. Diese Diagnose wäre nur folgerichtig, wenn die „Rechte [...] sich als Rechtspopulismus neu erfunden“ (37) hätte. Dass aber – und dies wird jüngst immer deutlicher – rechter Populismus nicht die Rechte verändert, indem sie neue (moderatere?) Politikstile einschlägt, sondern die völkische, neofaschistische Rechte zunehmend in den Parlamenten sitzenden Populismus dominiert, scheint da-

126 Vgl. dazu Struwe, Alex/Vennmann, Stefan: Gesellschaftstheorie und Populismus. Franz L. Neumanns und Theodor W. Adornos Beiträge zu einer Analyse gesellschaftlicher Regression, in: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): Wie weiter mit der Populismusforschung, Baden-Baden 2021, 111-133.

127 Noch treffender als jene Beiträge hat Adorno das Problem auf den Punkt gebracht: Adorno, Theodor W.: Die Freudsche Theorie und die Struktur faschistischer Propaganda, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.): Analytische Sozialpsychologie, Frankfurt/M. 1980, 318-342.

128 Priester, Karin: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/M./New York 2012 sowie Priester, Karin: Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie, Würzburg 2014. Der im *Reader* abgedruckte Text von Karin Priester (202-215) bildet ihre Position meiner Einschätzung nach nicht hinreichend ab.



bei unterzugehen.<sup>129</sup> Die Forschung am Phänomen des Populismus ist wichtig, ertragreich, vielschichtig. Die Frage, „wieso sich Misstände immerzu populistisch artikulieren“ (43), hat etwas mit der Verfasstheit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu tun. Um Populismus erklären

zu wollen, muss zunächst die Frage nach dem strukturellen Autoritarismus gestellt werden, der linke und rechte Populisten – anders, aber doch gleichmäßig – durchzieht. Diese Frage scheint die Populismusforschung allerdings nur randständig zu interessieren, womit einhergeht,

dass sie auch die Gefahr der extremen Rechten systematisch zu unterschätzen scheint.

**Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.**

## Neues aus dem Institut

### NEUERSCHEINUNGEN IN DER EDITION DISS

- *Band 47:* Judith Friede und andere: Deutsche Rettung? Eine Kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria.
- *Band 48:* Sara Madjlessi-Roudi: Ordnen und Regieren. Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ‚Zivilgesellschaft‘ in der deutschen Entwicklungspolitik.

*Siehe dazu die Anzeigen Seite 53 und 70 in diesem Heft.*

### NEUE MITARBEITERIN

Anna-Maria Mayer arbeitet schon länger im Team Flucht mit, das den Band „Deutsche Rettung?“ verfasst hat. Jetzt ist Sie ehrenamtliche Mitarbeiterin im DISS und verstärkt uns bei der Betreuung von Praktikant\*innen. Herzlich willkommen! Bei unserem Stand auf der Königsstraße konnte man sie kennenlernen (Bild: hinter Gabriele Cleve).



**Hartmut Reiners von aric besucht unseren Stand**

### INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Am 19. März präsentierten wir uns mit einem Stand auf der Königsstraße. Zu unseren Beiträgen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus gehören darüber hinaus auch folgende Videos und der Vortrag...

### DISSKURS GEGEN AUSGRENZUNG

Das DISS stellt sich in neun kurzen Videoclips vor. Auf [YouTube.com](https://www.youtube.com) nach „DISS Institut“ suchen.

### VORTRAG, RADIOGESPRÄCH UND WORKSHOPS

Am 24. März hielten Anna-Maria Mayer und Christian Sydow einen Zoom-Vortrag zum Fluchtdiskurs über Carola Rackete und Moria. Wer ihn verpasst hat, kann noch das Gespräch mit Radio Corax zum gleichen Thema mit Anna-Maria Mayer und Milan Slat nachhören: [radiocorax.de/im-deutschen-diskurs-sind-gefluechtete-keine-subjekte](https://radiocorax.de/im-deutschen-diskurs-sind-gefluechtete-keine-subjekte)

Außerdem starteten wir mit zwei Workshops zur Kritischen Diskursanalyse ins neue Jahr: Im Februar als Gast der Initiative Selbstbestimmt Studieren im wunderschön verschneiten Sonnerden / Hessen und im März frühlingshaft im DISS. Für zukünftige Workshop: [www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse](https://www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse).

### „JUDENTUM“ IN DER DEUTSCHEN ALLTAGSPRESSE

*Forschungsprojekt des DISS 2021–2023 im Rahmen des Verbundprojektes „Jüdische Reaktionen auf Antisemitismus: die Entgrenzung des Sag- und Machbaren in der jüdischen Ritualpraxis“ des Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert (FoNA21)*

Gewaltakte und terroristische Anschläge vonseiten des rechtsextremistischen, islamistischen und des israelbezogenen Antisemitismus haben in den vergangenen Jahren ein Bedrohungspotenzial geschaffen, das auf der Seite von Jüdinnen und Juden zu Angst und Selbstbeschränkung geführt hat. Hinzu aber kommen die allgemein aus der Mehrheitsgesellschaft gegen die jüdische Ritualpraxis gerichteten Signale des Unverständnisses oder gar offenen Ablehnung in Form von Othering, die jüdische Betroffene dazu führen, die ‚unnötige Zurschaustellung‘ ihrer Ritualpraxis im öffentlichen Raum und gegenüber Nichtjuden und Nichtjüdinnen zu vermeiden.

Jobst Paul und Dyana Rezene führen eine diskursanalytische Medienanalyse zur Thematisierung des Judentums in deutschen Alltagsmedien durch. Ziel ist es, jene Strukturelemente zu ermitteln, die nach wie vor für das Othering verantwortlich sind, obwohl der politische und mediale Diskurs in großer Breite nun-

129 Vgl. dazu die Rezension zu Natascha Strobl *Radikalisiertes Konservatismus* in diesem Heft.

mehr den ‚Kampf gegen Antisemitismus‘ thematisiert.

Weitere Infos und Präsentation erster Ergebnisse in Videos:  
[www.diss-duisburg.de/forschungsprojekte](http://www.diss-duisburg.de/forschungsprojekte)

### DISKURSIONTERVENTION: SONDERHEFT ZUM UKRAINE-KRIEG

Gemeinsam mit der kultuRRevolution möchten wir ein Sonderheft zu den aktuellen Kriegsdiskursen herausgeben. Wir wollen die reduktionistische Binarität und die ‚eingeläutete‘ Zeitenwende nicht unwidersprochen hinnehmen und den eingeschnürten Korridor des Sagbaren wieder aufweiten. Das Heft soll sich an zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen wenden.

Wer mitarbeiten möchte oder einen Beitrag beisteuern, melde sich zum Beispiel unter [info@diss-duisburg.de](mailto:info@diss-duisburg.de).

Redaktionsschluss ist der 15. Juni 2022.

## Finding Afghanistan

### FOTOBAND UND ERGÄNZENDE TEXTE

*Buchtipp von Benno Nothardt*

Krieg und Scheitern der NATO in Afghanistan scheinen durch den Krieg in der Ukraine weitgehend vergessen, ebenso wie viele beim Abzug zurückgelassene afghanische Mitarbeiter\*innen der Bundeswehr und andere Menschen, die im August letzten Jahres versuchten, vor der Rückkehr der Taliban zu fliehen. Der Bildband zeigt einige davon, jedoch nicht im Moment der Flucht, sondern während der Zeit des Aufbaus und der Veränderung in den Jahren 2001 bis 2021. Martin Gerner zeigt Menschen voller vorsichtiger Hoffnung oder begeisterter Energie sowie Szenen eines neuen Alltags oder Aufbruchs in der Politik vor den Resten des vergangenen Kriegs. Gerner ist nicht als vom Militär eingebetteter Journalist unterwegs und nimmt sich Zeit, Menschen kennenzulernen. Das sieht man seinen Bildern an, die teils sehr private Szenen oder sensible Momente zeigen.

Benno Nothardt hat im DISS-Journal #42 einen Bildband von Martin Gerner über Moria rezensiert und bei dem hier vorgestellten beim Lektorat mitgearbeitet.

Die Ausstellung wird von Jobst Paul (DISS) kuratiert

### SPENDEN

Dir gefallen unsere vielfältigen Diskursinterventionen? Dann unterstütze uns gerne als Fördermitglied oder durch eine einmalige Spende:

[www.diss-duisburg.de/foerderkreis](http://www.diss-duisburg.de/foerderkreis)

Internet: [modoverlag.de](http://modoverlag.de) | [martingerner.de](http://martingerner.de)

Martin Gerner: Finding Afghanistan  
 Freiburg i. Br.: modo,  
 208 Seiten, 32 Euro

Journalistin in Ausbildung, Kabul, 2004

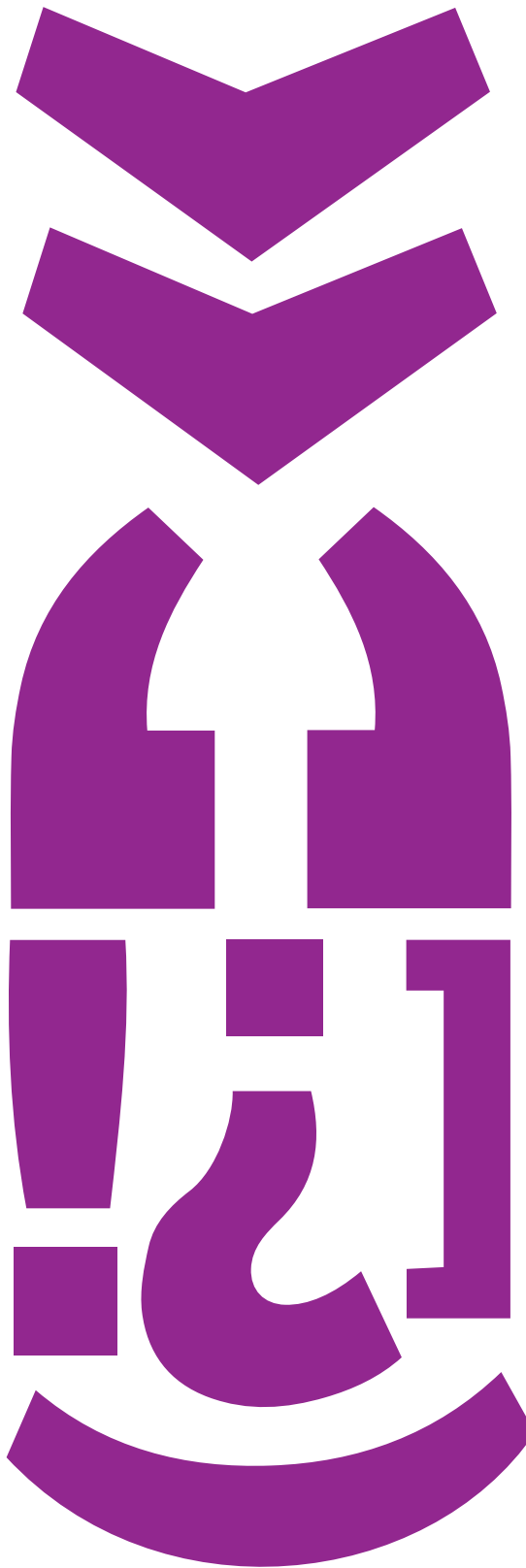


## Albert Einstein:

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden. Ich bin der gleichen Meinung wie der große Amerikaner Benjamin Franklin, der sagte: es hat niemals einen guten Krieg und niemals einen schlechten Frieden gegeben.

Ich bin nicht nur Pazifist, ich bin militanter Pazifist. Ich will für den Frieden kämpfen. Nichts wird Kriege abschaffen, wenn nicht die Menschen selbst den Kriegsdienst verweigern. Um große Ideale wird zunächst von einer aggressiven Minderheit gekämpft. Ist es nicht besser, für eine Sache zu sterben, an die man glaubt, wie an den Frieden, als für eine Sache zu leiden, an die man nicht glaubt, wie an den Krieg? Jeder Krieg fügt ein weiteres Glied an die Kette des Übels, die den Fortschritt der Menschlichkeit verhindert. Doch eine Handvoll Wehrdienstverweigerer kann den allgemeinen Protest gegen den Krieg dramatisieren.

Die Massen sind niemals kriegslüsternd, solange sie nicht durch Propaganda vergiftet werden. Wir müssen sie gegen Propaganda immunisieren. Wir müssen unsere Kinder gegen Militarismus impfen, indem wir sie im Geiste des Pazifismus erziehen. Der Jammer mit Europa ist, dass die Völker mit falschen Zielen erzogen worden sind. Unsere Schulbücher verherrlichen den Krieg und unterschlagen seine Gräueltaten. Sie indoktrinieren die Kinder mit Hass. Ich will lieber Frieden lehren als Hass, lieber Liebe als Krieg. [...]



Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten. Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.

Wir müssen uns stellen, für die Sache des Friedens die gleichen Opfer zu bringen, die wir widerstandslos für die Sache des Krieges gebracht haben. Es gibt nichts, das mir wichtiger ist und mir mehr am Herzen liegt. Was ich sonst mache oder sage, kann die Struktur des Universums nicht ändern. Aber vielleicht kann meine Stimme der größten Sache dienen: Eintracht unter den Menschen und Friede auf Erden.“

aus: Freud, Sigmund / Einstein, Albert: Warum Krieg? Ein Briefwechsel. Limitierte Erstausgabe (N° 907 / 2000) geschrieben 1933

„Ich habe einen schweren Fehler in meinem Leben gemacht – als ich den Brief an Präsident Roosevelt mit der Empfehlung zum Bau von Atombomben unterzeichnete; aber es gab eine gewisse Rechtfertigung dafür – die Gefahr, dass die Deutschen welche bauen würden.“

Albert Einstein: Aufzeichnung Linus Paulings